

Markus Reupke

Die Wirtschafts- und Währungsunion

Die Bedeutung für die Europäische Union unter politischer und internationaler Berücksichtigung



Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg

2000

Verlag/Druck/
Vertrieb:

Bibliotheks- und Informationssystem
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
(BIS) - Verlag -
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

ISBN 3-8142-0713-0

Markus Reupke

Die Wirtschafts- und Währungsunion

Die Bedeutung für die Europäische Union unter politischer und internationaler Berücksichtigung



Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg

2000

Verlag/Druck/
Vertrieb:

Bibliotheks- und Informationssystem
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
(BIS) - Verlag -
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

ISBN 3-8142-0713-0

Für meine Eltern und Maie

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort und Dank	7
I.	Einleitung	9
II.	Die Wirtschafts- und Währungsunion und ihre politischen Implikationen	13
1	Der Begriff Wirtschafts- und Währungsunion.....	13
2	Der politische Hintergrund bei einer Wirtschafts- und Währungsunion.....	15
III.	Die Geschichte der Wirtschafts- und Währungsunion	21
1	Der Werner-Plan.....	21
2	Die Währungsschlange	22
3	Das Europäische Währungssystem.....	23
4	Der Delors-Bericht	25
5	Die Verankerung der WWU im Vertrag von Maastricht.....	25
5.1	Entstehungsgeschichte und Schwerpunkte des Vertrages	25
5.2	Der Stufenplan zur WWU	26
IV.	Gründe und Motive für eine Wirtschafts- und Währungsunion	31
1	Die politischen Motive zur WWU	31
2	Die ökonomischen Gründe zur WWU.....	35
V.	Die politische Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion	41
1	Die Einstellung der Bürger zur Europäischen Union	42
1.1	Die Mitgliedschaft in der EU aus der Sicht der Bürger	42
1.2	Die öffentliche Meinung zum Euro	48

1.3	Nationales oder europäisches Zugehörigkeitsgefühl bei den Bürgern?	55
2	WWU und Politische Union	59
2.1	Der Begriff Politische Union	60
2.1.1	Der Tindemanns-Bericht zur Politischen Union	60
2.1.2	Der Vertrag von Maastricht zur Politischen Union	64
2.1.3	Der Vertrag von Amsterdam und die Politische Union	69
2.2	Braucht die WWU die Politische Union?	73
2.3	Die WWU als Katalysator für die Politische Union?	83
VI.	Die internationale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion	89
1	Die Auswirkungen der WWU auf die internationale Zusammenarbeit	90
1.1	Der Euro in Konkurrenz zu Dollar und Yen	90
1.2	Die WWU und die G-7 Kooperation	97
1.3	Die internationale Währungsordnung im Umbruch	100
2	Die WWU als internationales Modell?	104
VII.	Schlußbetrachtung	109
	Literaturverzeichnis	115
	Anhang	123

Vorwort und Dank

In den letzten Wochen hat die Diskussion um die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) an Intensität zugenommen. Aufgrund der Wertverluste des Euro gegenüber dem Dollar hört und liest man in diesen Tagen sehr viel von einem schwachen Euro. Die Angst vor einer dauerhaft kränkelnden, weichen und instabilen Gemeinschaftswährung hat viele befallen und ergriffen. Die Kritiker der WWU fühlen sich schon jetzt bestätigt. Die wissenschaftliche Diskussion um die WWU ist ebenfalls erneut entfacht durch die Vergabe des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften an den in New York lehrenden Ökonom Robert A. Mundell. Mundell gilt als ein theoretischer Vordenker der WWU. Bereits 1961 beschrieb er in einem Artikel, wie sich regionale Arbeitsmärkte nach wirtschaftlichen Krisen anpassen. Die in diesem Bericht veröffentlichten theoretischen Erkenntnisse werden als eine der Grundlagen für die WWU betrachtet. Mundell selbst empfand schon damals Europa als ein optimales Anwendungsbeispiel für seine Theorie. Angesichts seiner Theorie bzw. seines Modells stellt sich für den einen oder anderen momentan die Frage, ob die heutige Europäische Union überhaupt einen optimalen Wirtschafts- und Währungsraum darstellt? Gerade in dieser Situation ist es wichtig, die Bürger umfassend und verständlich zu informieren und aufzuklären, damit sie sich ein eigenes Bild von der WWU machen können und nicht voreilig gefaßten Meinungen folgen. Die vorliegende Arbeit möchte hierbei hilfreich sein.

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen bedanken, die mich bei der Erarbeitung dieses Themas unterstützt und beraten haben und damit einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung dieser Arbeit leisteten.

Für die wissenschaftliche Begleitung und Beratung danke ich Herrn Professor Dr. Rüdiger Meyenberg, aber auch Herrn AkadOR Gebhard Moldenhauer, sowie Herrn Prof. Dr. Helmut Woll.

Für die Bereitstellung von wichtigen Materialien danke ich

- der Landeszentrale für Politische Bildung
- der Deutschen Bundesbank
- der Deutschen Bank
- dem Europäischen Parlament

- der Europäischen Kommission in Brüssel
- dem Institut für Europäische Politik in Bonn

Abschließend danke ich meiner Familie für die immer währende Unterstützung.

Delmenhorst, im April 2000

Markus Reupke

I. Einleitung

Wir schreiben mittlerweile das Jahr 2000. Pünktlich am 1. Januar des Jahres 1999 startete die Währungsunion. Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) befindet sich seitdem in ihrer entscheidenden Endphase. Elf Teilnehmerstaaten, außer Großbritannien, Dänemark, Schweden und Griechenland, sind dabei endgültig ihre eigene Währung aufzugeben. Die Europäische Union (EU) kommt ihrem großen Ziel, nämlich der Einführung einer einheitlichen und gemeinsamen Währung innerhalb der Gemeinschaft, immer näher. Dies bedeutet zugleich eine dramatische und radikale Veränderung in vielerlei Hinsicht, besonders für die Europäische Union selbst. Viele Erwartungen, Hoffnungen aber auch Ängste sind insbesondere mit der neuen Währung verbunden. Die Wirtschafts- und Währungsunion wird daher noch immer kontrovers diskutiert und bewegt die Gemüter der Politiker, Wissenschaftler und vieler Bürger in der Gemeinschaft. Dies ist nur zu verständlich und läßt sich vor allem damit erklären, daß die EU auf der einen Seite stärker als bisher präsent sein wird, auf der anderen Seite steht die Gemeinschaft letztlich vor einem nebulösen „Feld“, dessen Tiefe und Konturen noch nicht deutlich erkennbar sind. Niemand kann somit definitiv vorhersagen oder prognostizieren, wie der „eingeschlagene Weg“ verlaufen wird.

Die Aufgabe dieser Arbeit ist es, die tiefgründige Bedeutung der WWU für die Europäische Union herauszustellen. Sie soll den berühmten „Blick über den Tellerrand hinaus“ zeigen und darstellen, daß hinter diesem Vorhaben weitaus mehr steckt, als bisher öffentlich diskutiert wurde. Deshalb soll hier der Blick besonders auf die politische Ebene der WWU gerichtet werden. Im Mittelpunkt dieser Betrachtung steht daher die politische und internationale Dimension der WWU. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt aber eindeutig auf der politischen Dimension.

Zu Beginn meiner Arbeit werde ich zunächst den Begriff Wirtschafts- und Währungsunion klären. Hierbei möchte ich nicht nur die definitorische oder begriffliche Seite betonen, sondern gerade auf den politischen Hintergrund bei einer Wirtschafts- und Währungsunion hinweisen.

In Kapitel 3 wende ich mich dann der Geschichte der WWU zu. Hier soll auf die historische Bedeutung der WWU hingewiesen werden und zugleich

sollen die politischen Anstrengungen zu ihrer Verwirklichung gewürdigt werden. Hierbei wird deutlich werden, daß es bereits vor der gesetzlichen Verankerung der WWU im Maastrichter Vertrag erste bedeutende Versuche gab, eine WWU in Europa zu verwirklichen.

Wenn man sich die langjährige Geschichte der WWU vergegenwärtigt, kommt man sehr schnell zu der Frage: „Was waren die Gründe, Motive und Triebkräfte für dieses gewaltige Vorhaben?“ Dieser Frage soll im 4. Kapitel nachgegangen werden. Dabei wird deutlich werden, daß die Grundmotive politischer Natur waren. Später jedoch dominierten in der öffentlichen Diskussion ökonomische Gründe und Ziele. In diesem Zusammenhang sollen auch noch einmal die entscheidenden ökonomischen Beweggründe zur WWU kurz angesprochen werden.

Im 5. Kapitel werde ich dann die politische Dimension der WWU betrachten und analysieren. Hier werde ich die innenpolitische Bedeutung der WWU für die EU und ihren politischen Integrationsprozeß untersuchen. Im Vordergrund der Betrachtung steht deshalb die Diskussion um das Verhältnis zwischen WWU und Politischer Union. Zu Beginn dieses Kapitels werde ich aber zunächst die Einstellung der Bürger zur EU untersuchen, da diese über Geschwindigkeit und Richtung des politischen Integrationsprozesses mitentscheidet und damit zugleich signifikant für das Verhältnis zwischen WWU und Politischer Union ist.

Aufgrund der Globalisierung und zunehmenden Vernetzung wird die WWU nicht nur ein europäisches Phänomen bleiben, sondern sie wird auch außerhalb der Gemeinschaft Veränderungen bewirken. Deshalb werde ich im 6. Kapitel auf die internationale Dimension der WWU eingehen. Als erstes möchte ich hier die möglichen Auswirkungen der WWU auf die internationale Zusammenarbeit zeigen. Im Anschluß daran werde ich der Frage nachgehen, ob diese WWU sogar zu einem international anerkannten und erfolgreichen Modell werden kann?

Am Schluß dieser Arbeit werden dann die in den vorherigen Kapiteln gesammelten Ergebnisse oder Thesen noch einmal komprimiert dargestellt, um einen Gesamtüberblick zu gewährleisten.

Die Betrachtung und Analyse der WWU finden häufig noch einseitig auf der ökonomischen Ebene statt. Auf diese Weise erfahren die Menschen in Europa vorwiegend von dem ökonomischen Nutzen und den Kosten. Dies ist ohne Zweifel auch notwendig, denn schließlich ist die WWU mit „gewalti-

gen“ ökonomischen Interessen verbunden. Außerdem bedeutet die Einführung einer neuen und gemeinsamen Währung, den Verlust der nationalen Währung, und in diesem Fall möchte man (die Bürger) schon wissen, ob sich dieses Vorhaben auch lohnt und sich am Ende bezahlbar macht. Dennoch darf die WWU nicht auf „nackte“ wirtschaftliche Zahlen und Rechnungen reduziert bleiben. Daß dies allzu häufig noch immer geschieht, liegt meiner Meinung nach daran, daß sich diese WWU so viel besser öffentlich vermarkten bzw. kritisieren läßt. Doch hinter diesem historischen Vorhaben verbirgt sich weitaus mehr. Hier geht es auch um die Frage, was aus Europa einmal politisch werden soll, schließlich auch darum, welche Auswirkungen die WWU außerhalb der EU haben wird. Das Ziel dieser Arbeit ist daher, die WWU in ihrer politischen Bedeutung für die EU und zugleich in ihrer internationalen (weltpolitischen) Bedeutung zu analysieren. Ich halte dies für dringend erforderlich, denn schließlich geht es bei diesem Vorhaben um weitaus mehr, als bisher öffentlich bekannt geworden ist.

II. Die Wirtschafts- und Währungsunion und ihre politischen Implikationen

1 Der Begriff Wirtschafts- und Währungsunion

Bevor wir uns mit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) genauer beschäftigen, ist es wichtig zunächst einmal zu klären, was man unter dem Begriff der Wirtschafts- und Währungsunion überhaupt versteht. Dies ist insofern wichtig und notwendig, da viele Menschen in Europa noch nicht verstanden haben, was eine WWU genau ist. So kennen beispielsweise viele Bürger der EU immer noch nicht den Unterschied zwischen einer Währungsunion und einer Währungsreform.

Wenn man sich den Begriff der Wirtschafts- und Währungsunion genauer anschaut, fällt auf, daß sich dieser eigentlich aus zwei Begriffen zusammensetzt, nämlich aus einer Wirtschaftsunion und einer Währungsunion. Deshalb ist es für das bessere Verständnis sinnvoll, erst einmal die Begriffe einzeln zu analysieren.

Zur Charakterisierung einer Wirtschaftsunion lassen sich allgemein vier Hauptmerkmale feststellen:¹

- ein einheitlicher Markt mit freiem Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr
- eine Wettbewerbspolitik und sonstige Maßnahmen zur Stärkung der Marktmechanismen
- gemeinsame Politiken zur Strukturanpassung und Regionalentwicklung
- eine Koordinierung der makroökonomischen Politiken, einschließlich verbindlicher Regeln für die Haushaltspolitik

¹ Vgl. Ausschuß zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion: Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft. In: Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Analysen und Dokumente. Hrsg. v. Peter Bofinger; Wiesbaden 1990, S. 122f.

Unter einer Wirtschaftsunion versteht man somit einen Binnenmarkt mit freiem Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, in dem eine gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik betrieben wird.

Doch was versteht man unter einer Währungsunion? Die Deutsche Bundesbank sagt hierzu folgendes: „Die Errichtung einer Währungsunion bedeutet die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse zwischen den beteiligten Währungen (mit der Möglichkeit ihrer späteren Ablösung durch eine einheitliche Währung) bei vollständig und dauerhaft garantiertem freien Kapitalverkehr. Daraus ergibt sich zugleich auch die Notwendigkeit, auf eine eigenständige nationale Geld- und Währungspolitik zu verzichten und die Zuständigkeit hierfür auf die Gemeinschaftsebene zu übertragen.“² Eine Währungsunion entsteht allgemein durch einen freiwilligen und vertraglich geregelten Zusammenschluß mehrerer Staaten auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik. Damit unterscheidet sie sich deutlich von einer Währungsreform. Bei einer Währungsreform zieht ein einzelner Staat sein entwertetes Geld per Gesetz ein und ersetzt dieses durch neues „gutes“ Geld.³

Für die Errichtung einer Währungsunion ist ein vollständiger und freier Kapitalverkehr notwendig, der wiederum ein wesentliches Kennzeichen einer Wirtschaftsunion darstellt. Gleichzeitig ist eine Währungsunion nur möglich, wenn die Wirtschaftspolitiken der Staaten gleichen (strengen) Stabilitätskriterien genügen.⁴ Dies bedeutet, daß eine Währungsunion ohne eine vorherige oder gleichzeitig entwickelte Wirtschaftsunion undenkbar ist. Umgekehrt lassen sich die Vorzüge einer Wirtschaftsunion erst in einer weiteren Währungsunion voll ausschöpfen. Deshalb werden die Begriffe Wirtschaftsunion und Währungsunion gewöhnlich zu dem Begriff der Wirtschafts- und Währungsunion zusammengefaßt und gemeinsam verwendet.

Unter einer Wirtschafts- und Währungsunion versteht man somit ganz allgemein einen Binnenmarkt mit freiem Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, unwiderruflich fixierten Wechselkursen und einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik. Die Wirtschafts- und Währungs-

2 Vgl. Deutsche Bundesbank: Stellungnahme der Deutschen Bundesbank zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. In: Informationsbrief zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Nr. 11 (1998), S. 5.

3 Vgl. Aktionsgemeinschaft EURO: Euro. Unser Geld fürs nächste Jahrhundert. Köln 1998, S. 20.

4 Vgl. Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union. Bonn 1998, S. 88.

union stellt damit die stärkste und weitgehendste Form wirtschaftlicher Integration dar.⁵

2 Der politische Hintergrund bei einer Wirtschafts- und Währungsunion

In diesem Abschnitt soll schon auf die politische Ebene oder Seite bei einer WWU hingewiesen werden. Im Vordergrund steht hierbei die Rolle der Politik und ihr Einfluß bei der Errichtung und Gestaltung einer WWU. Gleichzeitig soll auf die politischen Konsequenzen für die Nationalstaaten aufmerksam gemacht werden.

Zunächst ist es im Zusammenhang damit notwendig, sich ganz allgemein mit der formalen Gründung oder Entstehung einer WWU zu beschäftigen. Eine WWU beruht formal oder rechtlich gesehen auf einer vertraglich geregelten Vereinbarung zwischen mehreren souveränen Staaten. Die einzelnen Staaten müssen dazu eine politische Entscheidung gemäß ihres politischen Systems treffen. Sie müssen sich dabei entscheiden, ob sie an einer zukünftigen WWU teilnehmen wollen oder nicht. Diesen höchst politischen Vorgang bezeichnet man auch als Ratifizierung. Die Gründung oder Entstehung einer WWU stellt damit für sich gesehen schon ein politisches Vorhaben dar und beruht auf einer politischen Entscheidung.

Wenn man sich etwas intensiver mit der Errichtung und Ausgestaltung einer WWU beschäftigt, stellt man sehr schnell fest, daß bei diesem Prozeß ebenfalls in entscheidendem Maße die politische Ebene berührt wird. Wie wir aus dem ersten Abschnitt dieses Kapitels erfahren haben, stellt die WWU die höchste Form wirtschaftlicher Integration dar, da diese zu einer Harmonisierung im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik führt. Im Zuge der Errichtung und Gestaltung einer WWU muß eine Vielzahl von Fragen im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik geklärt werden. Die Beantwortung dieser Fragen kann nicht nur allein auf ökonomischer Ebene stattfinden, sondern erfordert auch elementare politische Grundsatzentscheidungen. Eine WWU bedeutet, daß es eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik unter den Mitgliedstaaten gibt. Dies impliziert, daß die Mitgliedstaaten Hoheitsrechte innerhalb der Wirtschafts- und Währungspolitik

5 Vgl. Harbrecht, Wolfgang: Europa auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion. Theoretische und politische Probleme der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft. Bern, Stuttgart 1981, S. 23.

verlieren und sie auf die Gemeinschaftsebene übertragen müssen. Hierzu sind politische Entscheidungen der Teilnehmerstaaten notwendig, die gleichzeitig das Ausmaß der wirtschaftlichen Integration bestimmen.⁶ Die Mitgliedstaaten müssen dabei entscheiden, welche und wie viele Rechte auf die supranationale Ebene übertragen werden sollen. Die Errichtung und Gestaltung einer WWU ist damit nicht nur ein ökonomisches Problem, sondern auch eine politische Frage und wird entscheidend durch die Politik beeinflusst.⁷ Hinsichtlich der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik ergibt sich z.B. die Frage, ob die Hoheitsgewalt auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Währungspolitik institutionell oder organisatorisch von nur einer einzigen zentralen Hoheitsgewalt ausgeübt oder ob die Wirtschafts- und Währungspolitik weiterhin von den staatlichen Hoheitsträgern ausgeführt werden soll?⁸ Für die Funktionsfähigkeit einer WWU ist dies theoretisch betrachtet unerheblich. Entscheidend ist vielmehr, daß es am Ende einen gemeinsamen politischen Willen in der Gemeinschaft gibt. Dennoch muß diese Frage im Zuge des Gestaltungsprozesses einer WWU geklärt werden. Hinter dieser Frage steckt jedoch weitaus mehr. Hier geht es um eine elementare Grundsatzfrage, die nicht nur über die Art und das Ausmaß der zukünftigen gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik mitentscheidet, sondern auch die „Weite“ der wirtschaftlichen Integration insgesamt ausmacht. Die Mitgliedstaaten müssen gemeinsam und natürlich auch für sich entscheiden, wie weit die wirtschaftliche Integration gehen soll. Als erstes muß hier, wie gesehen, entschieden werden, von wem die gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik durchgeführt werden soll? Dies ist eine entscheidende politische Frage, die durch eine politische Diskussion innerhalb der Gemeinschaft beantwortet werden muß. Sollten sich die Mitgliedstaaten dabei für gemeinsame supranationale Organe oder Institutionen im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik, worunter man eine Art gemeinsames Wirtschaftsministerium und eine gemeinsame Bank auf dem Währungsgebiet verstehen könnte, entscheiden, so hätte dies weitreichende politische Folgen für die Mitgliedstaaten und besonders für die Gemeinschaft. Bei einem gemeinsamen supranationalen Organ beispielsweise zur Steuerung der Wirtschaftspolitik würden die Mitgliedstaaten ihre Hoheitsrechte im Bereich der Wirtschaftspolitik vollkommen verlieren. Während im anderen Fall nur eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung gemein-

6 Vgl. Harbrecht, a.a.O., S. 23.

7 Vgl. Harbrecht, a.a.O., S. 23.

8 Vgl. ebenda, S. 15.

samer Richtlinien und Grundzüge stattfinden würde. Die Wirtschaftspolitik bliebe damit weiter in den „Händen“ der Mitgliedstaaten. Diese müßten dann nur Teile ihrer Rechte innerhalb der Wirtschaftspolitik aufgeben. Diese Frage stellt sich natürlich auch im Bereich der Währungs politik. Kommen wir aber zurück auf die weitere Ausgestaltung der WWU. Bei der Errichtung und Gestaltung einer WWU muß natürlich auch entschieden werden, wie die gemeinsame Wirtschafts- und Währungs politik inhaltlich gestaltet werden soll, d.h. auf welchen Zielen, Grundzügen, Kriterien und Leitbildern sie beruhen soll. Dies bedeutet zunächst auch einen Verlust von Souveränität, denn die Mitgliedstaaten können von nun an nicht mehr ihre eigenen wirtschafts- und währungs politischen Ziele verfolgen, sondern müssen diese in Zukunft der Gemeinschaft unterordnen. Die inhaltliche Gestaltung der Wirtschafts- und Währungs politik hängt von der jeweiligen Wirtschaftsordnung ab, die im gemeinsamen Wirtschaftsraum gelten soll. Hier stellt sich die Frage, ob man in dem zu integrierenden Wirtschaftsraum eine mehr liberalistische oder mehr dirigistische Wirtschaftsordnung anstrebt.⁹ Dies ist ebenfalls eine elementare politische Grundsatzentscheidung. Die jeweilige Entscheidung wiederum prägt das Ausmaß der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Bei einer dirigistischen Wirtschaftsordnung greift der Staat viel häufiger und weitgehender in den Wirtschaftsprozeß ein, als bei einer liberalen Wirtschaftsordnung.¹⁰ Folglich müssen sich die Mitgliedstaaten bei einer dirigistischen Wirtschaftsordnung mehr abstimmen. Dies bedeutet wiederum, daß wesentlich mehr Bereiche innerhalb der Wirtschaftspolitik vergemeinschaftet werden müssen.¹¹ Als nächstes müssen die Mitgliedstaaten entscheiden, wie die konkrete Wirtschaftsordnung weiter ausgestaltet werden soll, sofern dieses erwünscht bzw. notwendig ist. Eine liberale Wirtschaftsordnung besitzt z.B. „Unterformen“, die sich in bestimmten Punkten erheblich voneinander unterscheiden. Gleichzeitig existieren in diesem Bereich auch modifizierte „Abwandlungen“ (modifiziert-liberale Ordnungsleitbilder). Hier müßte auf Seiten der Politik insgesamt entschieden werden, auf welchen ordnungspolitischen Grundlagen und Ideen die Wirtschaftsordnung weiter beruhen soll. Dies ist auch eine politische Machtfrage, denn schließlich möchte jeder Mitgliedstaat seine Ideen und Vorstellungen innerhalb der Gemeinschaft durchsetzen. Zu den bekanntesten Leitbildern der liberalen Wirtschaftsordnung zählt der Ordoliberalismus (Freiburger Schule) und die

9 Vgl. Harbrecht, a.a.O., S. 23.

10 Vgl. ebenda.

11 Vgl. ebenda.

Soziale Marktwirtschaft. Zu den modifiziert-liberalen Ordnungsleitbildern zählt z.B. der Monetarismus und das aus ihm erwachsene Leitbild einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, welches uns aus den Jahresgutachten des Sachverständigenrates (fünf Wirtschaftsweise) bekannt ist. Die Entscheidung der Mitgliedstaaten für eine dieser liberalen oder modifiziert-liberalen Wirtschaftsordnungen stellt wieder eine entscheidende politische Grundsatzentscheidung dar, die zugleich eine bestimmte Form der Wirtschafts- und Währungspolitik manifestiert. Die einzelnen Leitbilder mit den dazugehörigen Wirtschafts- und Währungspolitiken sollen an dieser Stelle aber nicht weiter erläutert werden, da sonst der Rahmen dieser Arbeit „gesprengt“ würde.¹² Die meisten Rechte müssen die Mitgliedstaaten jedoch innerhalb der Währungsunion übertragen. Sie verlangt die unmittelbare Aufgabe von nationalen währungs- und geldpolitischen Kompetenzen.¹³ Dieser Transfer ist eine genuin politische Entscheidung. Innerhalb der Währungsunion muß darüber hinaus eine ganz zentrale und überaus wichtige Grundsatzentscheidung zu Beginn getroffen werden. Im Mittelpunkt steht nämlich hier die Frage, ob im Rahmen der Währungsunion eine gemeinsame Währung eingeführt werden soll oder nicht? Die Errichtung einer Währungsunion bedeutet, wie im ersten Abschnitt dieses Kapitels beschrieben, die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse zwischen den beteiligten Währungen. Hierbei besteht die Möglichkeit ihrer späteren Ablösung durch eine einheitliche und gemeinsame Währung. Dies bedeutet, daß die Errichtung einer WWU nicht zwingend zu dem Verlust der eigenen Währung führen muß. Die Fixierung der Wechselkurse zwischen den Teilnehmerwährungen würde formal gesehen ausreichen.¹⁴ Die Einführung einer einheitlichen Währung bei einer WWU impliziert damit ebenfalls eine elementare politische Grundsatzentscheidung. Die Mitgliedstaaten müssen in diesem Fall für sich politisch entscheiden, ob sie auf ihre Nationalwährung verzichten wollen oder nicht. Diese überaus wichtige und einschneidende Entscheidung kann nur auf der politischen Ebene beantwortet werden. Die entsprechende politische Entscheidung bestimmt wiederum die Form und das Ausmaß der währungspolitischen Zusammenarbeit in der Gemeinschaft. Bei einer gemeinsamen

12 Siehe hierzu die ausführliche Darstellung bei Peters, Hans-Rudolf: Wirtschaftssystemtheorie und Allgemeine Ordnungspolitik. München u.a. 1997, S. 161.

13 Vgl. Rolf H. Hasse / Hepperle, Bastian: Kosten und Nutzen einer Europäischen Währungsunion. In: Maastricht: Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion?. Hrsg. v. Rolf Caesar, Hans-Eckart Scharrer; Bonn 1994, S. 165.

14 Vgl. Ausschuß zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion, a.a.O., S. 121.

Währung würde natürlich die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik viel weitgehender sein und in die „Tiefe“ gehen, als bei einer bloßen Fixierung der Wechselkurse. Die Mitgliedstaaten müßten hierbei, wie gesagt, auf ihre ureigene Nationalwährung verzichten und ohne Zweifel viel mehr Rechte auf die Gemeinschaftsebene übertragen. Gleichzeitig würde bei dieser Entscheidung sicherlich auch ein supranationales Organ zur Steuerung der gemeinsamen Währung notwendig werden. Mit welchen Aufgaben und Funktionen dieses ausgestattet werden, bzw. nach welchem staatlichen Modell dieses supranationale Organ gestaltet werden sollte, ist im wesentlichen auch eine politische Frage.

Die Errichtung und Gestaltung einer WWU erfordert damit, wie dargelegt, z.T. elementare Grundsatzentscheidungen, die auf der politischen Ebene beantwortet werden müssen. Die Politik übernimmt damit eine entscheidende und zugleich schicksalhafte Rolle im Gestaltungsprozeß. Sie bestimmt nicht nur das Ausmaß der wirtschaftlichen Integration in einer WWU, sondern entscheidet auch darüber, ob diese und mit wem diese stattfindet. Wie auch immer auf Seiten der Politik entschieden wird, die Errichtung einer WWU führt zu einschneidenden Konsequenzen für die Nationalstaaten und bedeutet in jedem Fall den Verlust von ureigenen Hoheitsrechten im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik. Die meisten Rechte müssen hierbei innerhalb der Währungsunion übertragen werden. Zusammenfassend betrachtet hat eine WWU immer einen politischen Hintergrund und beruht in hohem Maße auf politischen Entscheidungen. Sie stellt somit letztlich keinen ökonomischen, sondern einen politischen Akt dar.¹⁵ Hinter den jeweiligen politischen Entscheidungen verbergen sich natürlich bestimmte Interessen und Ziele, die für die Form und Gestalt einer WWU verantwortlich sind, doch davon zu einem späteren Zeitpunkt mehr.

15 Vgl. Harbrecht, a.a.O., S. 28.

III. Die Geschichte der Wirtschafts- und Währungsunion

1 Der Werner-Plan

Der Maastrichter Vertrag stellt nicht den ersten Versuch dar, eine WWU zu verwirklichen. Schon im Dezember 1969 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der damals noch 6 EG-Staaten auf der Gipfelkonferenz in Den Haag die stufenweise Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Die marktwirtschaftliche Ordnung in Europa wurde zu dieser Zeit noch durch das weltweit angewandte Bretton-Woods-System fester Wechselkurse bestimmt, mit dem US-Dollar als Leitwährung. Ausschlaggebend für diesen Beschluß war eine schwierige politische und wirtschaftliche Situation in der Gemeinschaft und in der Welt, auf die im nächsten Abschnitt dieses Kapitels noch näher eingegangen wird.

Nach der gemeinsamen Verständigung auf eine WWU wurde eine hochrangige Arbeitsgruppe unter Leitung des damaligen luxemburgischen Premierminister Pierre Werner eingesetzt, die einen Bericht darüber vorlegen sollte, wie die WWU bis 1980 errichtet werden könnte.

Die Arbeitsgruppe von Pierre Werner legte im Oktober 1970 ihren Schlußbericht vor. In diesem wurde ein dreistufiger Prozeß für die vollständige Verwirklichung einer WWU innerhalb von 10 Jahren vorgeschlagen. Am Ende dieses Prozesses sollte die irreversible Konvertibilität der Währungen der Mitgliedstaaten, freier Kapitalverkehr und die endgültige Festlegung der Wechselkurse oder aber das Ersetzen der Mitgliedswährungen durch eine gemeinsame Währung erreicht werden.¹ Pierre Werner empfahl weiterhin eine Verstärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung parallel zur Verengung der Bandbreiten für die Wechselkursschwankungen. Gleichzeitig sollte die Entscheidungshoheit für Zinssätze, Wechselkurse und Verwaltung der Devisenreserven bei der Gemeinschaft liegen. Darüber hinaus forderte Pierre Werner, für die nationalen Haushaltspolitiken und die Methoden der Defizitfinanzierung oder Überschußverwendung Rahmenbedingungen zu

1 Vgl. Europäische Kommission: Wirtschafts- und Währungsunion. 1. Der Weg zur WWU. 2. Das Szenario für den Übergang zur einheitlichen Währung. Brüssel u.a. 1996, S. 5.

entwickeln. Eine Steuerharmonisierung sowie struktur- und regionalpolitische Zusammenarbeit waren nach Pierre Werner ebenfalls notwendig. Für uns heute sicherlich noch von Bedeutung, forderte Pierre Werner damals auch auf institutioneller Ebene ein gemeinschaftliches Zentralbanksystem.

Im März 1971 einigten sich die Mitglieder auf das Drei-Stufen-Konzept der Wernergruppe, obwohl man in einigen Punkten unterschiedliche Positionen vertrat. Bereits wenige Jahre später scheiterte aber dieser Werner-Plan. Als nämlich der US-Dollar ab August 1971 frei schwankte, löste diese überraschende Instabilität im Gegenzug einen Aufwärtsdruck auf die DM aus und machte die Hoffnungen auf eine engere Verknüpfung der Währungen der Gemeinschaft zunichte.² Diese Veränderung war überraschend, da der Werner-Plan feste Wechselkurse gegenüber dem US-Dollar als selbstverständlich voraussetzte.

2 Die Währungsschlange

Um den nicht einfachen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen innerhalb der EG entgegenzuwirken, vereinbarte der Ministerrat im März 1972 einen europäischen Währungsverbund, genannt die „Währungsschlange“. Die Währungen in diesem Verbund durften sich untereinander nur noch um 2,25 % im Wert verändern. Als „Fundament“ dieser Bandbreite sollte eine gemeinschaftliche Stabilitätspolitik praktiziert werden. Sobald eine Währung drohte, unter die Bandbreite abzufallen, sollten gegenseitige Stützungskäufe getätigt werden. Man taufte diesen Verbund „Währungsschlange“, weil das Auf und Ab der Wechselkurse um den US-Dollar herum der Form einer Schlange ähnelte.

Einige Mitgliedstaaten schienen aber in dieser Phase, dieses Ziel nicht erreichen zu können. Mitgliedstaaten wie Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien sowie die assoziierten Länder Norwegen und Schweden zogen sich aus dem Verband zurück. Gründe hierfür waren die Ölkrise von 1973/74, politische Divergenzen und die Dollarschwäche. Am Ende blieben nur die Bundesrepublik, die Beneluxländer und Dänemark übrig. Dieser „zusammengeschmolzene“ Verbund wurde dann zu einer DM-Zone. Das große Ziel, eine Wirtschafts- und Währungsunion unter den Mitgliedstaaten zu verwirklichen, scheiterte damit. Europa war damals offensichtlich noch nicht reif für

2 Vgl. Europäische Kommission, a.a.O., S. 6.

eine WWU.³ Für die Autoren Werner Becker und Eckard Gaddun waren vor allem die z.T. ungleichen Positionen und Konzepte in der Gemeinschaft für das Scheitern des Werner-Plans und der anschließenden Währungsschlange verantwortlich.⁴ Die Länder Deutschland und Niederlande (Ökonomen) verlangten zunächst gleiche wirtschaftliche Verhältnisse (wirtschaftliche Konvergenz, abgestimmte Wirtschaftspolitik), bevor es zur Einführung einer gemeinsamen Währung als „Krönung“ kommen sollte. Frankreich, Belgien, und die EG-Kommission (Monetaristen) betrachteten die einheitliche Währung hingegen als „Lokomotive“ (Motor) für wirtschaftliche Konvergenz.

3 Das Europäische Währungssystem

Trotz all dieser negativen Erfahrungen wurde das Ziel einer WWU nie aufgegeben. So wurde 1979 das Europäische Währungssystem (EWS) errichtet. Dieses neue System wurde durch den deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und den französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing auf den Weg gebracht. Beide gelten als die politischen Architekten, die den Vorschlag des Präsidenten der Europäischen Kommission Roy Jenkins durchsetzten. Das EWS bestand insgesamt aus mehreren Elementen.

Hier ist zunächst die *ECU (European Currency Unit / Europäische Währungseinheit)* zu nennen. Sie war ein Währungskorb, indem die Währungen aller Mitgliedsländer entsprechend ihrer Wirtschaftskraft vertreten waren. Dabei wurden volkswirtschaftliche Indikatoren, wie die Höhe des Brutto-sozialproduktes, der Anteil am Außenhandel innerhalb der EU und die Höhe der Quote im kurzfristigen Währungsbeistand eines jeden Mitgliedstaates berücksichtigt. Demzufolge wuchs der Anteil eines Landes am Währungskorb, wenn die Wirtschaftskraft stieg. Deutschland hatte innerhalb der EU den größten Anteil an diesem Währungskorb. Die ECU erfüllte darüber hinaus noch weitere Funktionen. Sie diente als:⁵

- gemeinsamer Nenner zur Festlegung der Leitkurse der Währungen
- Grundlage zur Berechnung des Abweichungsindikators, der Spannungen im Kurssystem signalisiert

3 Vgl. Bundesministerium der Finanzen: Der Euro stark wie die Mark. Bonn 1997, S. 25.

4 Vgl. Becker, Werner / Gaddun, Eckard: Europäisches Währungssystem. In: Europa von A-Z. Hrsg. v. Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels; Bonn 1997, S. 193.

5 Vgl. Krätchel, Hermann / Renner, Günter: Politik und Wirtschaft. Der gemeinsame Markt. In: Informationen zur politischen Bildung. (1995) 213, S. 27.

- Rechengröße im Zahlungsverkehr zwischen den EU-Notenbanken und dem Fond für währungspolitische Zusammenarbeit
- Rechengröße für die Zahlungsbilanzhilfen in der Gemeinschaft
- Zahlungsmittel der Notenbanken bei Interventionen am Devisenmarkt

Das ohne Zweifel wichtigste Element war der *Wechselkurs- und Interventionsmechanismus*. So existierte für die Währungen der Mitgliedstaaten immer ein Leitkurs, der auf ECU bezogen war. Die einzelnen Leitkurse durften nur innerhalb bestimmter Bandbreiten nach oben oder unten voneinander abweichen. Zu Beginn lag diese Bandbreite bei 2,25%. Ende 1993 wurde diese auf 15% erweitert. Wenn die Kurse außerhalb der Bandbreiten gierten, mußten die betroffenen Zentralbanken intervenieren.

Zusätzlich gab es einen *Kreditmechanismus*. Allen Mitgliedern standen hier sehr kurzfristige Kredite (für 75 Tage) in unbegrenzter Höhe zur Verfügung. Daneben konnten aber auch Kredite in Anspruch genommen werden, die eine Laufzeit von bis zu 5 Jahren hatten.

Ein gemeinschaftlicher *Koordinationsmechanismus* lag ebenfalls vor. Ziel war es dabei, eine gemeinsame Wechselkurspolitik gegenüber Drittländern durchzuführen, bzw. sich diesbezüglich untereinander abzustimmen.

Lange Zeit blieb das EWS von schwerwiegenden Turbulenzen verschont. In vielen mittlerweile EU-Ländern zeichnete sich eine deutliche Preisstabilität und Haushaltsdisziplin ab. In den Jahren 1992/93 wurde aber dann auch dieser Wechselkursmechanismus instabil. Die Wechselkurse einiger Länder drifteten plötzlich stark auseinander und die Währungen mußten infolgedessen abgewertet werden. Betroffen waren hiervon England, Spanien, Portugal und Italien. Diese erneute Instabilität wurde diesmal durch die kritischen Volksentscheide in Dänemark und Frankreich zum Vertrag von Maastricht hervorgerufen.⁶ Die Menschen in beiden Ländern meldeten erstmals öffentlich Bedenken an einer Währungsunion an. Für einige Fachleute schien das Ende der EWS besiegelt. Doch als dann im August 1993 die Schwankungsbreiten auf 15% ausgeweitet wurden, stabilisierte sich dieses System wieder. Die Länder Großbritannien und Dänemark schieden aber trotzdem aus dem EWS aus und vereinbarten auch eine Ausstiegsklausel für die darauffolgende WWU.

6 Vgl. Krätschel / Renner, a.a.O., S. 27.

Nach dieser schwierigen Situation blieb das EWS von weiteren Turbulenzen weitgehend verschont. Im Vergleich hat sich dieser europäische Wechselkursmechanismus am längsten bewährt.

4 Der Delors-Bericht

Die größtenteils erfolgreiche Zusammenarbeit im EWS und die dort gesammelten wertvollen Erfahrungen setzten eine erneute Diskussion Ende der 80'er Jahre über die WWU in Gang. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistete der Binnenmarkt, welcher 1985 beschlossen worden war und der in der „Einheitlichen Europäischen Akte“ von 1987 verbindlich festgeschrieben wurde. Das sogenannte „Genscher Memorandum“ vom Februar 1988 leistete einen weiteren Beitrag. Darin wurden die Verwirklichung eines Europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank gefordert. Im Juni 1988 entschied sich dann der Europäische Rat (unter deutschem Vorsitz) in Hannover, einen „Ausschuß zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion“ einzusetzen. Die Leitung dieses Ausschusses übernahm Jaques Delors. Diesem Ausschuß gehörten alle Zentralbankpräsidenten der EG und einige unabhängige Experten an. Im April 1989 legte der Ausschuß seinen Bericht zur WWU vor. Als Ziele wurden hier die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die volle Integration der Finanzmärkte, die uneingeschränkte, irreversible Konvertibilität der Währungen, die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse in Verbindung mit der Beseitigung der Bandbreiten und die etwaige Ersetzung der nationalen Währung durch eine einheitliche Währung genannt.⁷ Diese Ziele sollten nach Meinung des Ausschusses in drei Phasen verwirklicht werden. Damit ähnelte dieser Bericht dem Werner-Plan von 1970.

5 Die Verankerung der WWU im Vertrag von Maastricht

5.1 Entstehungsgeschichte und Schwerpunkte des Vertrages

Im Juni 1989 nahm der Europäische Rat den Delors-Bericht an. Im Dezember des gleichen Jahres riefen die Staats- und Regierungschefs bereits eine erste Regierungskonferenz zur Umsetzung des Delors-Berichts ein. In der darauffolgenden Zeit wurde der Vertrag über die Europäische Union erarbeitet. Dieser wurde nach einer Tagung des Europäischen Rates am 9./10.

7 Vgl. Europäische Kommission, a.a.O., S. 9.

Dezember 1991 in Maastricht abschließend ausgehandelt und am 7. Februar 1992 unterschrieben. Im Mittelpunkt dieses Vertrages steht eindeutig die Verwirklichung einer WWU innerhalb der Union. In den Artikeln 102a bis 109m des EU-Vertrages ist festgelegt, wie dieses große Ziel erreicht werden soll. Hierzu wurden folgende Bereiche festgelegt:⁸

- die Wirtschaftspolitik (Art. 102a - 104c)
- die Währungspolitik (Art. 105 - 109)
- institutionelle Bestimmungen (Art. 109a - 109c)
- ein Stufen-Plan mit Konvergenzkriterien zur WWU (Art. 109e - 109m)

5.2 Der Stufenplan zur WWU

Gemäß dem Vertrag von Maastricht soll die WWU in drei Stufen verwirklicht werden. Die Mitgliedstaaten sollen so langsam und behutsam an das große Ziel herangeführt werden, bzw. sich diesem annähern. Dazu wurde ein System der verstärkten Koordinierung und der Überwachung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik der Mitglieder geschaffen.⁹ Innerhalb der Stufen stellte sich die Gemeinschaft „ehrgeizige“ Ziele. Ein Großteil von diesen konnte bereits verwirklicht werden. So stehen nur noch einige wenige aus. In der nun folgenden Beschreibung der einzelnen Stufen soll auf bereits Erreichtes zurückgeblückt und auf noch Bevorstehendes hingewiesen werden.

Die erste Stufe der WWU

Diese begann am 1. Juli 1990. Sie beinhaltet eine vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs innerhalb der EU. Dadurch kann Kapital innerhalb der EU heutzutage ohne jegliche Probleme von einem Ort zum anderen verschoben werden. Weiterhin intensivierten die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen, einen hohen Grad an wirtschaftlicher Annäherung zu erreichen und ihre Finanzpolitik zu koordinieren.¹⁰

8 Vgl. Läufer, Thomas: Der Vertrag. Europäische Union Europäische Gemeinschaft. Die Vertragstexte von Maastricht mit den deutschen Begleitgesetzen. Bonn 1997, S. 176f.

9 Vgl. Bundesministerium der Finanzen, a.a.O., S. 30.

10 Vgl. Bundesministerium der Finanzen, a.a.O., S. 30.

Die zweite Stufe der WWU

Die zweite Stufe zur Verwirklichung der WWU begann gemäß Art. 109e des Maastrichter Vertrages am 1. Januar 1994.¹¹ Sie diente als Vorbereitungszeit für die Mitgliedstaaten zur dritten Stufe der WWU. Gleichzeitig wurden hier die entscheidenden Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung geschaffen. So wurde gemäß Art. 109f zu Beginn ein Europäisches Währungsinstitut (EWI) errichtet. Das EWI war der Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB). Seine Hauptaufgabe bestand in der Schaffung des notwendigen regulatorischen, organisatorischen und logistischen Rahmens, damit die EZB ihre Aufgaben vom ersten Tag der dritten Stufe an wahrnehmen kann.¹²

Die Mitgliedstaaten waren in der zweiten Stufe der WWU aber weiterhin verantwortlich für ihre Geld- und Währungspolitik. Im Vertrag von Maastricht wurden aber Vorschriften zur Durchführung einer soliden Haushaltspolitik festgelegt, die von den Mitgliedstaaten eingehalten werden müssen. Diese Vorschriften traten mit Beginn der zweiten Stufe in Kraft und gelten über diese hinaus. Im einzelnen gehören hierzu:¹³

1. Das Verbot der Kreditgewährung von Zentralbanken an den öffentlichen Sektor (Art. 104 EGV).
2. Der Ausschluß des bevorrechtigten Zuganges des Staates zu den Finanzinstituten (Art. 104a EGV).
3. Ein Ausschluß der Haftung der Gemeinschaft oder einzelner Mitgliedstaaten für die Schulden anderer Mitgliedstaaten (Art. 104b EGV).
4. Die Vermeidung übermäßiger Haushaltsdefizite (Art. 104c EGV).

Für die weitere Vorbereitung der Mitgliedstaaten auf die dritte Stufe der WWU standen der Gemeinschaft zusätzlich folgende „Instrumente“ zur Verfügung:¹⁴

- *Grundzüge der Wirtschaftspolitik* (Art. 103 Abs. 2 EGV). Diese werden vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (auch Ministerrat genannt) einmal im Jahr verabschiedet und sind Empfehlungen für die Mitgliedstaaten.

11 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 189.

12 Vgl. ebenda, S. 191.

13 Vgl. ebenda, S. 178f.

14 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 176f.

- *Multilaterale Überwachung* (Art. 103 Abs. 3 EGV). Sie wird am Ende eines jeden Jahres vom Ministerrat durchgeführt. Der Ministerrat überprüft dann anhand von Berichten der Kommission die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Wenn die Wirtschaftspolitik eines Mitgliedstaates von den Grundzügen abweicht, kann der Ministerrat Empfehlungen aussprechen und diese unter Umständen auch veröffentlichen. Dadurch soll insgesamt eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine dauerhafte Konvergenz (Annäherung) der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten gewährleistet werden.

Diese „Instrumente“ sind ebenfalls, wie die zuvor genannten Vorschriften, ein wichtiger Bestandteil der im Maastrichter Vertrag geregelten Wirtschaftspolitik, die seitdem als eine „Angelegenheit von gemeinsamem Interesse“ (Art. 103 Abs. 1 EGV) betrachtet wird. Auf dem Gipfel von Amsterdam im Juni 1997 wurden, ausgehend von einer deutschen Initiative, diese Instrumente und Vorschriften nochmals durch den dort verabschiedeten „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ konkretisiert, um eine stabilitätsgerechte Wirtschafts- und Währungspolitik in der dritten Stufe zu garantieren.

Neben der Vorbereitung der Mitgliedstaaten auf die dritte Stufe der WWU, gab es aber auch einen festen „Fahrplan“ zur Vollendung der zweiten Stufe. Dieser wurde, ebenso wie der Ablauf der dritten Stufe, auf dem Madrider Gipfel im Dezember 1995 endgültig festgelegt und präzisiert. Gleichzeitig wurde dabei der Name „Euro“ für die gemeinsame Währung festgelegt.

Am 2. Mai 1998 entschied der Europäische Rat, der sich aus den Staats- und Regierungschefs aller Staaten der EU zusammensetzt, über den Kreis der Teilnehmerstaaten. Um an der WWU teilnehmen zu dürfen, mußten die Mitgliedstaaten bestimmte vertraglich festgelegte „Konvergenzkriterien“ erfüllen. Diese sahen folgendermaßen aus:

- Die Inflationsrate durfte den Durchschnittswert der stabilsten Länder nicht mehr als um 1,5% übersteigen.
- Die Neuverschuldung eines Staates durfte 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen. Die Staatsverschuldung mußte unter 60% des BIP liegen.
- Das Zinsniveau durfte den Durchschnittswert der stabilsten Währungen nicht um mehr als 2% übersteigen.
- Die jeweilige Währung mußte dem EWS angehören und durfte in den letzten zwei Jahren nicht abgewertet worden sein.

Die Basis für diese Entscheidung waren die Konjunktur- und Haushaltsdaten des Jahres 1997. Diese Daten lagen aber erst Ende Februar 1998 vor und mußten anschließend noch vom EWI und von der Europäischen Kommission in ihren Konvergenzberichten bewertet werden, ehe der Beschluß über die Teilnehmer gefaßt werden konnte.¹⁵ Der Europäische Rat entschied dabei, daß 11 Staaten an der Währungsunion teilnehmen. Die Länder Großbritannien und Dänemark nahmen ihre Ausnahmeregelung wahr und entschieden damit, daß sie vorerst noch nicht an der WWU teilnehmen werden. Schweden hatte im Sommer 1997 erklärt, noch nicht von Beginn an der Währungsunion teilzunehmen. Griechenland hingegen scheiterte an den Konvergenzkriterien.

Ebenfalls am 2. Mai 1998 ernannten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten das Direktorium der EZB. Zum ersten Präsidenten der EZB wurde der Niederländer Wim Duisenberg gewählt, der auch schon das EWI geleitet hatte. Vizepräsident wurde der Franzose Christian Noyer. Aus Deutschland wurde Ottmar Issing, der bisher Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank war, in das Direktorium der EZB berufen.

Am 1. Juli 1998 wurde die EZB in Frankfurt am Main errichtet. Sie nahm aber ihre volle Tätigkeit erst mit Beginn der dritten Stufe auf.

Die dritte Stufe der WWU

Am 1. Januar 1999 begann die dritte Stufe der WWU. Die Wechselkurse der Teilnehmerwährungen (sogenannte „Ins“) wurden unwiderruflich untereinander zum Euro festgelegt. Maßgeblich für die Festlegung waren die Tageskurse der Währungen zur ECU Ende 1998. Demnach kostet z.B. ein Euro nun unwiderruflich 1,95583 D-Mark.

Die EZB hat am gleichen Tag ihre Arbeit aufgenommen und trägt seitdem die alleinige Verantwortung für die Geldpolitik. Sie ist ferner von Weisungen der politischen Instanzen unabhängig (Art. 107 EGV).¹⁶ Das EWI wurde daraufhin liquidiert (Art. 109l Abs. 2).¹⁷ Die nationalen Zentralbanken blieben weiter bestehen, sind aber jetzt integriert in das Europäische System der Zentralbanken (ESZB).

15 Vgl. Aktionsgemeinschaft EURO, a.a.O., S. 80.

16 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 184.

17 Vgl. ebenda, S. 197.

Für die verbleibenden vier Mitgliedstaaten, die vorerst nicht an der Währungsunion teilnehmen (sogenannte „Pre-Ins“), steht ein modifiziertes Europäisches Währungssystem (EWS II) bereit. In seinem Rahmen wurden die Leitkurse zwischen dem Euro und den Währungen der vier EU-Staaten festgesetzt. Die Tageskurse dieser vier Währungen dürfen gegenüber dem Euro in Bandbreiten bis zu 15% plus oder minus zum festgesetzten Leitkurs schwanken. Die Teilnahme am EWS II ist freiwillig, aber zugleich Voraussetzung, wenn man später an der Währungsunion teilnehmen möchte.

Seit dem 1. Januar 1999 kann auf den verschiedenen Geld- und Kapitalmärkten mit dem Euro schon gearbeitet werden. Die Bürger in den einzelnen Teilnehmerländern können vorerst nur bargeldlose Zahlungen mit dem Euro tätigen. Die nationalen Währungen bleiben damit erst einmal weiter gesetzliches Zahlungsmittel.

Spätestens am 1. Januar 2002 wird das ESZB die Euro-Banknoten nach und nach in Umlauf setzen und die nationalen Banknoten einziehen. Dieser Prozeß soll nun, nach einer Einigung der Finanzminister in Brüssel, schon Ende Februar 2002 abgeschlossen sein. Die dritte Stufe der WWU ist dann vollendet. Der Euro soll ab diesem Zeitpunkt alleiniges Zahlungsmittel in den Teilnehmerländern sein.

IV. Gründe und Motive für eine Wirtschafts- und Währungsunion

1 Die politischen Motive zur WWU

Wenn man die politische Motivation zur WWU betrachten will, ist es notwendig, sich noch einmal mit ihrer historischen Entwicklung zu beschäftigen.

Wie wir schon im vorherigen Kapitel erfahren haben, verständigte man sich bereits Ende der 60er Jahre innerhalb der damaligen Gemeinschaft auf die Verwirklichung einer WWU. Im Werner-Plan von 1970 wurde dieses große Ziel konkretisiert und wenig später von der Gemeinschaft akzeptiert. Für diesen ersten Versuch zur Einführung einer WWU innerhalb der Gemeinschaft gab es entscheidende politische Gründe. So trat am 01.01.1970 die Gemeinschaft, nach vorfristiger Verwirklichung der Zollunion am 01.07.1968, in ihre Endphase ein.¹ Damit die Dynamik des Integrationsprozesses nicht erlosch, mußte ein neues Ziel definiert werden, das zugleich der Logik der bisherigen Integrations Schritte (Schaffung binnenmarktähnlicher Verhältnisse unter Verstärkung der politischen Bindungen) entsprach. Gleichzeitig wollte die Gemeinschaft der mittlerweile unerwünschten währungspolitischen Abhängigkeit vom Leitwährungsland USA entfliehen. Diese Abhängigkeit hatte zu einem Inflationsimport, zu realem Ressourcetransfer zu ungünstigen Bedingungen und unfreiwilliger Mitfinanzierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik (Vietnamkrieg) geführt.² Die Regierungen der EG-Mitgliedsländer versuchten daher, mit der Etablierung einer WWU ihre interne und externe Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und die vor ihnen liegenden Probleme zu lösen.

Mitte der 70er Jahre kam es aber dann zu einem Stillstand in der europäischen Integrationspolitik. Es waren speziell die politischen Meinungsver-

1 Vgl. Krägenau, Henry / Wetter, Wolfgang: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Vom Werner-Plan bis Maastricht. In: Maastricht. Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion?. Hrsg. v. Rolf Caesar, Hans-Eckart Scharrer; Bonn 1994, S. 58.

2 Vgl. ebenda, S. 59.

schiedenheiten zwischen Ökonomen und Monetaristen, die entscheidend zum Scheitern des Werner-Plans und der darauffolgenden Währungsschlange beitrugen. So kam es zu einer Spaltung innerhalb der Gemeinschaft. Einige Länder, darunter Frankreich, zogen sich aus dem Verband zurück. Die noch verbleibenden Währungen wurden daraufhin durch die D-Mark dominiert (DM-Zone). Dieser integrationspolitische Stillstand trug (primär auf wissenschaftlicher Ebene) aber nicht nur dazu bei, die bisherigen Integrationskonzepte zu hinterfragen, sondern führte auch zur Entwicklung weiterführender Ideen.³ Der Stillstand war damit zugleich eine Denkpause, die den nächsten großen integrationspolitischen Schritt (das EWS) nachhaltig beeinflusste.⁴

So waren es Ende der 70er Jahre ausgerechnet Deutschland und Frankreich, die die Gemeinschaft wieder auf Integrationskurs brachten und gemeinsam den Weg zum EWS bereiteten. Die politischen Architekten dieses neuen Systems waren Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing. Beide hatten nicht nur das Ziel (genauso wie der damalige Präsident der EG-Kommission Roy Jenkins), den Integrationsstillstand zu überwinden, sondern verfolgten auch individuelle Ziele. Der französische Staatspräsident verstand das EWS zwar auch als eine neue Etappe der Organisation Europas, für Frankreich ging es aber hierbei um weitaus mehr. Gerade die Disziplinierungswirkung eines Festkurssystems spielte für Frankreich eine nicht unbedeutende Rolle.⁵ Schon mit dem sogenannten Barre-Plan hatte das Land 1977 begonnen, seine Haushalts- und Geldpolitik zu konsolidieren. Ziel war eindeutig die Stabilisierung von Preisniveau und Franc. Gleichzeitig sollte Deutschland ökonomisch mit Hilfe der Disziplin des EWS eingeholt werden, um eine Hegemonialstellung der Bundesrepublik zu vermeiden. Helmut Schmidt hingegen verband mit dem EWS zum einen die Einbindung Deutschlands in ein Gesamteuropa mit Frankreich unter Vermeidung einer deutschen Vormachtstellung, zum anderen wollte er mit dem ECU eine einheitliche europäische Währung schaffen, die der weltwirtschaftlichen Bedeutung des Dollars und des japanischen Yen endlich gleichkäme. Damit waren die Motive Helmut Schmidts bereits nicht mehr nur europäischer, sondern auch internationaler Natur.

3 Vgl. Krägenau / Wetter, a.a.O., S. 62.

4 Vgl. ebenda.

5 Vgl. ebenda, S. 64.

Ungefähr Mitte der 80er Jahre setzte eine erneute Diskussion um die Schaffung einer WWU ein und entwickelte sich mit der Zeit immer stärker. Hierfür waren besonders politische Motive verantwortlich. Im Laufe der 80er Jahre wurde die D-Mark zum Stabilitätsanker im EWS und die deutsche Bundesbank gab den geldpolitischen Kurs vor.⁶ Für einige Länder wurden die hegemoniale Rolle der D-Mark und das Diktat der deutschen Bundesbank unerträglich. Sie sahen in einer Währungsunion ein Mittel zur Beseitigung der hegemonialen Rolle der D-Mark, der deutschen Bundesbank und sicherlich auch Deutschlands. Nach der Verständigung auf eine WWU und der konkreten Ausarbeitung durch den Delors-Bericht trat ein weiteres ganz entscheidendes politisches Motiv hinzu. Die Gemeinschaft legte sich bereits kurze Zeit später nach Vorlage des Delors-Berichtes endgültig auf eine WWU fest und beschloß noch im gleichen Jahr die Umsetzung des Berichtes. Im Anschluß daran wurde der Vertrag von Maastricht ausgearbeitet, in dem die WWU verbindlich festgeschrieben und verankert wurde. Für diese insgesamt rasche und zügige Entwicklung Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre war die sich schon 1989 abzeichnende deutsche Wiedervereinigung wesentlich verantwortlich. Es war speziell Frankreich, das ein wiedervereinigtes Deutschland so schnell als nur irgend wie möglich durch die WWU und mit dem Vertrag von Maastricht dauerhaft in den europäischen Integrationsprozeß einbinden wollte.⁷ Dadurch bedingt wurde in der darauffolgenden Zeit immer wieder eine Diskussion in Deutschland in Gang gesetzt, in der es darum ging, daß der französische Staatspräsident Mitterrand die schnelle Verwirklichung der WWU als Preis für die Zustimmung zur deutschen Einigung forderte, und der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl für die deutsche Einheit diesen Preis bezahlen mußte.⁸ Ob Staatspräsident Mitterrand dies wirklich forderte, bleibt wahrscheinlich das Geheimnis dieser beiden Staatsmänner. Eindeutig bleibt jedenfalls eins, für Frankreich ging es ohne Frage um eine rasche Einbindung des wiedervereinigten Deutschlands. Deutschland hingegen ließ sich seinerseits sehr gerne einbinden, und das nicht nur wegen der Zustimmung zur Wiedervereinigung, sondern weil es in dieser Phase um mehr ging. Der Altbundeskanzler Helmut Schmidt brachte dies sehr treffend mit den folgenden Worten zum Ausdruck: „Warum aber haben die Regierungschefs die Währungsunion beschlossen,

6 Vgl. ebenda, S. 70.

7 Vgl. Sarrazin, Thilo: Der Euro. Chance oder Abenteuer? Bonn 1998, S. 90.

8 Siehe hierzu Hickel, Rudolf: Standort-Wahn und Euro-Angst. Die 7 Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik. Reinbek 1998, S. 220.

die der bei weitem wichtigste und einzig konkrete Teil des Maastrichter Vertrages von Februar 1992 ist? Weil ohne sie der bisher fälschlich so genannte gemeinsame Markt ein Torso bleibt, der zwangsläufig zu einer Freihandelszone degenerieren wird. Wenn aber die Europäische Union zur Freihandelszone verkäme, dann würde alsbald auch der Wille zur weiteren Integration verfallen. Wenn es deshalb nicht zur Einbindung Deutschlands und Frankreichs käme, dann stünde Europa bereits früh im 21. Jahrhundert wieder dort, wo es im ganzen 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gestanden hatte. Es liegt im zentralen strategischen Interesse Deutschlands, eine Rückkehr zu einer Lage zu vermeiden, in der sich unsere vielen Nachbarn gegen eine vermeintlich oder tatsächlich bedrohliche Stärke Deutschlands miteinander verbünden, um uns Deutsche in Schach zu halten.“⁹

Insgesamt betrachtet war das Hauptmotiv für die WWU, dies zeigt die zurückliegende Geschichte immer wieder, die europäische Integration voranzutreiben, und das zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet. Diese europäische Integration beruhte auf zwei starken Motiven. Der einstige Premierminister von Großbritannien, Winston Churchill, legte diese in seiner berühmten Rede am 19. September 1946 in Zürich bereits offen, als er dort die „Vereinigten Staaten von Europa“ forderte, wobei er Großbritannien wie selbstverständlich nicht zu Europa zählte. Dennoch verfolgte Churchill hiermit zwei ganz entscheidende Motive. Das eine Motiv war, daß er in Westeuropa ein Gegengewicht bilden wollte gegen die bedrohliche Macht der Sowjetunion und gegen das von ihm befürchtete weitere Vordringen des sowjetischen Imperialismus.¹⁰ Das zweite Motiv war, das sich in der Mitte Europas befindende Deutschland wirtschaftlich und politisch einzubinden. Diese beiden Motive spielten in den Köpfen der Architekten und Väter der WWU eine große Rolle. Für Frankreich beispielsweise ging es, wie dargestellt, immer um die Einbindung Deutschlands in eine europäische Einheit, um eine übermächtige Hegemonialstellung Deutschlands zu vermeiden und so die Gefahr eines erneuten Krieges zu beseitigen. Für Deutschland ging es dabei auch immer um die Vermeidung einer Situation, in der sich erneut alle gegen die Deutschen verbinden. Helmut Schmidt macht dies deutlich, wenn er sagt:

9 Schmidt, Helmut: Der zweite Anlauf. Die letzte Chance. Die Zeit, (Hamburg) Nr. 15 vom 5. April 1996.

10 Vgl. Schmidt, Helmut: Warum Währungsunion? In: Der Euro - mehr als ein Symbol. Hrsg. v. Christa Randzio-Plath; Baden-Baden 1996, S. 31.

„Wenn wir Deutschen das Projekt Währungsunion zerstören, droht uns die Selbstisolierung.“¹¹ Das erste Motiv ist mittlerweile durch den Zusammenbruch des Ostblocks und den Zerfall der Sowjetunion entfallen. Das zweite Motiv bleibt aber für manche weiter präsent. Helmut Schmidt sagt hierzu: „Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist ein zusätzliches Unbehagen bei unseren Nachbarn eingetreten. Solange Deutschland geteilt war, konnte man den enormen wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland einigermaßen ertragen. Inzwischen gibt es aber doppelt so viele Deutsche wie Polen, achtmal so viele wie Tschechen, mehr als fünfmal so viele wie die Niederländer und beinahe eineinhalb mal so viele wie Franzosen oder wie die Engländer oder die Italiener.“¹² Die WWU bleibt damit (damals wie heute) ein wesentlich politisch motiviertes Projekt zur Sicherung des Friedens in Europa. Natürlich sprachen und sprechen immer noch auch ökonomische Gründe für die WWU. Darauf soll im Folgenden eingegangen werden.

2 Die ökonomischen Gründe zur WWU

Da jede Medaille zwei Seiten hat, sollen in diesem Abschnitt auch kurz die ökonomischen Gründe zur WWU dargestellt werden. Gleichzeitig soll dadurch auf die ökonomische Bedeutung der WWU hingewiesen werden.

Die geschichtliche Betrachtung verwies bereits ansatzweise auf einige entscheidende ökonomische Beweggründe für die WWU. In den letzten Jahren dieses für Europa schicksalhaften Jahrhunderts wurden diese Gründe zusammen mit weiteren massiv in den Medien vorgetragen. Dadurch erhielt das Projekt-WWU mit der gemeinsamen Währung Euro eine starke ökonomische Ausrichtung. In diesem Abschnitt sollen noch einmal kurz und anschaulich die wichtigsten und klassischen ökonomischen Gründe für eine WWU inklusive gemeinsamer Währung zusammenhängend dargestellt werden. Aus ökonomischer Sicht sprachen und sprechen folgende Gründe für eine WWU:

- *Zunehmende wirtschaftliche Verflechtung.* Diese hatte bereits Ende der 60er Jahre im gemeinsamen Markt zu einer wachsenden Interdependenz der nationalen Wirtschaftsabläufe geführt und verursachte Souveränitätseinbußen auf der Ebene der Mitgliedsländer, ohne daß die Fähigkeiten der damaligen Gemeinschaftsorgane zum Konjunktur- und Zahlungsbilanz-

11 Schmidt, a.a.O., S. 37.

12 Schmidt, a.a.O., S. 35.

management zugenommen hatten.¹³ Die Länder versuchten zum damaligen Zeitpunkt unkoordiniert mit nationalen Stabilisierungsmaßnahmen Inflation und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dies war auch ein Beweggrund für den Werner-Plan. Im Laufe der Jahre hat diese wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Ländern der EU enorm zugenommen. Man denke hier speziell an die gegenseitigen Warenlieferungen und den Dienstleistungsverkehr, die kapitalmäßige Verflechtung, die umfangreichen Finanzanlagen von Fonds und Lebensversicherungen in den Nachbarländern, die gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die Regionalförderung und den Austausch von Arbeitskräften oder den Tourismus.¹⁴ Gleichzeitig ist es in den vergangenen Jahren zu einer immer stärkeren internationalen oder weltweiten wirtschaftlichen Verflechtung gekommen, die man unter dem Begriff „Globalisierung“ zusammenfaßt. Das Streben innerhalb der Gemeinschaft nach einer engeren wirtschaftlichen und währungspolitischen Verbindung ist daher zum einen als Folge der internen Verflechtung einzustufen, zum anderen auch als Antwort (Schutz) auf die zunehmenden externen (weltweiten) Verflechtungen zu sehen.

- *Kosten durch Wechselkursschwankungen.* In der Vergangenheit kam es innerhalb der Gemeinschaft häufig zu Wechselkursschwankungen, die hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachten. So wurde 1969 der gemeinsame Agrarmarkt durch Franc-Abwertung und DM-Aufwertung gefährdet und konnte nur durch komplizierte Regelungen aufrecht erhalten werden.¹⁵ Mit verantwortlich hierfür waren das inzwischen brüchig gewordene Bretton-Woods-System und die Schwankungen des Dollars. Dies trug auch zum Scheitern des Werner-Plans und der anschließenden Währungsschlange bei, die eigentlich als Schutzmechanismen gedacht waren. Hiernach kam es erneut zu einem starken Aufwertungsdruck auf die DM-Mark. Diese wurde in der Folgezeit immer stärker aufgewertet und erwuchs zur dominanten Kraft in Europa und zum Gegenpol des Dollars. Dies war aus deutscher Sicht nicht immer erfreulich, denn damit verteuerten sich die deutschen Produkte, was wiederum den Export beeinträchtigte. Die Folgen dieser Aufwertungstendenz hatte auch Helmut

13 Vgl. Krägenau / Wetter, a.a.O., S. 58.

14 Vgl. Jungblut, Michael: Wenn der Euro rollt. Was bringt die Währungsunion für Arbeitnehmer, Sparer, Verbraucher und Unternehmer. Wien 1996, S. 139.

15 Vgl. Krägenau / Wetter, a.a.O., S. 59.

Schmidt erkannte und plädierte deshalb, auch aus ökonomischer Sicht, für die Verwirklichung des EWS mit der Korbwährung ECU. Doch die D-Mark wurde auch hier zum „Anker“, der ECU hingegen nie eine gemeinsame Währung. Diesen Anker ertrugen einige Mitgliedstaaten nur schwer, andere wollten oder konnten ihn irgendwann nicht mehr ertragen. Auf deutscher Seite wurde diese Rolle auch stark kritisiert. Helmut Schmidt sagt hierzu z.B. folgendes: „Die anhaltende Tendenz zur Aufwertung der D-Mark gegenüber den anderen Währungen Europas würde sich fortsetzen. Schon heute hat der stabilitätswidrige Aufwertungskurs unserer Währung Zulieferungsimporte der deutschen Industrie so sehr verbilligt, daß dadurch Hunderttausende an Arbeitsplätzen verlorengegangen sind.“¹⁶ Auslöser von Wechselkursschwankungen waren in der Vergangenheit, aufgrund der zunehmenden Vernetzung, nicht nur der Dollar, sondern auch die immer größer werdenden Finanztransaktionen, Devisen- und Spekulationsgeschäfte in der Gemeinschaft und in der gesamten Welt. Die damit verbundenen Probleme zeigten sich schon sehr früh. Schon in den 70er Jahren, als die Tagesumsätze an den Weltdevisenmärkten bei 70 Milliarden Dollar lagen, konnten die Zentralbanken mit ihren Interventionen unerwünschte und fundamental nicht gerechtfertigte Wechselkursschwankungen nicht eindämmen.¹⁷ Mitte der 90er Jahre erreichten die täglichen Devisengeschäfte bereits eine Größenordnung von über 1.000 Milliarden Dollar. Über 90% davon haben einen spekulativen Hintergrund, während die einst dominierende Außenhandelsfinanzierung völlig in den Hintergrund gedrängt worden ist.¹⁸ Das Gefahrenpotential dieser Geschäfte zeigte sich auch in den jüngsten Bankencrashes in Japan und Indonesien, welche die Börsen dieser Welt erschütterten. Mit den ständigen Wechselkursschwankungen in der Gemeinschaft sind aber auch weitere Kosten verbunden, wie z.B. die Transaktionskosten. Dies sind Kosten für die Absicherung des Wechselkursrisikos oder für Devisengeschäfte. Sie belaufen sich auf etwa 0,3-0,4% des jährlichen Bruttoinlandsprodukts der Union.¹⁹ Die Transaktionskosten schaden besonders kleinen und mittleren exportorientierten Unternehmen, da sie bei jedem Export von neuem anfallen. Aus Sicht der Gemeinschaft war es daher insgesamt wichtig, die innereuropäischen Wechselkursschwankungen und die damit

16 Schmidt, a.a.O., S. 36.

17 Vgl. Jungblut, a.a.O., S. 141.

18 Vgl. ebenda.

19 Vgl. Europäische Kommission, a.a.O., S. 14.

verbundenen Kosten zu eliminieren und sich gemeinschaftlich vor Spekulationswellen zu schützen. Für Deutschland ging es speziell darum, die Last einer immer stärkeren D-Mark mit Hilfe einer gemeinsamen Währung auf die Schultern der Gemeinschaft „abzuladen“.

- *Vollendung des Binnenmarktes.* Um die zuvor beschriebenen Kosten zu beseitigen, mußte der Binnenmarkt durch eine Währungsunion inklusive gemeinsamer Währung ergänzt werden. Diese Tatsache löste eine Diskussion in der Gemeinschaft aus, die letztlich zum Delors-Bericht führte. Die Ergänzung oder Vollendung des Binnenmarkts durch eine Währungsunion führt aber auch zu weiteren wirtschaftlichen Vorteilen. Mit der Einführung einer einheitlichen Währung erhöht sich z.B. die Transparenz von Preisen und Kosten. Diese können nun europaweit verglichen werden. Dies kann unmittelbar dem Verbraucher zugute kommen, der nun vielleicht günstiger im Nachbarland einkaufen kann. Die verbesserte Markttransparenz führt ohne Zweifel aber auch zu einem stärkeren Wettbewerb zwischen den Unternehmen. Dadurch können, zusammen mit dem Wegfall der Transaktionskosten, auch die Preise für einige Produkte im Inland sinken. Dies wird beispielsweise in der Automobilindustrie erwartet. Der Verbraucher könnte so in einigen Bereichen günstiger einkaufen und mehr sparen. Dies würde zu einer Erhöhung der Wohlfahrt führen. Die verbesserte Markttransparenz kann aber auch den Unternehmen Vorteile bringen. Sie können dadurch ihre Preise besser kalkulieren und so wettbewerbsfähiger werden. Dadurch könnte sich im Gegenzug auch die Wettbewerbsposition gegenüber amerikanischen und japanischen Firmen verbessern. Zu einem verschärften Wettbewerb wird es aber auch auf dem Kapitalmarkt kommen, da durch die Währungsunion ein großer einheitlicher Finanzmarkt entsteht. Dort werden Leistungen und Angebote der Kreditinstitute erstmals vergleichbar werden. Dadurch könnten die Zinsen weiter tendenziell sinken bzw. auf einem niedrigen Niveau stagnieren. Hinzu kommt, daß die gemeinsamen Stabilitätsregeln dazu führen, daß sich die Mitgliedsländer nicht mehr im bisherigen Ausmaß verschulden können. Dies sorgt ebenfalls für niedrige Zinsen. Mit dem gemeinsamen Finanzmarkt werden besonders Hoffnungen auf mehr Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum verbunden. So können sich durch den harten Wettbewerb unter den Banken und die Beseitigung des Wechselkursrisikos interessante Investitions- und Finanzierungsangebote für die Unternehmen ergeben. Dies verbunden mit niedrigen Zinsen, könnte die Inves-

titionsbereitschaft der Unternehmen deutlich erhöhen, wodurch mehr Raum für Wachstum und neue Arbeitsplätze geschaffen wird.

- *Europas Gewicht in der Weltwirtschaft.* Schon Helmut Schmidt beabsichtigte, wie zuvor beschrieben, mit dem ECU eine einheitliche europäische Währung zu schaffen, die der weltwirtschaftlichen Bedeutung des Dollars und des japanischen Yen gleichkommt. Ob die WWU langfristig dies leisten kann, und welche weiteren Auswirkungen und Effekte auf der internationalen Bühne erzielt werden können, soll im vorletzten Kapitel, wenn es um die internationale Bedeutung der WWU geht, näher betrachtet werden. Eines wird jedenfalls schon jetzt klar. Durch die WWU entsteht ein einheitlicher Wirtschafts- und Währungsraum für mehr als 370 Millionen Menschen. Das sind mehr Menschen als in Nordamerika, Japan oder in der früheren Sowjetunion. Gemessen an der Wirtschaftskraft von ca. 13 Billionen D-Mark in 1996 liegt dieser sogar vor den USA mit ca. 10 Billionen D-Mark.²⁰

Dies waren und sind die entscheidenden ökonomischen Gründe für eine WWU. Natürlich gibt es bei einem derartigen Projekt auch Risiken. Diese darzustellen, würde den Rahmen dieser Arbeit jedoch sprengen. Deshalb werden im Anhang dieser Arbeit noch einmal die wichtigsten wirtschaftlichen Chancen und Risiken der WWU übersichtlich in einer Tabelle gegenübergestellt.

20 Vgl. Bundesministerium der Finanzen, a.a.O., S. 14.

V. Die politische Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion

Die WWU wird auch heute noch als „Motor der europäischen Integration“ betrachtet. Die ursprünglichen Motive der europäischen Integration sind Ende der 90er Jahre weitgehend entfallen. Die frühere Supermacht Sowjetunion existiert heute nicht mehr. Deutschland ist fast zehn Jahre nach der Wiedervereinigung fest in die europäische Gemeinschaft integriert. Dennoch werden hin und wieder gewisse Ängste und Befürchtungen hinsichtlich eines zu starken Deutschlands geäußert, meist jedoch von deutschen Politikern. Eines dürfte jedoch klar geworden sein, dieses Motiv hat inzwischen stark an Bedeutung verloren. Das Hauptziel, nämlich die dauerhafte Sicherung des Friedens in Europa, bleibt hingegen weiter ein permanent fester Bestandteil des europäischen Integrationsgedankens.

Doch welche Ziele und Aufgaben werden heute vorwiegend mit der WWU verbunden? Es zeigt sich hierbei, stärker als bisher, der Wunsch und Wille zu engeren politischen Verbindungen. Darauf wiesen die EU-Wirtschafts- und Finanzminister bei der Verkündung der Euro-Umrechnungskurse zuletzt noch einmal deutlich hin.¹ Dies war in der Vergangenheit aufgrund der schrecklichen Kriegserfahrungen noch nicht möglich. Zu frisch waren die Erinnerungen. Obwohl schon sehr früh in der europäischen Integrationsgeschichte über tiefere politische Verbindungen nachgedacht wurde, war die Zeit noch nicht reif dafür. Man konzentrierte sich deshalb stärker auf die wirtschaftliche Integration und hoffte, auf diese Weise einen Anpassungsdruck auf die politische Integration auszuüben. Doch zurück zu den heutigen Zielen. Ein Thema beherrscht eindeutig die Diskussion um die WWU, es geht um die Politische Union. Deswegen soll das Verhältnis zwischen WWU und Politischer Union auch im kommenden Kapitel einen Schwerpunkt bilden. Doch was halten die Menschen in der EU überhaupt von diesen Zielen? Welche Einstellung haben sie beispielsweise zur Europäischen Union? Dies ist eine überaus wichtige Frage, die gleich zu Beginn dieser Arbeit beantwortet werden soll und muß. Die Beantwortung dieser Frage stellt meiner

¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung: Neue Währung für 290 Millionen Europäer. München 53 Jg. (1999) Nr. 1, S. 1.

Meinung nach eine Grundvoraussetzung für engere politische Verknüpfungen dar. Die Zukunft Europas wird dabei auch von den Einstellungen der Bürger zur Europäischen Union bestimmt. Diese Meinung vertreten auch die Autoren Stefan Immerfall und Andreas Sobisch, wenn sie sagen: „Natürlich kann die Allgemeinheit nicht die notwendigen Schritte und Maßnahmen im einzelnen bestimmen; dazu ist die Materie viel zu kompliziert. Aber sie beeinflusst Richtung, Geschwindigkeit und Ziel des europäischen Einigungsprozesses, wie die Debatten und Abstimmungen zu Maastricht gezeigt haben.“²

Wie man sieht, lastet auf der WWU eine Doppelaufgabe. Sie soll stabile wirtschaftliche Verhältnisse schaffen und zugleich den Weg zu tieferen politischen Verbindungen ebnen. Doch ob diese Ziele sich überhaupt verwirklichen lassen, bzw. wie diese aussehen können, darauf möchte ich später eingehen.

1 Die Einstellung der Bürger zur Europäischen Union

Die Einstellung der Bürger zur Europäischen Union wird mit darüber entscheiden, wie der politische Integrationsprozess innerhalb der EU weiter verlaufen wird. Dies hat auch die EU selbst erkannt. Bereits seit zwanzig Jahren untersucht die Europäische Kommission mit Hilfe ihrer sogenannten Eurobarometer-Umfragen zweimal jährlich in den jeweiligen Mitgliedstaaten die Einstellung der Bürger zur Europäischen Union und zur europäischen Integration. Diese Tradition setzt sie auch in ihrem zur Zeit aktuellsten Bericht (Eurobarometer-Bericht Nr. 49) fort. Auf die Ergebnisse und Erkenntnisse dieses Berichtes werde ich mich bei den nun folgenden Untersuchungen auch schwerpunktmäßig beziehen.

1.1 Die Mitgliedschaft in der EU aus der Sicht der Bürger

In diesem Abschnitt soll die direkte Beurteilung der EU durch ihre Bürger anhand von zwei Messungen durch das Eurobarometer dargestellt werden. Die erste zeigt zunächst einmal die allgemeine durchschnittliche Zustimmung der Bürger zur Mitgliedschaft in der EU, und die zweite zeigt die

2 Immerfall, Stefan / Sobisch, Andreas: Europäische Integration und europäische Identität. Die Europäische Union im Bewußtsein ihrer Bürger. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. (1997) 10, S. 26.

Beurteilung dieser Mitgliedschaft hinsichtlich des damit verbundenen Nutzens durch die Unionsbürger.

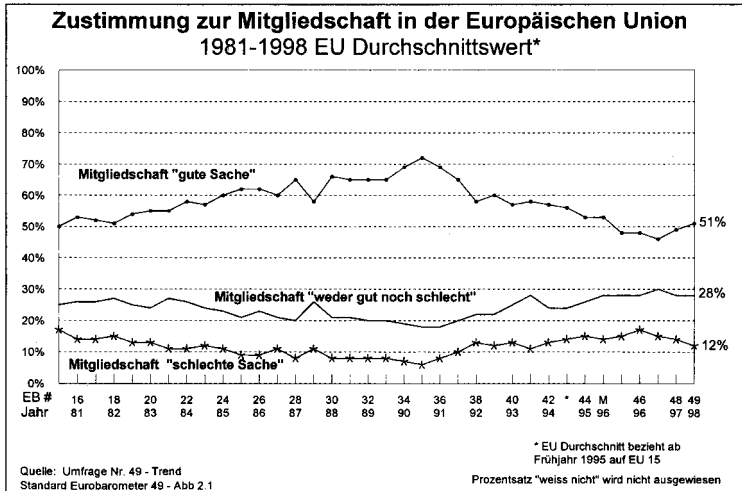


Abb. 1: Die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU

Bei der Messung der „Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU“ (Abbildung 1) wird eines zunächst deutlich. Die Bürger sind zur Zeit mehrheitlich von der EU-Mitgliedschaft ihres Landes überzeugt und stehen dieser wieder eher positiv gegenüber. Genau 51% der Unionsbürger halten gegenwärtig die Mitgliedschaft in der EU für eine „gute Sache“. Die übrigen Bürger halten diese zu 28% für „weder gut noch schlecht“ und zu 12% für eine „schlechte Sache“. Der Teil der Bürger, die mit „weiß nicht“ auf die Frage geantwortet haben (9% der Bevölkerung) wird nicht ausgewiesen. Für die EU bedeutet dieses vorerst wieder Hoffnung. Die Verluste an Ansehen und Popularität in den vergangenen Jahren scheinen langsam überwunden zu sein. Der Anteil derer, die die Mitgliedschaft für eine „gute Sache“ halten, wächst. Tendenziell gewinnt die EU damit wieder an Popularität und bestätigt ihre Daseinsberechtigung. Die Mehrheitsverhältnisse erscheinen jedoch in einem anderen „Licht“, wenn man die große Gruppe derer betrachtet, die mit „weder gut noch schlecht“ (28%) geantwortet haben. Zählt man nämlich diese Prozentanteile zu denen, die mit „weiß nicht“ geantwortet haben, so kommt man auf 37% der Bürger, die unentschieden sind und sich zwar nicht gegen, aber

auch nicht für die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU entscheiden können. Dies ist eine relativ große Gruppe, wovon Teile unter Umständen schnell in das eine oder andere Lager wechseln können. Weiterhin fallen bei genauer Betrachtung dieser Messung Unregelmäßigkeiten im Verlauf der Zustimmung zur EU auf.

Ausgehend vom Jahr 1981 zeigt sich ein stetiger, mit kleinen Ausreißern behafteter Anstieg der Zustimmung zur Gemeinschaft. Dieser Trend wird erstmals 1987 kurzfristig unterbrochen. Der durchschnittliche Grad der Zustimmung fällt in den folgenden Monaten unter die 60%-Marke (vgl. Abbildung 1). Bereits Mitte 1987 steigt die Zustimmung der Bürger wieder an und erreicht Mitte 1990 ihren Spitzenwert von über 70% (vgl. Abbildung 1). Im gleichen Jahr noch setzt ein Abwärtstrend ein. Der Grad der Zustimmung fällt ab diesem Zeitpunkt stetig. Im gleichen Zeitraum wächst der Anteil der Unentschlossenen und Kritiker innerhalb der Bevölkerung ständig. Im Jahr 1996 fällt der Grad der Zustimmung erstmals sogar unter die 50%-Marke, steigt kurze Zeit später wieder an und durchbricht 1998 wieder die 50%-Marke. Ähnliche Schwankungen zeigen sich auch bei der Befragung der Bürger hinsichtlich der Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EU (vgl. Abbildung 2).

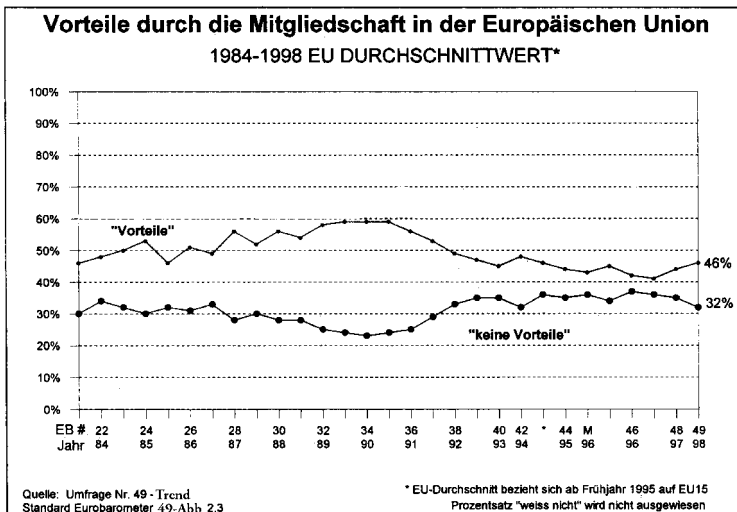


Abb. 2: Vorteile durch die Mitgliedschaft

Genau wie bei der Zustimmung zur Mitgliedschaft zeigt die Messung erhebliche Schwankungen. Ein erster deutlicher Einbruch bei den positiven Antworten zeigt sich bereits schon 1985. Im Laufe des Jahres verbinden weniger als 50% der Bürger Vorteile mit der Mitgliedschaft (vgl. Abbildung 2). Anschließend jedoch steigt die Bewertung der Vorteile durch die Mitgliedschaft für die Bürger wieder. Die positiven Antworten der Bürger nehmen insgesamt betrachtet von da an zunächst kontinuierlich zu. Es zeigen sich aber immer wieder sogenannte kleinere „Ausreißer“. Genau wie bei der Zustimmung zur Mitgliedschaft zeigt sich 1987 ein weiterer kurzfristiger Einbruch. Wie zu erkennen, fällt die Kurve fast auf die 50%-Marke zurück. Im Jahr 1989 erreichen die positiven Antworten ihren Höchstwert. Beinahe 60% der Bürger sind der Meinung, daß die Mitgliedschaft ihrem Land Vorteile bringt (vgl. Abbildung 2). Dieser Wert bleibt nahezu konstant bis Mitte 1990. Danach nimmt der Nutzen und die Bedeutung der Mitgliedschaft, genauso wie die Zustimmung zur Mitgliedschaft, für die Bevölkerung kontinuierlich ab. Im Jahr 1992 sinkt die Kurve wieder unter die 50%-Marke. 1993 sind nur noch ca. 45% der Bürger der Meinung, daß die Mitgliedschaft Vorteile bringt. Der Anteil derer, die „keine Vorteile“ durch die Mitgliedschaft empfinden, steigt hingegen ab 1990 beständig an und erreicht 1993 einen Wert von ca. 35% (vgl. Abbildung 2). Die weitere Entwicklung nach 1993 verläuft wiederum ähnlich wie in Abbildung 1. Im Jahr 1996 wird ein absoluter Tiefstwert erreicht. Im gleichen Jahr noch steigen für die Bürger wieder die „Vorteile“ durch die Mitgliedschaft. 1998 sind 46% der Bevölkerung der Meinung, daß ihnen die Mitgliedschaft „Vorteile“ bringt (Tendenz steigend), 32% bezweifeln dies (vgl. Abbildung 2). Damit zeigt sich im Jahr 1998 bei dieser Messung die gleiche Tendenz, wie bei der vorherigen. Die Unionsbürger scheinen langsam wieder mehrheitlich der Meinung zu sein, daß die EU ihnen Vorteile bringt. Trotzdem fallen die Mehrheitsverhältnisse bei dieser Messung aber längst nicht so deutlich aus. Auffallend bei dieser Messung ist auch wieder, daß der Anteil derer, die mit „weiß nicht“ geantwortet haben, nicht direkt ausgewiesen wird. Im Jahr 1998 sind dies immerhin 22% der Bürger, wiederum eine große Gruppe, die noch unentschlossen ist und damit die Mehrheitsverhältnisse ebenfalls in einem etwas anderen „Licht“ erscheinen läßt. Falls diese Gruppe sich irgendwann für eine der beiden Seiten entscheiden sollte, könnten die Mehrheitsverhältnisse ganz anders aussehen.

Was für ein Bild läßt sich anhand dieser Meßergebnisse insgesamt für die EU und den weiteren Integrationsprozeß ableiten? Es läßt sich hierbei zu-

nächst einmal festhalten, daß 1998 wieder eine eindeutige Mehrheit unter den Bürgern (mit steigender Tendenz) die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU begrüßt. Diese positive Grundstimmung war in der Vergangenheit, bis auf das Jahr 1996, eigentlich immer mehrheitlich vorhanden. Die Unionsbürger stimmen damit im großen und ganzen der europäischen Integration zu. Doch die Zustimmung der Bürger zur Mitgliedschaft kann keineswegs als konstant und stabil bezeichnet werden. Sie war in der Vergangenheit z.T. erheblichen Schwankungen unterworfen. So ging die Zustimmung der Bürger zur Mitgliedschaft in der EU erstmals 1987 plötzlich zurück. Im Jahr 1990 erreichte die Popularität der EU ihr Maximum und fiel ein Jahr später kontinuierlich. Die EU konnte diesen Spitzenwert (70% Zustimmung) bis heute nicht mehr bei den Bürgern erreichen. Erst 1997 scheint die „Talfahrt“ gebremst und die Zustimmung steigt langsam wieder. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich auch bei der zweiten Messung. Im Jahr 1998 sehen die Unionsbürger wieder mit steigender Tendenz „Vorteile“ durch die Mitgliedschaft in der EU. Jedoch fallen die Mehrheitsverhältnisse bei dieser Beurteilung durch die Bürger sehr viel knapper aus. Einer großen Gruppe von Bürgern, die Vorteile mit der Mitgliedschaft verbindet, steht eine fast ebenbürtige Gruppe gegenüber, die davon nicht überzeugt ist. Hinzu kommt, daß eine ebenfalls recht große Gruppe von Bürgern noch unentschlossen ist. Dies läßt sich fast identisch in der ersten Messung beobachten und trübt ein wenig den insgesamt positiven Trend. Fast scheint es so, als profitiere die EU von der Unentschlossenheit einer recht großen Anzahl von Bürgern, die sich aus irgendwelchen Gründen nicht äußern möchte oder kann. Gründe hierfür könnten einfaches Desinteresse und vielleicht auch Frustration sein, da man die EU auf das weit entfernte Brüssel reduziert und keine wirkliche Möglichkeit oder Chance zur Einflußnahme sieht. Ein weiterer Grund, der mir noch glaubwürdiger scheint, könnte ein sogenanntes „Informationsleck“ bei den Bürgern sein. Viele Bürger wissen einfach aus Unwissenheit nicht, was sie von der EU halten sollen. Hier ist die EU in Zukunft stärker gefragt. Sie muß ihre Daseinsberechtigung und ihre konkreten Erfolge noch stärker herausstellen und dabei weniger über den Krümmungsgrad von Gurken streiten. Weiterhin auffällig bei der zweiten Messung waren die Meßergebnisse in den Jahren 1985, 1987 und 1991. Hier zeigten sich plötzliche Einbrüche. In den gleichen Jahren verlor die EU auch an Zustimmung. Was war in diesen Jahren geschehen? 1985 verständigte man sich innerhalb der damaligen Gemeinschaft auf die Einführung eines Binnenmarktes. Gleichzeitig schlossen Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten das sogenannte „Schenge-

ner“ Abkommen. Im Jahr 1987 trat die „Einheitliche Europäische Akte“ (EEA) in Kraft, in der die Einführung des Binnenmarktes verbindlich festgeschrieben wurde. Sie war zum damaligen Zeitpunkt die wichtigste und umfassendste Änderung und Ergänzung der bestehenden Gemeinschaftsverfassung seit Abschluß der Römischen Verträge (siehe Anhang S. 125).³ 1991 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten auf den „Vertrag über die Europäische Union“, der zu diesem Zeitpunkt die bedeutendste Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses darstellte. Kernpunkt dieses Vertrages war, wie wir bereits erfahren haben, die WWU. Wie lassen sich diese aus europäischer Sicht entscheidenden Veränderungen mit den zuvor beschriebenen Messungen in Beziehung setzen? Man gewinnt hierbei den Eindruck, daß die Bürger vor tiefgreifenden Veränderungen zurückschrecken und ihre Zustimmung zur Mitgliedschaft aufgeben. Dies ist um so deutlicher, je weniger Vorteile in den Veränderungen gesehen werden. Die beiden Autoren Stefan Immerfall und Andreas Sobisch beschreiben diese Entwicklung mit folgenden Worten: „Doch überwiegt die Auffassung, daß die Unterstützung für das europäische Einigungswerk hauptsächlich von utilitaristischen, d.h. nutzenorientierten Motiven gelenkt ist. Zwar herrscht bei den Bürgern gegenüber Europa eine im großen und ganzen positive Grundstimmung vor. Doch nur wenn sie der Überzeugung sind, die europäische Einigung bringe ihnen oder ihrer Volkswirtschaft überwiegend materielle Vorteile (oder zumindest keine Nachteile), befürworten sie nachdrücklich die Mitgliedschaft ihres Landes in der Gemeinschaft bzw. Union.“⁴ Die beiden Autoren weisen als weiteren Beleg für ihre These auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Europa hin. Hierbei zeigte sich, daß in Zeiten sinkender Arbeitslosigkeit (etwa zwischen 1988 und 1991) die Zustimmung zur EU tendenziell stieg, während diese nach 1991, parallel zu einer ungünstigen Wirtschaftslage, wieder fiel.⁵ Ein wenig einschränken läßt sich diese These damit, daß die Zustimmung der Bürger zur Mitgliedschaft prozentual immer höher ist, als die letztendliche Beurteilung des damit verbundenen Nutzens. Was können wir also nun insgesamt abschließend festhalten? Grundsätzlich stimmt die Mehrheit der Unionsbürger der Mitgliedschaft ihres Landes in der EU zu. Dies ist 1998 wieder eindeutig der Fall und damit sieht die Tendenz für die Zukunft auch wieder positiv aus. Jedoch ist diese Zustimmung nicht unbedingt aus sich selbst „gewachsen“ und folgt nicht

3 Vgl. Fritzler / Unser, a.a.O., S. 25.

4 Immerfall / Sobisch, a.a.O., S. 27.

5 Vgl. ebenda, S. 28.

direkt einer inneren Überzeugung. Dies belegen die Fluktuationen in der Zustimmung, aber auch der fast identische Verlauf der zweiten Messung. Die Bürger sind in diesem Zusammenhang immer dann besonders von der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft überzeugt, wenn damit auch Vorteile verbunden sind. Jedoch vor tiefgreifenden Veränderungen in dieser Gemeinschaft, die die Mitgliedstaaten direkt betreffen, schrecken sie erst einmal zurück. Diese Ablehnung verläuft um so deutlicher und konstanter, so lange keine Vorteile in den Veränderungen gesehen werden. Erst im Jahr 1997 werden diese wieder mehrheitlich gesehen. Ein wichtiger Grund hierfür könnte Ende 1997 die allgemeine Überzeugung in der Gesellschaft sein, daß die WWU doch zustande kommt und der Euro die neue einheitliche Währung sein wird. Von dessen Nutzen, so scheint es, war man nun überzeugt. Doch davon in der nun folgenden Betrachtung mehr.

1.2 Die öffentliche Meinung zum Euro

Die nun folgende Untersuchung und Analyse bezieht sich wiederum auf eine Messung der Europäischen Kommission, die im bereits erwähnten Eurobarometer veröffentlicht wurde. In dieser soll die Meinung der Bürger zum Euro verdeutlicht werden und zugleich damit wieder auf die Einstellung zur EU geschlossen werden. Dabei wird zunächst einmal die allgemeine durchschnittliche Zustimmung zur gemeinsamen Währung in der EU im Zeitraum von 1993-1998 gezeigt. Die Messung selbst wurde, wie bei den Messungen zuvor, zweimal jährlich durchgeführt. Im Zeitraum von 1993-1994 bezieht sich diese auf 12 Mitgliedstaaten. Anfang 1995 traten dann Finnland, Österreich und Schweden der EU bei, so daß ab diesem Zeitpunkt die Messung 15 Mitgliedstaaten einbezieht. In einer anschließenden ausführlicheren Übersicht werden dann die jeweiligen Messergebnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten dargestellt. In diesem Zusammenhang wird auch noch einmal die durchschnittliche Zustimmung zum Euro innerhalb der 11 Länder, die an der Währungsunion teilnehmen, im Vergleich zur 15er Gemeinschaft gezeigt. Am Schluß dieses Abschnitts werden dann die Meßergebnisse der Mitgliedsländer aus 1998 mit denen von Ende 1997 verglichen, um so evtl. Veränderungen in der Einstellung zu dokumentieren.

Bei der Darstellung der durchschnittlichen „Zustimmung zur gemeinsamen Währung“ (Abbildung 3) innerhalb der Gemeinschaft zeigt sich ein bereits bekanntes Bild. Die Unionsbürger befürworten eine gemeinsame Währung und in diesem Fall sogar überaus deutlich. Bei den Umfragen zwischen April

und Mai 1998 waren in Bezug auf den Euro erstmalig 60% der Bürger „dafür“ und nur 28% „dagegen“ (vgl. Abbildung 3). Der Teil der Bürger, der diesbezüglich mit „weiß nicht“ geantwortet hat (12% der Bürger), wird wie bei den Messungen zuvor nicht direkt ausgewiesen. Insgesamt bedeutet dies einen erheblichen Imagegewinn für die Gemeinschaftswährung. Vergleicht man das Meßergebnis vom Herbst 1997 mit dem zur Zeit aktuellen Ergebnis von 1998, so zeigt sich ein Anstieg bei der Zustimmung um fast 10% (Tendenz steigend). Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Personen, die die gemeinsame Währung ablehnen, zum ersten Mal unter die 30%-Marke gesunken (vgl. Abbildung 3). Wenn man die einzelnen Meßergebnisse im dargestellten Zeitraum betrachtet, ergibt sich folgendes Bild. Die Zustimmung zur gemeinsamen Währung lag in dem untersuchten Zeitraum fast immer über der 50%-Marke. Die Mehrheit der Bürger war demnach immer für die Gemeinschaftswährung. Dies verwundert ein wenig, hatte man doch in der Vergangenheit teilweise etwas anderes gehört und gelesen. Einzige Ausnahme in dieser Übersicht stellt das Meßergebnis zu Beginn des Jahres 1997 dar. Die Zustimmung zur gemeinsamen Währung fällt in diesem Jahr erstmals unter die 50%-Marke. Die Befürworter und Gegner einer Gemeinschaftswährung liegen so dicht wie noch nie beieinander.

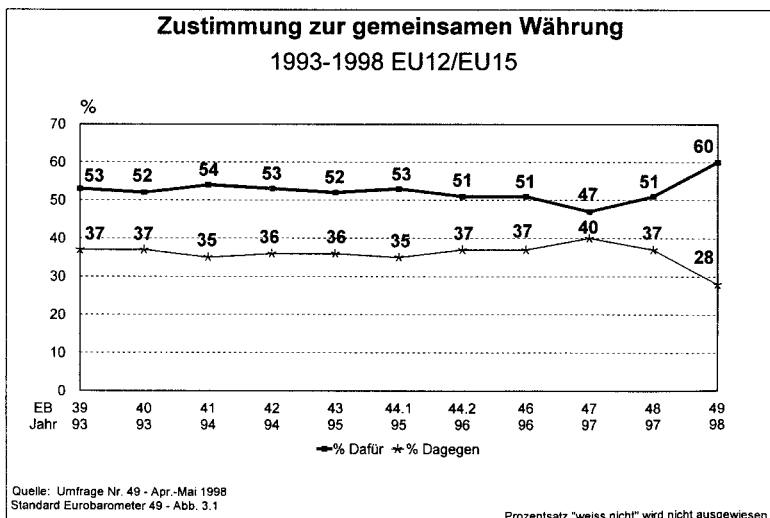


Abb. 3: Die Zustimmung zur gemeinsamen Währung

Nur wenige Monate später jedoch steigt die Zustimmung zum Euro plötzlich wieder. Bei der Messung im Jahr 1998 ist diese dann so hoch wie noch nie zuvor. Was war in diesem Zeitraum geschehen? Das gleiche Phänomen beobachteten wir schon bei den Untersuchungen im Abschnitt zuvor, als es um die Einstellung der Bürger zur Mitgliedschaft in der EU ging. Die Vermutung am Ende dieses Abschnitts wird damit hier bestätigt: Der plötzliche Anstieg der Zustimmung zur gemeinsamen Währung kam demnach Ende 1997 durch die allgemeine Überzeugung in der Gesellschaft zustande, daß die Währungsunion voraussichtlich pünktlich starten wird. Im Laufe des Jahres 1998 erhärtete sich diese Vermutung und fand ihre Bestätigung in der Entscheidung des Europäischen Rates vom 2. Mai des Jahres, als nämlich festgelegt wurde, daß 11 Mitgliedstaaten ab 01.01.1999 an der Währungsunion teilnehmen werden. Dies beflügelte nicht nur die Zustimmung zum Euro, sondern auch zur europäischen Integration insgesamt. Hinzu kam, daß im gleichen Zeitraum auch eindeutige Vorteile wieder in der Mitgliedschaft gesehen wurden. Diese veränderte Sichtweise war ebenfalls auf den Euro zurückzuführen, dessen Nutzen nun mehrheitlich gesehen wurde. Dies war überaus mitentscheidend und trug erheblich zu einer Veränderung der Einstellung der Bürger bei.

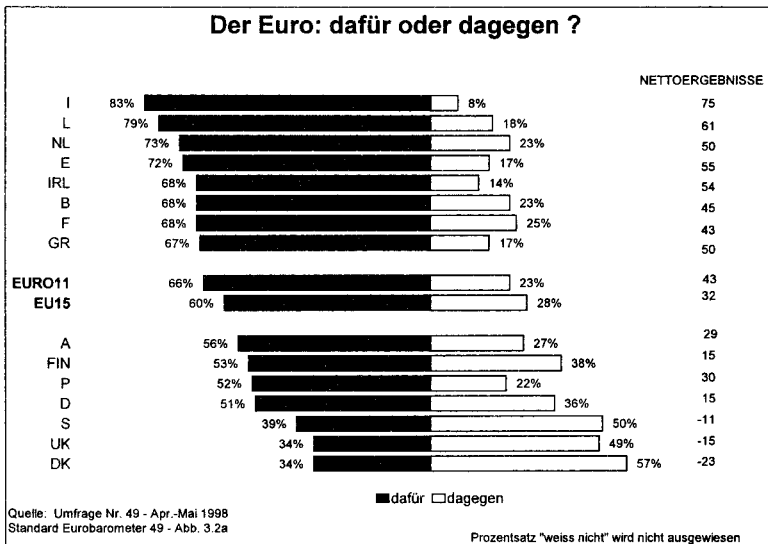


Abb. 4: Die Zustimmung in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU

Wie sieht diese Zustimmung aber nun konkret in den einzelnen Mitgliedstaaten aus? Es zeigt sich hierbei, daß der Euro besonders beliebt in den Ländern Italien und Luxemburg ist. Hier bekommt der Euro die höchste Zustimmung. In Italien sind 83% der Bürger „für“ den Euro und nur 8% „gegen“ ihn (vgl. Abbildung 4). Ähnlich sieht es in Luxemburg aus. Hier sind 79% der Bürger „für“ den Euro und 18% „gegen“ die Gemeinschaftswährung. Ebenfalls auffällig in diesen Ländern ist der geringe Anteil der Befragten, der mit „weiß nicht“ geantwortet hat. In Italien sind dies 9%, in Luxemburg sogar nur 3%. Ein durchaus ähnliches Bild zeigt sich auch, wenn man diese Übersicht weiter nach unten verfolgt. Bis einschließlich Griechenland, welches hier eine Art „Grenze“ darstellt, erfreut sich der Euro besonderer Beliebtheit. Besonders erwähnenswert in dieser Gruppe ist noch die hohe Zustimmung in Frankreich (68%). Auffallend in dieser Gruppe ist aber auch noch der hohe Anteil an Personen, der in Griechenland mit „weiß nicht“ geantwortet hat (16%). Betrachtet man diese Länderübersicht intensiver, so fällt eine weitere Gruppe um Österreich, Finnland, Portugal und Deutschland auf. Hier liegt die Zustimmung noch über der 50%-Marke und ist damit ebenfalls eindeutig positiv. Ein wenig überraschend wirkt die verhältnismäßig hohe Zustimmung in Deutschland (51%), wenn man bedenkt, daß die Deutschen doch eigentlich immer eher durch ihre Kritik und ihr Mißtrauen gegenüber dem Euro auffielen. Dies macht etwas mißtrauisch gegenüber dieser Messung. Doch vorerst zurück zur Übersicht. Am Schluß dieser Übersicht zeigt sich eine weitere Gruppe um Schweden, Großbritannien und Dänemark, die der gemeinsamen Währung eindeutig kritisch gegenübersteht und diese ablehnt. Dies ist keine Überraschung, denn schließlich lehnten diese Länder die Teilnahme an der Währungsunion vorerst ab. Auffallend bei dieser Gruppe ist, daß ein beträchtlicher Anteil an Befragten in Großbritannien mit „weiß nicht“ geantwortet hat (17%). Analysiert man die Meßergebnisse in Großbritannien etwas genauer, so stellt man fest, daß die Mehrheit der Briten den Euro zwar ablehnt (49%), diese Ablehnung aber letztlich nicht ganz einer absoluten Mehrheit entspricht, die über die 50%-Marke hinaus geht. Diese Entwicklung läßt vermuten, daß es in Großbritannien ebenfalls zu einem „leichten“ Stimmungswechsel gekommen ist, denn die Briten waren bisher immer für ihre eindeutige ablehnende Haltung gegenüber der gemeinsamen Währung bekannt. Hierzu genaueres aber in der anschließenden Darstellung. In der Mitte dieser Übersicht wird dann noch einmal die durchschnittliche Zustimmung zum Euro innerhalb der 11 Länder, die an der Währungsunion von Beginn an teilnehmen, im Vergleich zur 15er Gemeinschaft gezeigt.

Hierbei zeigt sich, daß die durchschnittliche Zustimmung in den 11 „Euro-Ländern“ noch einmal höher ist, als in der Union insgesamt. Dies ist ebenfalls aber keine Überraschung, da bei der 15er Gemeinschaft die drei Länder enthalten sind, die dem Euro kritisch gegenüberstehen. Rechts in dieser Übersicht werden dann noch die sogenannten Nettoergebnisse gezeigt, die sich aus der Differenz von Für- und Gegenstimmen ergeben.

Wie hat sich jedoch die öffentliche Meinung seit Herbst 1997 auf Länderebene geändert? Dies ist eine sehr interessante Frage, die Gegenstand der nun folgenden Übersicht ist und die Auswirkungen der veränderten Zustimmung seit Ende 1997 zeigen soll (Abbildung 5). Hierbei zeigt sich, daß sich der Zustimmungsgewinn seit Herbst 1997 auf alle 15 Mitgliedstaaten positiv ausgewirkt hat. Die Zustimmung zum Euro ist in allen Mitgliedstaaten gestiegen. Am deutlichsten war dies in Finnland der Fall. Hier ist die Zustimmung um 20% gestiegen. Dadurch bedingt hat Finnland sich zu einem eindeutigen Befürworter der Gemeinschaftswährung entwickelt. Dies ist schon recht bemerkenswert, denn schließlich waren im Herbst 1997 noch 62% der Bevölkerung „gegen“ den Euro. Ein ähnlicher Zuwachs läßt sich auch in Luxemburg (+17%) und in den Niederlanden (+16%) feststellen. Danach folgen Österreich (+12%), Belgien, Deutschland, Spanien (je +11%) und Frankreich (+10%). Ebenfalls bemerkenswert in dieser Gruppe ist Deutschland. Hier zeigt sich ein vergleichbares Bild wie in Finnland. Nach den Messungen im Frühjahr 1998 zu urteilen, ist es in Deutschland ebenfalls in nur wenigen Monaten zu einem eindeutigen Stimmungswechsel in der Bevölkerung gekommen.

Noch im Herbst 1997 lehnten 45% der Bürger den Euro ab. Nun gibt es, so die Europäische Kommission, eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung, die diesen befürwortet. Dies verstärkt mein Mißtrauen gegenüber diesen Zahlen, denn schließlich reagierten die Deutschen in der Vergangenheit deutlich mit Ablehnung, wenn es um den Eintausch ihrer „geliebten“ D-Mark gegen eine (aus ihrer Sicht) noch unbekannte und unbedeutende Währung ging. Dies bestätigen auch die Zahlen vom Herbst 1997. Weiterhin auffällig ist auch ein Anstieg der Zustimmung bei den vier Ländern; die noch nicht an der Währungsunion teilnehmen. Der größte Zuwachs zeigt sich dabei in Griechenland (+8%). Sogar in Schweden (+5%), Großbritannien (+5%) und Dänemark (+2%) läßt sich ein leichter Zuwachs feststellen. In diesen Ländern ist gleichzeitig die Ablehnung zurückgegangen, in Großbri-

tannen sogar um 10%. Dies bestätigt unsere Vermutung, daß hier ein leichter Umschwung eingesetzt hat.

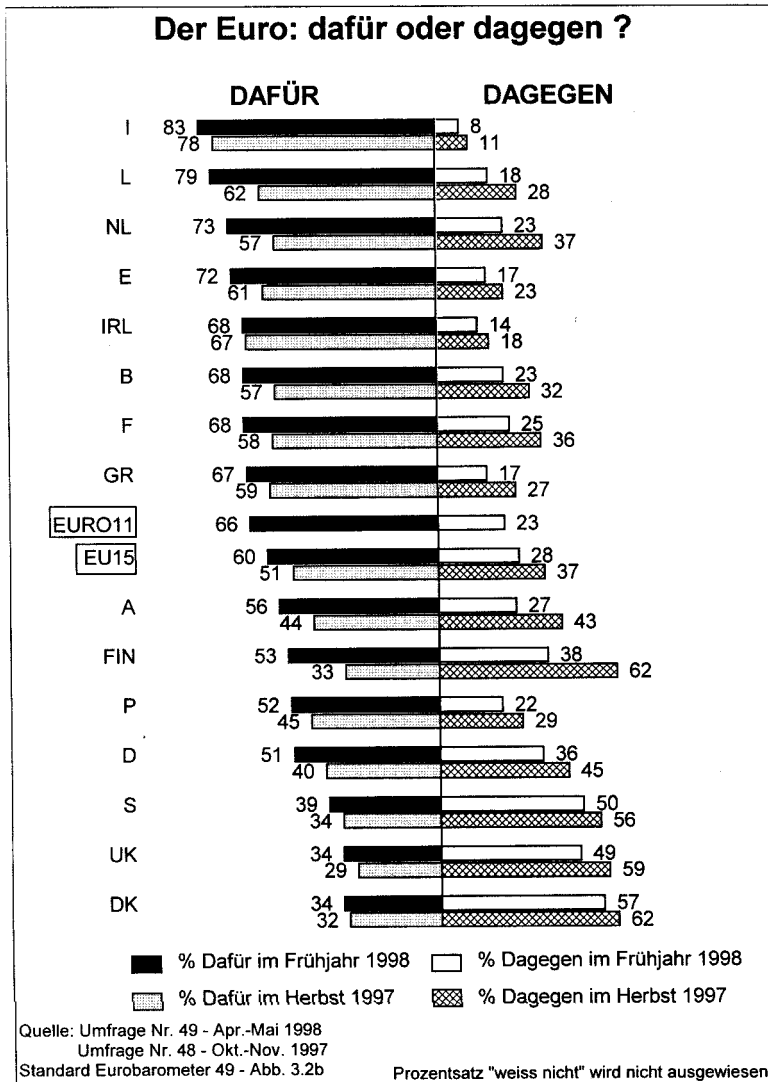


Abb. 5: Die prozentualen Veränderungen auf Länderebene seit Herbst 1997

Insgesamt kann man also nun feststellen, daß die Zustimmung zur gemeinsamen Währung seit Ende 1997 überall erheblich gestiegen ist. Die Bürger der EU geben immer mehr ihre Ängste und Befürchtungen bezüglich der neuen Währung auf. Zu Beginn des Jahres 1998 erreicht diese Zustimmung einen Höchstwert (60% Zustimmung). Noch nie war die Zustimmung zum Euro so hoch und so eindeutig wie in diesem Jahr. Diese aus Sicht der EU überaus positive Entwicklung überrascht aber auch ein wenig. Zu Beginn des Jahres 1997 nämlich fiel die Zustimmung auf einen absoluten Tiefstwert. Gegner und Befürworter der Gemeinschaftswährung waren sich (statistisch gesehen) so „nah“ wie noch nie. Nur wenige Monate später jedoch setzte ein deutlicher Stimmungswechsel ein. Eine derartige plötzliche Veränderung bei der Zustimmung in diesem Jahr beobachteten wir schon bei den Untersuchungen im vorherigen Abschnitt, als es um die Einstellung der Bürger zur Mitgliedschaft ging. Unsere Vermutung am Ende dieses Abschnitts bestätigte sich damit hier. So wurde der allgemeine Zustimmungsgewinn seit Ende 1997 durch die sich immer stärker und deutlicher abzeichnende Währungsunion ausgelöst, die aus Sicht der Bürger unumgänglich schien. Diese Tatsache beflügelte nicht nur die Zustimmung zum Euro, sondern veränderte auch positiv die Einstellung der Bürger zur EU und zur europäischen Integration insgesamt. Zusätzlich wurden in dieser Phase wieder eindeutig Vorteile in der Mitgliedschaft gesehen. Dies läßt sich ebenfalls auf den Euro zurückführen, dessen Nutzen man nun sah oder sehen wollte. Insofern bestätigt sich auch hier die These von der Nutzenorientierung der Bürger. Sicherlich machte sich hierbei auch die enorme Informationskampagne der Wirtschaft, den Banken, den Versicherungen usw. zum Euro bezahlt. Betrachtet man die Zustimmung zum Euro in den einzelnen Mitgliedstaaten, so stellt man fest, daß es mittlerweile eine breite Mehrheit zugunsten der Gemeinschaftswährung gibt. Bis auf Schweden, Großbritannien und Dänemark sind alle Mitgliedsländer „für“ den Euro. Sogar die ehemaligen „Euro-Kritiker“ Finnland und Deutschland reihen sich erstmals, so die Europäische Kommission, in die Gruppe der Befürworter ein. In Bezug auf Deutschland macht diese Entwicklung etwas mißtrauisch, denn schließlich fielen die Deutschen in der Vergangenheit eigentlich immer durch ihr Mißtrauen und ihre Angst vor dem Euro auf. An dieser Stelle wage ich zu behaupten, daß die Zahlen dieser Untersuchung etwas „zu positiv“ sind. Hier denke ich, ist Vorsicht geboten, denn wie sagen die Autoren Stefan Immerfall und Andreas Sobisch so schön: „Mit den schon seit zwanzig Jahren in den jeweiligen Mitgliedstaaten zweimal jährlich durchgeführten Eurobarometer-Umfragen hat sich die Europäi-

sche Kommission in Brüssel ein wichtiges Instrument geschaffen, die öffentliche Meinung Europas zu beobachten und – wohl auch eine Absicht – zu beeinflussen.“⁶ Dies sollte meiner Meinung nach bei derartigen Umfragen immer mitberücksichtigt werden. Es soll aber generell die Leistungen und Verdienste dieser Umfragen nicht schmälern, denn schließlich handelt es sich hierbei um einen einzigartigen Datenschatz, den auch die Wissenschaft gerne und häufig benutzt.⁷ Ferner läßt sich eindeutig festhalten, daß die Zustimmung seit Ende 1997 gestiegen ist, und das sogar in allen Mitgliedsstaaten. Dadurch gibt es mittlerweile eine deutliche Mehrheit unter den Bürgern, die positiv dem Euro gegenübersteht. Mit ähnlichen Mehrheitsverhältnissen ist wohl auch in Deutschland zu rechnen, dies konnte man in der letzten Zeit des öfteren in den verschiedenen Medien hören und lesen.

1.3 Nationales oder europäisches Zugehörigkeitsgefühl bei den Bürgern?

Wie wir anhand der Messungen zuvor erfahren haben, gibt es seit Ende 1997 eine sogenannte Trendwende. Die Unionsbürger sind wieder eindeutig mehrheitlich von der Mitgliedschaft ihres Landes in der EU überzeugt. Die Zustimmung zur gemeinsamen Währung hat ebenfalls deutlich zugenommen. Sogar in den sogenannten „Hartwährungsländern“ konnte die Gemeinschaftswährung Stimmen hinzugewinnen. Ohne Zweifel, die Bürger sind zur Zeit wieder positiv gegenüber der EU und der europäischen Integration eingestellt. Doch wie weit und wie tief geht diese Zustimmung letztlich? Hat sich vielleicht unter den Bürgern schon so etwas wie ein europäisches Bewußtsein herausgebildet? Gibt es bereits so etwas wie eine europäische Identität? Dies sind Fragen, um die es in der nun folgenden Untersuchung geht, und die auch die EU brennend interessieren. Dies bestätigen auch die regelmäßigen Eurobarometer-Umfragen. Seit 1992 bereits verfolgt die Europäische Kommission intensiv die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität bei ihren Bürgern. Zu diesem Zweck stellt sie kontinuierlich die folgenden Fragen:

„In naher Zukunft, sehen Sie sich da...

nur als (nationale/r Staatsangehörige/r)?

als (nationaler Staatsangehörige/r) und Europäe/in?

6 Immerfall / Sobisch, a.a.O., S. 26.

7 Vgl. ebenda.

- als Europäer/in und (nationale/r Staatsangehörige/r)?
- nur als Europäer/in?“

Die nun folgende Darstellung zeigt zunächst in tabellarischer Form die Entwicklung bezüglich dieser Fragen in der Gemeinschaft. Im Anschluß daran werden dann die Meßergebnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten gezeigt. Hierbei werden auch wieder die sogenannten Nettoergebnisse (hier Europäische Identität vs. nur Nationalität) dargestellt.

Im Frühjahr 1998 sehen sich 44% der Befragten als „nationale Staatsangehörige“, 41% als „nationale Staatsangehörige und Europäer“, 6% als „Europäer und nationale Staatsangehörige“ und 5% als nur „Europäer“ (vgl. Tabelle 1). Was für ein Bild zeigt sich uns damit hier? Die meisten Bürger fühlen sich immer noch stärker ihrer eigenen Nation verbunden. Gleichzeitig fällt aber auch eine sehr große Gruppe von Personen auf, die sich bis zu einem gewissen Grad als Europäer bezeichnet. Diese Gruppe ist sogar rein zahlenmäßig am größten. Hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, daß ein Großteil dieser Personen sich als „nationale Staatsangehörige und Europäer“ sieht. Bei diesen Personen ist damit zurechnen, daß die nationale Staatsangehörigkeit immer noch an erster Stelle steht. Dies läßt sich auch damit beweisen, daß sich im Gegenzug nur eine sehr kleine Gruppe als „Europäer und nationale Staatsangehörige“ bezeichnet. Weiterhin ist der Anteil an Personen, die sich ausschließlich als „Europäer“ ansehen, noch geringer. An diesem Bild hat sich in den letzten Jahren auch wenig geändert. Der Anteil an Personen, die sich doch stärker über eine europäische Identität identifizieren, ist nicht gewachsen. Einziger „Lichtblick“ aus Sicht der EU war das Jahr 1994. Bei der Messung im Herbst zeigte sich ein „zarter“ Anstieg, der anschließend sofort wieder zurückging und sich seitdem auf einem niedrigen Level einpendelte. Auffallend in dieser Entwicklung ist aber der seit 1992 durchschnittlich zunehmende Nationalismus in der Gemeinschaft, der im Jahr 1996 einen Höhepunkt mit 46% erreichte. Im gleichen Zeitraum fiel bekanntlich auch die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU kontinuierlich und erreichte im Jahr 1996 einen absoluten Tiefstwert. Ebenso sahen die Bürger in diesem Zeitraum, wie wir zuvor erfahren haben, auch keine Vorteile mehr in der Mitgliedschaft. Seit 1997 scheint dieses gestiegene Nationalbewußtsein wieder leicht zugunsten einer Kombination aus nationalem und auch europäischem Zugehörigkeitsgefühl zurückzugehen. Dies könnte

vielleicht auch wieder mit der sich abzeichnenden Währungsunion und dem Euro zusammenhängen.

Tab. 1: Die Entwicklung der europäischen Identität

EUROPÄISCHE IDENTITÄT - TRENDS 1992-1998 - EG12/EU15 ¹¹							
	EB 37 Frühjahr 1992	EB 40 Herbst 1993	EB 42 Herbst 1994	EB 44 Herbst 1995	EB 46 Frühjahr 1996	EB 47 Frühjahr 1997	EB 49 Frühjahr 1998
Nur national	38	40	33	40	46	45	44
national & europäisch	48	45	46	46	40	40	41
europäisch & national	7	7	10	6	6	6	6
nur europäisch	4	4	7	5	5	5	5

Wenn man die Meßergebnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten betrachtet, fällt sofort Luxemburg auf. Hier können sich 13% der Bevölkerung mit einer ausschließlich europäischen Identität identifizieren (vgl. Abbildung 6). Dies ist, verglichen mit den Prozentangaben in den übrigen Mitgliedstaaten, der höchste Wert. Er läßt sich damit erklären, daß in Luxemburg der Anteil der EU-Ausländer an der Wohnbevölkerung 29% beträgt.⁸ Das Meßergebnis in Luxemburg stellt aufgrund dieser Tatsache auch eine Ausnahme dar und darf daher eigentlich nicht direkt mit den Ergebnissen in den anderen Ländern verglichen werden. Weiterhin auffallend sind noch die Umfrageergebnisse in Belgien und Frankreich. In Belgien betrachten sich 7% der Bevölkerung ausschließlich als Europäer/in, in Frankreich sind dies 6%. Diese Länder liegen damit knapp über dem EU-Durchschnitt, der ja „magere“ 5% beträgt. Wenn wir uns als nächstes in jedem Land den Anteil in der Bevölkerung anschauen, der sich ausschließlich über die eigene Nationalität identifizieren kann, fallen besonders Portugal (62%), Großbritannien (60%) und Schweden (59%) auf. In diesen drei Ländern liegt ein besonders starkes Nationalbewußtsein vor. Ähnlich hohe Prozentwerte werden auch in Finnland (56%)

8 Vgl. Immerfall / Sobisch, a.a.O., S. 32.

und Griechenland (56%) erreicht. Ein wenig überraschend ist hierbei das Ergebnis in Griechenland. Aufgrund der hohen Zustimmung zur gemeinsamen Währung in diesem Land hätte man durchaus ein etwas anderes Ergebnis erwarten können. Ebenfalls bemerkenswert ist auch, daß in Griechenland nur 1% der Bevölkerung sich als Europäer/in bezeichnet. Das ist der niedrigste Wert in dieser Übersicht.

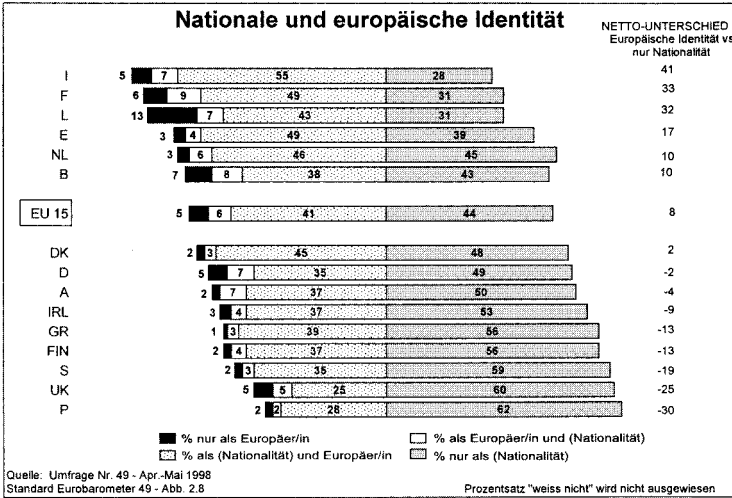


Abb. 6: Nationales und europäisches Zugehörigkeitsgefühl in den Mitgliedstaaten

Insgesamt betrachtet zeigt diese Umfrage ein aus Sicht der EU düsteres Bild. Die zunehmende positive Einstellung der Bürger zur Mitgliedschaft und zum Euro hat letztendlich nicht zu einer auffallend stärker werdenden Identifikation mit der EU und Europa geführt. Zur Zeit fühlt sich nur eine kleine Minderheit ausschließlich als Europäer bzw. Europäerin. Die Bürger in den verschiedenen Mitgliedstaaten identifizieren sich damit immer noch stärker über ihre eigene Staatsangehörigkeit. Zwar gibt es unter den Bürgern eine recht große Gruppe, die sich als „nationale Staatsangehörige und Europäer“ betrachtet, doch ist letztendlich auch hier mit einem eindeutig stärkeren nationalem Zugehörigkeitsgefühl zu rechnen. Wenn man diese Gruppe zu den Personen hinzuzählen würde, die sich ausschließlich als „nationale Staatsangehörige“ bezeichnen, so würde das Umfrageergebnis noch vernichtender

sein. Damit wäre auch vielleicht zu rechnen gewesen, wenn man bei der Fragestellung gewisse Klammern weggelassen hätte. Das Ergebnis selbst bestätigt aber auch unsere Vermutungen und Thesen in den Abschnitten zuvor. So ist die Zustimmung zur EU und zur europäischen Integration nicht aus sich selbst „gewachsen“ und folgt nicht einer wirklichen inneren Überzeugung. Vielmehr beruht diese überwiegend auf nutzenorientierten Motiven. Ein echtes europäisches Bewußtsein und eine europäische Identität konnten sich deshalb so gut wie gar nicht herausbilden. Ob hiermit in Zukunft stärker zu rechnen ist, wenn die WWU vollendet ist und der Euro alleiniges Zahlungsmittel sein wird, soll unter anderem im nächsten Unterkapitel beantwortet werden.

2 WWU und Politische Union

Seit einigen Jahren schon gibt es eine intensive Diskussion innerhalb der Gemeinschaft über den Zusammenhang zwischen WWU und Politischer Union. Die WWU ist dabei Gegenstand einer bisweilen heftigen Kontroverse. Hierbei geht es einmal um die Frage, ob nicht die in Maastricht konzipierte WWU einer Politischen Union bedarf? Auf der anderen Seite wird über die Frage diskutiert, ob die WWU den politischen Integrationsprozeß fördert? Beide Fragen sind auch Gegenstand unterschiedlicher Theorien, die sich fundamental gegenüberstehen und in der Geschichte der WWU immer wieder eine Rolle spielten. Häufig wird in diesem Zusammenhang auf historische Erfahrungen verwiesen, die als Beweismittel herangezogen werden. Während im einen Fall die Zusammengehörigkeit von WWU und Politischer Union postuliert wird, erhofft sich die andere Denkschule gerade von der gemeinsamen Währung eine Vertiefung des politischen Integrationsprozesses hin zu einer „echten“ Politischen Union. Doch kann die Gemeinschaftswährung dies überhaupt erfüllen angesichts der im Abschnitt zuvor dargestellten Ergebnisse? Bei der nun folgenden Untersuchung soll diesen beiden Fragen nachgegangen werden. Dazu ist zuerst jedoch eine Auseinandersetzung mit dem Begriff „Politische Union“ notwendig, der beiden Fragen immanent ist und damit ein wichtiger „Schlüssel“ zur Beantwortung der beiden Fragen zu sein scheint.

2.1 Der Begriff politische Union

2.1.1 Der Tindemanns-Bericht zur Politischen Union

Das Nachdenken über die Zukunft Europas hat eine langjährige Geschichte. Schon lange vor Beginn des europäischen Integrationsprozesses wurden bereits mehr oder weniger konkrete Pläne über die Zukunft Europas ausgearbeitet. Ganz am Anfang dieser Tradition stehen so berühmte und ehrwürdige Namen wie Graf Coudenhove-Kalergi, Aristide Briand, Gustav Stresemann, Carl-Friedrich Goerdeler und die Geschwister Scholl. Diese Namen stehen stellvertretend für viele, die schon sehr früh, aufgrund der Schrecken der beiden Weltkriege, über ein gemeinsames Haus Europa intensiv nachdachten. Auf ihren diesbezüglichen Beitrag soll aber an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden, da sonst der bereits erwähnte Rahmen dieser Arbeit „gesprengt“ würde.⁹ Einen wichtigen Schritt in Richtung europäische Integration stellte die Rede Winston Churchills dar, die ich bereits im Kapitel zuvor erwähnte. Einen entscheidenden Beitrag leisteten aber auch das kurze Zeit später folgende „Hertensteiner Programm“ (siehe Anhang S. 126) und der nur wenige Jahre später abgehaltene Europakongreß in Den Haag (siehe Anhang S. 126). Der Beginn des europäischen Integrationsprozesses erfolgte dann durch den Schuman-Plan (siehe Anhang S. 126), der vom französischen Außenminister Robert Schuman und seinem Mitarbeiter Jean Monnet entwickelt wurde. Es folgten die Pläne der Herren Pleven (Pleven-Plan) und Fouchet (Fouchet-Pläne I und II), in denen erstmals konkret eine Zusammenarbeit in einzelnen Teilbereichen der Politik (z.B. Außen- und Sicherheitspolitik) gefordert wurde. Doch diese Pläne scheiterten größtenteils, weil sie in ihren Forderungen für die damalige Zeit zu weit gingen. Ende der 60er Jahre aber dann kristallisierte sich immer mehr der Begriff „Politische Union“ heraus. Dieser wurde höchstwahrscheinlich von der neofunktionalistischen Integrationstheorie um E.B. Haas entwickelt. Dieser beschäftigte sich stark mit dem europäischen Integrationsprozeß. Im Mittelpunkt seiner Theorie stand der sogenannte „spill-over-Mechanismus“, der den Integrationsprozeß von seinem Anfang meist in eher unpolitischen Bereichen, wo der Widerstand gegen ihn noch am geringsten ist, zu zunehmend politisierten und machtpolitisch sensitiven Bereichen treibt, bis der Prozeß alle Bereiche

9 Siehe hierzu Lepszy, Norbert: Europapläne. In: Pipers Wörterbuch zur Politik 3. Europäische Gemeinschaft. Problemfelder-Institutionen-Politik. Hrsg. v. Dieter Nohlen, Wichard, Woyke; München 1984, S. 69.

erfaßt hat und zur Politischen Union integriert.¹⁰ Die Hoffnung, daß die Gemeinschaft sich in raschen Schritten auf eine Politische Union zubewegen werde, wurde zusätzlich durch prominente Kommissionsvertreter wie Walter Hallstein und durch den Anfang der 70er Jahre beschlossenen Werner-Plan weiter genährt.¹¹ Der Begriff „Politische Union“ wurde so zu einem festen Bestandteil in der Debatte um den Endzustand des europäischen Integrationsprozesses und stand von nun an für dessen Finalität. Auf der Pariser Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der EG vom Oktober 1972 wurde dann die Umwandlung der EG in eine Europäische Union beschlossen. Der belgische Ministerpräsident Leo Tindemans wurde 1974 beauftragt, einen Gesamtbericht zur Umwandlung auszuarbeiten. Dieser Bericht sollte insbesondere auch der Klärung der Frage dienen, was der Begriff einer „Politischen Union“ bedeuten könne.¹²

Am 29.12.1975 legte Leo Tindemans diesen Bericht unter dem Titel „Die Europäische Union“ dem Europäischen Rat vor. Dem Bericht gingen zahlreiche Gespräche voraus, die Tindemans in den einzelnen Mitgliedstaaten geführt hatte. Sie hatten das Ziel, die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen und Kräfte in den jeweiligen Ländern einzubeziehen. Die Liste seiner Gesprächspartner umfaßt insgesamt fast eintausend Personen und etwa 200 Organisationen. Aufgrund der hierbei zutage tretenden sehr unterschiedlichen und häufig sogar vollkommen entgegenstehenden Positionen entschloß sich Tindemans, unter Berücksichtigung der verschiedenen Stellungnahmen, eine im wesentlichen eigene Konzeption zu erarbeiten. Hierbei konzentrierte er sich auf das, was unter gegebenen Bedingungen für realistisch und realisierbar gehalten werden konnte. Diese Strategie hatte zur Folge, daß sich diejenigen, die gerade vom engagierten Europäer Tindemans ein deutliches Bekenntnis zur bundesstaatlichen Einigung (Föderation) erwartet hatten, eher enttäuscht zeigten.¹³ Die Gegner dieser politischen Ordnungsform waren aber ebenfalls mit den Ausführungen Tindemans unzufrieden.

10 Vgl. Bellers, Jürgen: Integrationstheorien. In: Pipers Wörterbuch zur Politik 3. Europäische Gemeinschaft. Problemfelder-Institutionen-Politik. Hrsg. v. Dieter Nohlen, Wichard Woyke; München 1984, S. 357.

11 Vgl. Kohler, Beate: EG-Erweiterung. In: Pipers Wörterbuch zur Politik 3. Europäische Gemeinschaft. Problemfelder-Institutionen-Politik. Hrsg. v. Dieter Nohlen, Wichard Woyke; München 1984, S. 42.

12 Vgl. Lepszy, a.a.O., S. 75.

13 Vgl. Lepszy, a.a.O., S. 76.

Der belgische Ministerpräsident legte entgegen allen Vermutungen und Spekulationen eine ganz neue und pragmatische Integrationsstrategie vor. So verzichtete er darauf, einen Endzustand der europäischen Integration darzustellen. Stattdessen verstand er die Europäische Union als einen offen und flexibel zu gestaltenden Prozeß. Eine herausragende Bedeutung im Integrationsprozeß wies Tindemanns dem Rat der Staats- und Regierungschefs zu. Die Bedeutung des Europäischen Parlaments verstand er eher als zweitrangig. Darüber hinaus definierte er in seinem Bericht, was auch heute noch von großer Bedeutung ist, die folgenden einzelnen Komponenten der zukünftigen Europäischen Union:

1. *Vereintes Auftreten nach Außen.* „Wir müssen in allen wichtigen Bereichen unsere Außenbeziehungen, also Außenpolitik, Sicherheit, Wirtschaftsbeziehungen und Kooperation, gemeinsam handhaben. Unser gemeinsames Handeln muß darauf gerichtet sein, unsere Interessen zu vertreten, aber auch unsere gemeinsame Kraft in den Dienst von Gerechtigkeit und Recht in der Welt zu stellen.“¹⁴
2. *Verwirklichung der WWU.* Die Vollendung dieses Ziels war für Tindemanns von besonderer Bedeutung. Eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik bildete für ihn „den Kern der inneren Entwicklung der Union“.¹⁵ Daneben sollte es auch eine gemeinsame Politik für Industrie, Landwirtschaft, Energie und Forschung geben.
3. *Solidarisches Handeln innerhalb der Gemeinschaft.* Leo Tindemanns plädierte hier für eine gemeinsame Sozial- und Regionalpolitik. „Die Regionalität korrigiert Entwicklungsunterschiede und gleicht die Zentralisierungseffekte der Industriegesellschaft aus. Durch Sozialmaßnahmen werden die Einkommensunterschiede gemildert, während die Gesellschaft in gerechtere und menschlichere Organisationsformen gelenkt wird.“¹⁶
4. *Schutz der Rechte der Europäer und Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse.* Hier sollten Grundrechte, ein Verbraucherschutz sowie ein gemeinschaftlicher Umweltschutz eingeführt werden. Weiterhin schlug Tindemanns die Abschaffung der Personenkontrollen, die Verbesserung der Verkehrswege, die Vereinfachung der Bedingungen für die Rück-

14 Tindemanns, Leo: Die Europäische Union. Brüssel 1976, S. 13.

15 Tindemanns, a.a.O., S. 28.

16 Tindemanns, a.a.O., S. 14.

erstattung von ärztlichen Heilaufwendungen in einem anderen EU-Land und die Anerkennung der Studienabschlüsse und Studienzeiten vor. Auf allen diesen Gebieten müsse die Europäische Union, so Tindemanns, für den Bürger praktisch erfahrbar sein.

5. *Stärkung der gemeinschaftlichen Institutionen.* Nach Meinung Tindemanns' war gerade für die Entwicklung einer Europäischen Union eine Vergrößerung der Rechte der europäischen Institutionen notwendig. „Zur Erfüllung dieser Aufgaben erhält die Europäische Union Organe, die über die notwendige Autorität verfügen, um ein gemeinsames, umfassendes und zusammenhängendes politisches Leitbild zu entwickeln und ein wirksames Handeln zu ermöglichen, und die überdies die für eine demokratische Kontrolle erforderliche Legitimität besitzen.“¹⁷ Ein Zurückkehren zu den Methoden der intergouvernementalen Zusammenarbeit (Beibehaltung der Souveränität durch die Nationalstaaten bei gleichzeitiger Kooperation der Staaten auf der Ebene der Regierungen) bringe keine Lösung für die Probleme Europas.
6. *Schrittweise Verwirklichung der Europäischen Union.* Leo Tindemanns betonte in diesem Zusammenhang, daß die Europäische Union nur schrittweise entstehen könne. „Wie die Gemeinschaft, deren Ziele sie weiterverfolgt und deren bisherige Ergebnisse sie sichert, entsteht die Europäische Union schrittweise. Um das europäische Einigungswerk unverzüglich wieder in Gang zu bringen und ihm größere Glaubwürdigkeit zu verschaffen, stützt sie sich zunächst auf die politische Verpflichtung der Staaten, in verschiedenen Bereichen klar umrissene Maßnahmen durchzuführen, die aufgrund ihrer Bedeutung und ihrer Erfolgsaussichten ausgewählt werden.“¹⁸

Das Konzept Leo Tindemanns' wurde nach Erscheinen in der europäischen Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Kurze Zeit später traten aber dann andere europäische Themen und Probleme in den Vordergrund. Der Adressat des Berichts, der Europäische Rat, setzte sich zudem nicht in der notwendigen Form mit dem Gesamtkonzept auseinander.¹⁹ So wurde der Tindemanns-Bericht nicht in eine unmittelbare Initiative zur Europäischen Union umgesetzt. Dennoch bleiben der Verdienst Leo Tindemanns und die Bedeutung

17 Ebenda.

18 Tindemanns, a.a.O., S. 14.

19 Vgl. Lepszy, a.a.O., S. 77.

seines Berichtes unbestritten. Dieser Bericht prägte ohne Zweifel indirekt den weiteren Integrationsprozeß prägte.

2.1.2 Der Vertrag von Maastricht zur Politischen Union

Am 9./10. Dezember 1991 wurde in Maastricht der Vertrag über die Europäische Union (EU-Vertrag), der seitdem auch als Vertrag von Maastricht bezeichnet wird, abgeschlossen. Die Unterzeichnung des Vertrages durch die zwölf Außen- und Finanzminister fand, wie schon an anderer Stelle erwähnt, am 7. Februar 1992 statt. Aufgrund von Verzögerungen bei der Ratifikation konnte der Vertrag aber erst am 1. November 1993 in Kraft treten. Dies hing zunächst mit dem ablehnenden Referendum in Dänemark vom 2. Juni 1992 zusammen. Gleichzeitig fanden 1992 Volksbefragungen in Irland und Frankreich statt. Diese hatten zwar einen positiven Ausgang, im Falle Frankreich fiel die Abstimmung aber nur äußerst knapp zugunsten des Vertrages aus. In einem weiteren Referendum am 18. Mai 1993 wurde der Vertrag schließlich auch von Dänemark ratifiziert, nachdem dieser nochmals zugunsten Dänemarks revidiert worden war. Wenige Monate später wurde das Ratifizierungsverfahren auch in Großbritannien und Deutschland abgeschlossen. In Deutschland gab es sogar mehrere Verfassungsbeschwerden gegen dem Vertrag. Diese wurden vom Bundesverfassungsgericht am 12. Oktober 1993 aber abgelehnt.

Der Vertrag von Maastricht stellt, nach der 1987 unterzeichneten „Einheitlichen Europäischen Akte“, die zweite große grundlegende Reform der EG-Gründungsverträge (EGKS-, EWG-, EAG-Vertrag) dar. Er ist das Ergebnis zweier Regierungskonferenzen (über die WWU und über die Politische Union), die parallel zueinander stattfanden. Die gleichzeitige Aufnahme von Gesprächen zur Politischen Union kam dabei im wesentlichen auf Initiative des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl und der Deutschen Bundesbank zustande. Hiervon aber zu einem späteren Zeitpunkt mehr. Politisch werden die Ergebnisse beider Regierungskonferenzen als ein zweigeteilter, aber dennoch einheitlicher Vertrag gesehen.²⁰ Fraglich bleibt aber, ob die Übergänge zwischen beiden nicht auch fließender Natur sind, denn die Bestimmungen zur WWU sind durch die Art der Vertragskonstruktion fest in

20 Vgl. Jurka, Karl: Maastricht-Europa. Währungsunion, Wirtschaftsunion, Politische Union, Europäische Union. Seit 1. November 1993 ist der Vertrag von Maastricht in Kraft. Wien 1993, S. 20.

die umfassende Zielsetzung eingebunden. Strukturell begründet das Maastrichter Vertragswerk eine Europäische Union, die auf drei Säulen beruht: Das tragende Element (erste Säule) stellt dabei der weiterentwickelte EWG-Vertrag (jetzt EG-Vertrag) dar. Es folgen die Bestimmungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik (zweite Säule) und Innen- und Rechtspolitik (dritte Säule). Rechtlich gesehen ist der Maastrichter Vertrag damit als sogenannter „Mantelvertrag“ angelegt, der die einzelnen Elemente (Säulen) umschließt und sie auf eine neue Phase des Integrationsprozesses, die Europäische Union, ausrichtet.²¹

Neben der verbindlichen Festlegung auf eine WWU, die eindeutig Kernpunkt des Vertrages ist und bereits ausführlich erläutert wurde, wurden weitere Ergebnisse erzielt und neue Handlungsbereiche erschlossen. Hierzu zählen insbesondere folgende Punkte:

- *Die Unionsbürgerschaft.* Diese wurde in einem eigenen Teil des geänderten EG-Vertrages für alle Bürger der Union verbindlich festgelegt. Sie erlaubt den Bürgern, sich überall in der Gemeinschaft frei zu bewegen und aufzuhalten. Daneben beinhaltet sie das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen in jedem Mitgliedstaat, die Inanspruchnahme von diplomatischem und konsularischem Schutz in Drittländern, ein Petitionsrecht beim Europäischen Parlament und die Möglichkeit, sich mit Beschwerden und Anfragen an einen Bürgerbeauftragten des Europäischen Parlamentes zu wenden.
- *Das Abkommen über die Sozialpolitik.* Dieses wurde im Rahmen eines Zusatzprotokolls dem Unionsvertrag beigefügt. Angestrebt wurde eigentlich die Entwicklung einer eigenen Sozialpolitik. Im Zuge der Verhandlungen erwies sich dieses Thema als eines der schwierigsten. Die EG-Mitgliedstaaten einigten sich lediglich darauf, den bisherigen Stand der Sozialpolitik beizubehalten. Das Protokoll wurde jedoch von Großbritannien nicht unterzeichnet. Das Sozialabkommen beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Fragen bezüglich der Beschäftigung, der Arbeitsbedingungen, der Arbeitnehmerrechte, der Chancengleichheit von Männern und Frauen und der Arbeitsplatzförderung.
- *Die Ergänzung im institutionellen Gefüge.* Hierbei wurde ein neuer sogenannter „Ausschuß der Regionen“ ins Leben gerufen. Dieser neue bera-

21 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 12.

tende Ausschuß setzt sich aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammen und ist weisungsunabhängig. Er wurde speziell von den deutschen Bundesländern gefordert und ist bei regionalpolitischen Maßnahmen, bei Vorhaben zur Errichtung transeuropäischer Netze und bei kulturellen Förderungsmaßnahmen zu hören.²²

- *Die Erweiterung der Kompetenzen für das Europäische Parlament.* Durch die Einführung des neuen „Mitentscheidungsverfahrens“ (Art. 189b EGV), das insbesondere für Binnenmarktangelegenheiten sowie für Forschung und Technologie, Gesundheit, Kultur und Verbraucherschutz Anwendung findet, erhöhte sich der Einfluß des Parlamentes im Legislativprozeß.²³ Innerhalb dieses Verfahrens werden Rechtsakte in einem mehrstufigen Prozeß zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union verabschiedet. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Organen muß ein Vermittlungsausschuß gebildet werden, in dem das Parlament ein Vetorecht besitzt. Das Parlament kann mit absoluter Mehrheit die Verabschiedung eines Rechtsaktes stoppen. Weiterhin erhielt das Parlament bei der Ernennung der Europäischen Kommission ein Bestätigungsrecht. Durch die gleichzeitige Kopplung der Amtsperioden beider Organe wurde die Kontrollfunktion des Parlamentes weiter verbessert. Der Vertrag von Maastricht gestand dem Parlament aber noch weitere Rechte zu. So hat das Parlament seitdem die Möglichkeit, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, die das Gemeinschaftsrecht überwachen. Außerdem können sogenannte Bürgerbeauftragte gewählt werden.
- *Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).* Sie löste die alte und wenig erfolgreiche Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) ab, welche in der Einheitlichen Europäischen Akte erstmals rechtlich verankert wurde. Durch die neu eingeführte „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ soll die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen und der Unabhängigkeit der Union, die Stärkung der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten, die Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Förderung der internationalen

22 Vgl. Günther, Dirk: Die Beschlüsse von Maastricht zum Vertrag über die Europäische Union. In: Maastricht: Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion? Hrsg. v. Rolf Caesar, Hans-Eckart Scharer; Bonn 1994, S. 50.

23 Vgl. Jung, Christian: Vertrag von Maastricht. In Europa von A-Z. Hrsg. v. Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels; Bonn 1997, S. 336.

Zusammenarbeit, die Entwicklung und Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten erreicht werden (Art. J.1 EUV).²⁴ Neben sogenannten „gemeinsamen Standpunkten“, die vom Rat festgelegt werden und von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden müssen, können nun auch „gemeinsame Aktionen“ durchgeführt werden. Die Entscheidung hierfür muß jedoch einstimmig fallen. Ferner wird auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik angestrebt. Mit der Ausarbeitung und Durchführung einer solchen wurde die Westeuropäische Union (WEU) beauftragt, die wiederum integraler Bestandteil der Entwicklung der EU ist (Art. J.4 EUV).²⁵

- *Die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik.* Sie wurde genauso wie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik noch nicht vergemeinschaftet. Die Mitgliedstaaten betrachten aber die Bereiche Asylpolitik, Kontrolle der Außengrenzen, Einwanderungspolitik, Drogenpolitik, Bekämpfung von Betrügereien nach internationalem Maßstab, justitielle Zusammenarbeit, Zollwesen, polizeiliche Zusammenarbeit als Anliegen von gemeinsamem Interesse (Art. K.1 EUV).²⁶ Die Innen- und Justizpolitik wird damit ebenfalls lediglich zwischen den Mitgliedstaaten, je nach Notwendigkeit, koordiniert und abgestimmt. Nur die gemeinsame Visumpolitik wurde durch Art. 100c EGV auf die Gemeinschaft übertragen. Der Art. K.9 (Evolutivklausel) sieht aber eine evtl. spätere Vergemeinschaftung weiterer Bereiche innerhalb der Innen- und Justizpolitik vor.
- *Das Subsidiaritätsprinzip.* Mit dem Subsidiaritätsprinzip wurde ein zentrales Prinzip entwickelt, welches in allen Politikbereichen Anwendung finden soll. Es besagt, daß die Gemeinschaft in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene zu realisieren sind (Art. 3b EGV).²⁷

24 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 23.

25 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 25.

26 Vgl. ebenda, S. 29.

27 Vgl. ebenda, S. 125.

Genauso wie der Tindemanns-Bericht beantwortet der Maastrichter Vertrag die Frage nach der Politischen Union nicht auf direktem Wege. Der Begriff Politische Union taucht, wie schon beim Tindemanns-Bericht, im Vertrag selbst nicht auf und wird daher auch nicht von der Gemeinschaft näher erläutert. Stattdessen entwirft das Maastrichter Vertragswerk eine Europäische Union und folgt damit ebenfalls dem Gesamtkonzept Leo Tindemanns'. Die EU stellt von nun an die zentrale politische Zielsetzung der Gemeinschaft dar. Der Maastrichter Vertrag stellt, so die Gemeinschaft, in diesem Zusammenhang eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A. EUV).²⁸ Offen bleibt hierbei auch (wie bei Tindemanns), wie diese Union in ihrer Vollendung politisch aussehen soll. Der Autor Christian Watrin beschreibt diese Problematik kurz mit den treffenden Worten: „Unerörtert aber bleibt das entscheidende Souveränitätsthema.“²⁹ Zwar könne man, so der Autor weiter, an bestimmten Formulierungen in der Präambel des Vertrages unter anderem das Ziel eines übernationalen Staates ableiten, doch sei zugleich an keiner Stelle der Verträge von einem Volk der Europäischen Union die Rede.³⁰ Innerhalb des Vertrages wird hierbei immer von den Völkern Europas gesprochen. Gleichzeitig wird aber durch den Vertrag der Anspruch erhoben, den Prozeß der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas weiterzuführen (Präambel EUV). Die neu eingeführte Unionsbürgerschaft kann ebenfalls in dieser Richtung interpretiert werden. Abgerundet wurde dieses „Dilemma“ noch durch die Feststellungen des Bundesverfassungsgerichtes, nach denen der Unionsvertrag „keinen sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden Staat“ begründet.³¹ Eine Unentschlossenheit und Uneinigkeit bezogen auf den Endzustand zeigte sich auch in den erzielten Ergebnissen des Vertrages. Innerhalb der WWU wurde beispielsweise, wie bereits zuvor beschrieben, nur die Währungspolitik vergemeinschaftet bzw. supranational verfaßt. Die Wirtschaftspolitik hingegen blieb weitestgehend in den Händen der Mitgliedstaaten. Ähnliches zeigte sich auch an anderer Stelle des Vertrages. Die Sozialpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Innen- und Justizpolitik wurden ebenfalls nicht ver-

28 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 19.

29 Watrin, Christian: Politische Union durch Einheitswährung? In: Die Zukunft der D-Mark. Eine Streitschrift zur Europäischen Währungsunion. Hrsg. v. Franz-Ulrich Willeke; München 1997, S. 180.

30 Vgl. ebenda.

31 Vgl. ebenda.

gemeinschaftet und folgen eher intergouvernementalen Grundsätzen und Verfahren. Mit dem Subsidiaritätsprinzip wiederum hatte ein zusätzlicher föderaler Grundsatz Eingang in die europäische Integrationsdiskussion gefunden.³² Hier gerade setzt auch die Kritik am Maastrichter Vertragswerk an. Der Autor Christian Jung sagt hierzu folgendes: „Der Maastrichter Vertrag folgte keinem einheitlichen Ordnungsmodell. In ihm spiegeln sich die unterschiedlichen nationalen Leitbilder der europäischen Integration wieder.“³³ So ist es auch nicht verwunderlich, daß in vielen Bereichen des Vertrages auch nur der kleinste gemeinsame Nenner festgeschrieben werden konnte. Der Autor Christian Watrin sagt hierzu: „Es wurden eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und eine Zusammenarbeit in den Bereichen der Innen- und Rechtspolitik vereinbart. Die hier in Frage kommenden Maßnahmen und Verfahren gehen teils nicht über Absichtserklärungen und Koordinierungsverpflichtungen hinaus. Von einer echten politischen Vereinigung und von kollektivem Handeln kann also selbst in diesen Bereichen nicht gesprochen werden.“³⁴ Ein durchaus ähnliches Bild zeigte sich auch innerhalb der Sozialpolitik. Die Kompetenzen des europäischen Parlamentes konnten zwar erweitert werden, die Beendigung der Diskussion über das viel zitierte „Demokratiedefizit“ in der Gemeinschaft schaffte der Vertrag aber dennoch nicht. Angesichts dieser größtenteils unbefriedigenden Ergebnisse bezüglich der Politischen Union, die auch als deutsche Niederlage gewertet wurden, einigten sich die Regierungen schon 1991 auf die Einrichtung einer Nachfolgekonzferenz. Auf diese möchte ich nun zu sprechen kommen.

2.1.3 Der Vertrag von Amsterdam und die Politische Union

Der Vertrag von Amsterdam ist das Ergebnis dieser Nachfolgekonzferenz. Sie wurde am 29. März 1996 in Turin eröffnet und am 16. Juni 1997 mit der Vorlage des neuen Vertragsentwurfs an den Europäischen Rat abgeschlossen. Die Unterzeichnung des Vertrages durch die Staats- und Regierungschefs fand am 2. Oktober 1997 statt. Seit dem 1. Mai 1999 ist der Vertrag in Kraft. Die Nachfolgekonzferenz brachte aber auch ein weiteres Ergebnis zu

32 Vgl. Walkenhorst, Heiko: Die Föderalisierung der Europäischen Union. Möglichkeiten und Grenzen im Spannungsfeld der drei politischen Gestaltungsebenen EG/EU, Nationalstaaten, Regionen. Oldenburg 1997, S. 80.

33 Vgl. Jung, a.a.O., S. 339.

34 Vgl. Watrin, a.a.O., S. 176.

Tage. So wurde zusätzlich der auf Druck Deutschlands zustande gekommene Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgehandelt und zusammen mit dem Amsterdamer Vertrag durch den Europäischen Rat verabschiedet.

Der Amsterdamer Vertrag stellt die dritte große Reform der europäischen Gemeinschaftsverträge dar. Er ist ebenso wie der Vertrag von Maastricht als „Mantelvertrag“ angelegt. Er führt die einzelnen materiellen Änderungen der europäischen Verträge (EUV, EGV, EGKS, EAGV) zusammen.³⁵ In seiner Struktur folgt er ebenfalls der Tradition des Maastrichter Vertragswerkes, indem er die drei vorhandenen Säulen umschließt und neu definiert.

Die Forderungen und Erwartungen an den neuen Vertrag, der bis zu seinem Abschluß am 16. Juni 1997 in Amsterdam von vielen auch als „Maastricht II“ bezeichnet worden war, waren immens. Europa sollte insgesamt stärker, wirksamer und vor allem bürgernäher werden. Wichtige Veränderungen brachte der Vertrag von Amsterdam vor allem in den folgenden Bereichen:

- *Grundrechte.* Der Vertrag von Amsterdam wertet den gemeinschaftlichen Grundrechtsschutz für alle Mitgliedstaaten verbindlich auf. Die EU soll auf den Grundsätzen der Freiheit, Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit beruhen (Art. 6 EUV).³⁶ Die Einhaltung dieser Grundsätze ist zugleich Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der EU und wird mit Hilfe eines neu eingeführten Verfahrens kontrolliert. Weitere Verbesserungen konnten im Bereich der Gleichstellung von Mann und Frau erzielt werden. Hier wurde unter anderem eine allgemeine Bestimmung über die Nichtdiskriminierung aufgenommen.
- *Beschäftigung, Soziales, und Subsidiarität.* Zur weiteren Stärkung der bürgerbezogenen und sozialen Komponente wurde ein neues Beschäftigungskapitel in den EG-Vertrag (erste Säule) aufgenommen.³⁷ Dadurch will man zu einer koordinierten Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik gelangen. Durch das Einverständnis Großbritanniens, sich an der gemeinsamen Sozialpolitik zu beteiligen, konnte das Abkommen über die Sozialpolitik nun vollständig in den EG-Vertrag integriert werden. Gleichzeitig wurde durch ein spezielles Protokoll das Subsidiaritätsprinzip weiter kon-

35 Läufer, Thomas: Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages. Bonn 1998, S. 10.

36 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 22.

37 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 12.

ketisiert. Dieses stellt klar, daß gemeinschaftliches Handeln nur dann gerechtfertigt ist, wenn beide Bedingungen des Subsidiaritätsprinzips erfüllt sind.³⁸ Dies bedeutet, die Gemeinschaft soll nur tätig werden, wenn ein Handeln der Mitgliedstaaten zur Erreichung eines Ziels nicht ausreicht und dieses daher besser durch Maßnahmen der Gemeinschaft erreicht werden kann.

- *Institutionen.* Im institutionellen Bereich ist vor allem die Stärkung des Kommissionspräsidenten hervorzuheben. Er darf künftig bei der Auswahl seiner Kommissare sowie bei der Aufteilung und Zuweisung der Aufgaben innerhalb des Kollegiums mitwirken. Ferner wurde das Rechtsetzungsverfahren vereinfacht und die Erweiterung der Mitentscheidung des Europäischen Parlamentes wie auch seine Gleichstellung mit dem Rat bei der Gesetzgebung erreicht. Gleichzeitig wurde die Zahl der Sitze im Parlament auf 700 begrenzt. Der im Maastrichter Vertrag neu entwickelte Ausschuß der Regionen erhielt zudem einen eigenen organisatorischen Unterbau und erweiterte Anhörungsrechte.
- *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).* Innerhalb der zweiten Säule des Vertrages wurden ebenfalls Veränderungen vorgenommen. Zunächst fand eine leichte, fast unscheinbare Überarbeitung des Zielkomplexes der GASP statt.³⁹ Neu eingeführt wurden sogenannte „gemeinsame Strategien“. Diese werden wiederum vom Rat festgelegt (einstimmig) und kennzeichnen den Handlungsrahmen der Union. Die GASP soll dadurch wirksamer, kohärenter und solidarischer werden. Zur Steigerung ihrer Sichtbarkeit und Kontinuität wurde das neue Amt eines Hohen Vertreters (sog. GASP-Generalsekretär) geschaffen. Mit diesem Amt wurde erst kürzlich der ehemalige Nato-Generalsekretär Javier Solana betraut. Unterstützt wird der auch als „Mr. GASP“ bezeichnete Hohe Vertreter durch eine neue Strategieplanungs- und Frühwarnereinheit. Im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde die institutionelle Verknüpfung der WEU mit der EU weiter ausgebaut und in einem weiteren Schritt wurden die sogenannten „Petersberg Aufgaben“ in den Vertrag aufgenommen. Diese beinhalten neben humanitären Aufgaben auch Kampfeinsätze.

38 Vgl. Schönfelder, Wilhelm / Silberberg, Reinhard: Der Vertrag von Amsterdam. Entstehung und Bewertung. In: *Integration*, 20 (1997) 4, S. 208.

39 Siehe hierzu den neuen Art. 11 im EUV.

- *Justiz und Inneres*. Hier wurden ohne Zweifel die weitestgehenden Veränderungen getroffen. Wesentliche Bereiche (Asyl-, Visa-, Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik) der sogenannten dritten Säule sollen nun in den EG-Vertrag (erste Säule) überführt und damit vergemeinschaftet werden. Die Überführung bzw. Vergemeinschaftung dieser Bereiche soll innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages abgeschlossen sein (Art. 61 EGV).⁴⁰ Hierzu wurde auch der sogenannte „Schengen-Besitzstand“, der den Grenzverkehr in Europa regelt, in den EU-Vertrag aufgenommen. Die Länder Großbritannien, Irland und Dänemark erhielten aber eine Ausnahmeregelung. Ferner wurde die Möglichkeit geschaffen, die gemeinsame Polizeibehörde „Europol“ mit weiteren Befugnissen auszustatten.
- *Verstärkte Zusammenarbeit (Flexibilität)*. Die neu eingeführte „verstärkte Zusammenarbeit“ (Flexibilität) stellt ein Strukturprinzip der EU dar.⁴¹ Sie wurde auf Initiative von Exbundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident Chirac in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen. Im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit wurde mehreren Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt, separat auf bestimmten Feldern ihre Zusammenarbeit zu intensivieren und so eigenständig innerhalb des Integrationsprozesses voranzuschreiten. Durch diese Art von Flexibilität sollen insgesamt mögliche Blockaden durch integrationsunwillige Mitgliedstaaten vermieden werden bzw. soll der Integrationsprozeß als solcher beschleunigt werden. Dieses neu eingeführte Strukturprinzip darf aber nur auf die erste und dritte Säule des EU-Vertrages angewendet werden und somit nicht auf die GASP.

Der Amsterdamer Vertrag stellt insgesamt das Ergebnis einer zweiten Regierungskonferenz zur Politischen Union dar. Diese Nachfolgekonzferenz wurde mit der Absicht einberufen, das „politische Gesicht“ der in Maastricht gegründeten Union weiter zu konkretisieren. Der Begriff Politische Union taucht in diesem zweiten Vertrag wiederum nicht auf. Der Vertrag von Amsterdam bestätigt dagegen erneut die EU als zentrale politische Zielsetzung und nimmt Veränderungen an einzelnen Komponenten und Elementen dieser Union vor. Die Ergebnisse dieses neuen Vertrages werden wie so häufig kontrovers diskutiert. Für viele bleibt der in Amsterdam verabschiedete

40 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 81.

41 Vgl. Schönfelder / Silberberg, a.a.O., S. 209.

Vertrag jedoch hinter den Erwartungen zurück. Zwar beinhaltet der Vertrag, so der Autor Claus Giering, eine Vielzahl von Verbesserungen und Neuerungen sowie eine Ausweitung der gemeinschaftlichen Kompetenzen und Verfahren, dem gegenüber stehe aber ein kaum mehr nachvollziehbares Maß an Ausnahmeregelungen und Absicherungsmöglichkeiten.⁴² Gerade dies wollte man aber in Amsterdam verbessern. Weiterhin unbeantwortet bleibt für so manchen die Frage nach dem politischen Endzustand der Union. Es zeigt sich hierbei jedoch ein gewisser Trend in Richtung Föderalisierung. So wurden durch den Vertrag erneut einzelne Organe gestärkt. Gleichzeitig wurden weite Teile der Justiz- und Innenpolitik vergemeinschaftet. Dies hat dazu geführt, daß der supranationale EG-Vertrag stärker in den Blickpunkt getreten ist. Demgegenüber steht aber noch eine Außen- und Sicherheitspolitik, die weiterhin intergouvernemental geregelt ist. Daneben betont die Gemeinschaft in ihrem noch jungen Vertragswerk abermals, daß sie die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten achtet (Art. 6 EUV).⁴³

Obwohl die Ausmaße (Zielsetzung, Komponenten, Elemente) des Begriff „Politische Union“ ansatzweise deutlich wurden, bleibt er insgesamt weiter vieldeutig und bietet damit reichlich „Diskussionsstoff“ in den Mitgliedstaaten. Der Autor Christian Watrin sagt hierzu: „Allerdings ist schon der Begriff Politische Union verschieden deutbar. Oft wird er im Sinne eines bundesstaatlichen Zusammenschlusses – unitarisch oder föderativ – verstanden. Aber er kann ohne weiteres auch auf einen Staatenbund oder Staatenverbund – von letzterem spricht das Bundesverfassungsgericht – bezogen werden.“⁴⁴ Welche Auswirkungen dies auf die WWU hat, soll unter anderem nun dargestellt werden.

2.2 Braucht die WWU die Politische Union?

Über diese Frage ist ebenso, wie schon über den Begriff der Politischen Union, eine Diskussion ausgebrochen, die ihren Ursprung in den 70er Jahren hat und in Maastricht und Amsterdam nicht beendet werden konnte. Speziell in Deutschland hat sich diesbezüglich eine breite Diskussionslandschaft entwickelt. Ausschlaggebend dafür waren gerade die Ergebnisse der beiden Regierungskonferenzen zur WWU und zur Politischen Union, aus denen der

42 Vgl. Giering, Vertrag von Amsterdam. In Europa von A-Z. Hrsg. v. Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels; Bonn 1997, S. 332.

43 Vgl. Läufer, a.a.O., S. 22.

44 Watrin, a.a.O., S. 178.

Vertrag von Maastricht hervorgegangen ist. Der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl hatte besonders intensiv auf eine Verbindung der beiden Konferenzen gedrängt. Aus Sicht der Kritiker des Maastricht-Vertrages wurde hierbei jedoch die Gleichzeitigkeit von WWU und Politischer Union verfehlt. Während die Währungsunion unwiderruflich fixiert und bis ins Detail geregelt wurde, waren die Fortschritte in anderen Politikbereichen, so die Kritiker, eher „mager“. Der Altbundeskanzler Helmut Schmidt beschreibt die in Maastricht erzielten Ergebnisse folgendermaßen: „Das ist ein Kraut-und-Rüben-Vertrag. In Wirklichkeit ist alles, was an Hardware ist in dem Vertrag, Währungsunion. Alles andere ist wolkig und schwammig. Die gemeinsame Außenpolitik bleibt schwammig, die gemeinsame Sicherheitspolitik bleibt schwammig, die institutionelle Korrektur der Organe der Europäischen Union, die Frage der Erweiterung Richtung Süden, Richtung Osten, alles schwammig.“⁴⁵ Dieses gilt besonders auch, aus Sicht der Kritiker, für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ebenfalls nicht vergemeinschaftet wurde. In der darauffolgenden Nachfolgekonferenz zur Politischen Union wollte man dann, besonders auf deutscher Seite, die Versäumnisse von Maastricht korrigieren. Hierzu schreibt Werner Weidenfeld: „Damals hatte man sich auf eine Asymmetrie zwischen Währungsunion und Politischer Union eingelassen. Die Währungsunion war präzise beschrieben, die Politische Union weitgehend ausgeblendet worden. Dieser Defekt sollte nun korrigiert werden. Die gewaltige Verhandlungsmaschinerie einer mehrjährigen Regierungskonferenz wurde in Gang gesetzt. Dabei wurde jedoch nicht einmal der Versuch unternommen, ein Zielbild des gemeinsamen Unterfangens zu erarbeiten.“⁴⁶ Die Ergebnisse des Amsterdamer Vertrages werden deshalb, wie so häufig, wieder einmal kontrovers diskutiert. Für die Kritiker gibt es auch nach Amsterdam keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Sozialpolitik. Gleichzeitig gibt es immer noch, so die Kritiker, keine „echte“ einheitliche Wirtschaftspolitik. So bleiben die Bereiche Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs-, Steuer- und Lohnpolitik auch weiterhin in den Händen der Mitgliedstaaten.

45 Schmidt, Helmut: Den Knüppel vergraben. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt über die Chancen der Währungsunion und Deutschlands Rolle in Europa. Der Spiegel, Nr. 1 1996, S. 28.

46 Weidenfeld, Werner: Die Bilanz der Europäischen Integration 1997/98. In: Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/98. Hrsg. v. Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels; Bonn 1998, S. 20.

Aufgrund dieser Verhältnisse stellt sich natürlich die Frage, ob damit langfristig eine zufriedenstellende Lösung geschaffen worden ist bzw. ob die dort konzipierte WWU, die letztlich eine bessere Währungsunion zu sein scheint, überhaupt „überlebensfähig“ ist. Dieser Fragestellung widmet sich besonders die sogenannte „*Krönungstheorie*“. Diese Theorie ist schon seit vielen Jahren ein fester Bestandteil in der Diskussion um die Errichtung einer WWU. Sie wurde von den „Ökonomen“ Anfang der 70er Jahre entwickelt und speziell von der damaligen Bundesrepublik vertreten. Nach dieser Denkschule wird die Politische Union als Vorbedingung für eine Währungsunion betrachtet. Die Währungsunion wird hierbei als schwierigstes Unterfangen einer vergemeinschafteten Politik verstanden, die bereits eines ausreichenden politischen Fundamentes bedarf.⁴⁷ Der Theorie zufolge sollte daher die Währungsunion erst am Ende des Integrationsprozesses, sozusagen als „*Krönung*“, stehen. Die Beschlüsse von Maastricht und Amsterdam gelten daher im Sinne dieser Theorie insgesamt als unzureichend und sind mit erheblichen Gefahren verbunden. Auf die Gefahren einer vorzeitig eingeführten Währungsunion wiesen 1992 sechzig deutsche Ökonomen in einer Streitschrift gegen die Maastricht-Beschlüsse hin. Hier heißt es unter anderem: „Die ökonomisch schwächeren europäischen Partnerländer werden bei einer gemeinsamen Währung einem verstärkten Konkurrenzdruck ausgesetzt, wodurch sie aufgrund ihrer geringeren Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit wachsende Arbeitslosigkeit erfahren werden. Hohe Transferzahlungen im Sinne eines „Finanzausgleichs“ werden damit notwendig. Da bisher noch keine Vereinbarungen über die Struktur einer politischen Union existieren, fehlt hierfür jedoch ein demokratisch hinreichend legitimes Regelungssystem. Zur Zeit gibt es daher kein ökonomisch zwingendes Argument dafür, von oben eine monetäre Einheit auf ein wirtschaftlich, sozial und interessenpolitisch noch uneiniges Europa zu stützen. Die Überhastete Einführung einer Europäischen Währungsunion wird Westeuropa starken ökonomischen Spannungen aussetzen, die in absehbarer Zeit zu einer politischen Zerreißprobe führen können und damit das Integrationsziel gefährden.“⁴⁸ Anfang 1998 erregte diese Argumentationslandschaft erneut besonderes Auf-

47 Vgl. Wessels, Wolfgang: Die Wirtschafts- und Währungsunion. Krönung der Politischen Union?. In: Maastricht. Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion? Hrsg. v. Rolf Caesar, Hans-Eckart Scharrer; Bonn 1994, S. 112.

48 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die EG-Währungsunion führt zur Zerreißprobe. Sechzig deutsche Ökonomen gegen die Maastricht-Beschlüsse. Frankfurt am Main am 11. Juni 1992.

sehen durch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Antragsteller waren die Wirtschaftsprofessoren Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Joachim Starbatty und der Verfassungsrechtler Karl Albrecht Schachtschnieder. Die vier Kläger sagten bezüglich dieser Debatte: „Eine Währungsunion ohne politische Fundamentierung ist brüchig; der Maastricht-Vertrag ist unzureichend. Die Zusagen, auf der Regierungskonferenz II (Amsterdamer Gipfel) würden diese Mängel geheilt, wurden nicht eingehalten; im Gegenteil: der gemeinsame Willen zur Schaffung einer politischen Union ist schwächer geworden.“⁴⁹ Ferner weisen die vier Kläger, wie schon zuvor die sechzig Ökonomen, auf die Gefahr des inneren Dissens und einer Transferunion hin. In ähnlicher Weise sieht auch die sogenannte „*Parallelitätstheorie*“ das Verhältnis zwischen Währungsunion und Politischer Union. Diese Theorie postuliert die direkte sachliche und zeitliche Parallelität zwischen Währungsunion und Politischer Union.⁵⁰ Sie war ein wesentlicher Bestandteil des Werner-Plans von 1970. Die in diesem Plan entwickelte WWU sah neben einer währungspolitischen auch eine wirtschaftspolitische Zusammenarbeit vor. Die Parallelitätstheorie wird häufig auch mit der Deutschen Bundesbank in Verbindung gebracht, die bezüglich dieser Problematik folgendes sagte: „Letzten Endes ist eine Währungsunion damit eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft, die nach aller Erfahrung für ihren dauerhaften Bestand eine weitergehende Bindung in Form einer umfassenden politischen Union benötigt. Die Maastrichter Beschlüsse lassen eine Einigung über die künftige Struktur der angestrebten politischen Union und die erforderliche Parallelität zur Währungsunion noch nicht erkennen. Die weitere Entwicklung im Bereich der politischen Union wird für den dauerhaften Erfolg der Währungsunion von zentraler Bedeutung sein.“⁵¹ Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang noch die Form der Politischen Union, die von der Bundesbank gefordert wird. So weist die Bundesbank selbst in der zitierten Stellungnahme darauf hin, daß Grundlage der Währungsunion eine Wirtschaftsunion mit einem gemeinsamen Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen und eine hinreichende und dauerhafte stabilitätspolitische Konvergenz zwischen den Mitgliedsländern sein muß.⁵² In zahlreichen Stellungnahmen haben herausragende Vertreter der Bundesbank

49 Hankel, Wilhelm u.a.: Die Euro-Klage. Warum die Währungsunion scheitern muß. Reinbek 1998, S. 25.

50 Vgl. Wessels, a.a.O., S. 112.

51 Deutsche Bundesbank, a.a.O., S. 11.

52 Vgl. Deutsche Bundesbank, a.a.O., S. 7.

darauf immer wieder hingewiesen, wie z.B. Otmar Issing. Dieser war bis vor kurzem Mitglied im Direktorium und Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank, ehe er dann in die EZB berufen wurde. Bezogen auf die künftige WWU sagte er folgendes: „Die Ausgestaltung des europäischen Finanzsystems gehört dabei neben dem Währungssystem zum wichtigsten Pfeiler einer erfolgreichen Wirtschafts- und Währungsunion.“⁵³ In ähnlicher Weise wie die Bundesbank äußerte sich die damalige Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl, der bekanntlich ja die beiden Regierungskonferenzen im wesentlichen initiierte. Später jedoch rückte diese Bundesregierung wieder teilweise von ihren Forderungen ab, doch dazu später mehr. Als weitere Vertreter dieser Theorie können auch der damalige Bundestag und Bundesrat bezeichnet werden. So sagte beispielsweise der Bundesrat: „Die Wirtschafts- und Währungsunion ist ein wichtiger Schritt zur Vertiefung der Integration im Rahmen der Europäischen Union, die so bald wie möglich zur Politischen Union ausgestaltet werden sollte.“⁵⁴ Den gleichen Wortlaut benutzte auch der damalige Bundestag, wobei hier jedoch auch offen blieb, wie diese Politische Union ausschauen sollte. Von der derzeitigen Bundesregierung gibt es diesbezüglich noch wenig zu hören und zu lesen. Doch es kann davon ausgegangen werden, daß diese Bundesregierung das Verhältnis zwischen WWU und Politischer Union ähnlich sieht. Schließlich wurde der Vertrag von Maastricht mehrheitlich von den Parteien mitgetragen. Gleichzeitig zeigten die Äußerungen des ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden und Finanzministers Oskar Lafontaines, der unter anderem eine Steuerharmonisierung innerhalb der EU forderte, in die gleiche Richtung. Auch der jetzige Finanzminister Hans Eichel warb bereits intensiv für eine partielle Steuerangleichung in der Gemeinschaft.

Als Beweismittel für diese Theorien werden häufig historische Erfahrungen angeführt, nach denen Währungsunionen ohne Politische Union nicht überlebt haben. In diesem Zusammenhang wird auf folgende historische Währungsunionen verwiesen:

-
- 53 Issing, Otmar: Disziplinierung der Finanzpolitik in der Europäischen Währungsunion? In: Europa vor dem Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion. Hrsg. v. Dieter Duwendag, Jürgen Siebke; Berlin 1993, S.188.
- 54 11. Entschließung des Bundesrates zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union: Gesetz zum Vertrag über die Europäische Union. In: Der Vertrag. Europäische Union Europäische Gemeinschaft. Die Vertragstexte von Maastricht mit den deutschen Begleitgesetzen. Von Thomas Läufer; Bonn 1997, S. 318.

1. *Deutsch-Österreichische Münzunion (1857-1867)*. Sie wurde von den Staaten des Deutschen Zollvereins, Österreich und Liechtenstein gegründet. Die einzelnen Landeswährungen (Taler und Gulden) sowie der neu geschaffene „Vereinstahler“ waren als Zahlungsmittel anerkannt.⁵⁵ Der Vereinstahler war aber, im Gegensatz zu den Landeswährungen, in der gesamten Münzunion gültig. Zusätzlich vereinbarte man aber noch feste Wechselkurse zwischen den Währungen. Das Scheitern dieser Union hatte zwei wichtige Ursachen. Zum einen war das Papiergeld nicht mehr vollständig metallgedeckt (Vertrauensverlust in die österreichische Währung, Abweichung der Wechselkurse von den vereinbarten Paritäten), zum anderen brach 1866 ein Krieg zwischen den Mitgliedern aus.
2. *Lateinische Münzunion (1865-1927)*. Die Mitglieder dieser Münzunion waren Frankreich, Belgien, Schweiz, Italien und Griechenland. Im Mittelpunkt des gemeinsamen Münzsystems stand der Franc.⁵⁶ Ein französischer Franc entsprach hierbei einer Einheit der anderen Währungen. Die Münzen waren im gesamten Unionsgebiet gültig. Die private Verwendung der Münzen war jedoch freiwillig. In der Schweiz und in Italien wurden die Münzen der Unionspartner sogar gesetzliches Zahlungsmittel. Bis auf die gemeinsame Münzordnung blieben alle anderen monetären Aufgaben jedoch weiterhin nationale Angelegenheit.⁵⁷ Als nun die Länder Italien und Griechenland mit der Ausgabe von nicht einlösbarem Papiergeld (zur Finanzierung der nationalen Haushalte) anfangen, war das Ende dieser Union besiegelt. Hinzu kam ein Silberpreisverfall, der schließlich die 5-Franc-Münze zu einer minderwertigen Münze werden ließ. Mit der zunehmenden Einführung von Banknoten und Kreditinstrumenten verlor die gemeinsame Münzordnung endgültig an Bedeutung.
3. *Skandinavische Währungsunion (1872-1931)*. Die Teilnehmer Dänemark, Schweden und Norwegen führten hierbei eine gemeinsame Goldwährung ein. Eine schwedische Krone entsprach einer norwegischen bzw. einer dänischen Krone, die wiederum alle gesetzlichen Zahlungs-

55 Vgl. Hirschburger, Ute / Zahorka, Hans-Jürgen: Der Euro. So reagieren Unternehmen und Verbraucher auf die Europäische Währungsunion. Stuttgart 1996, S. 12.

56 Vgl. Theurl, Theresia: Währungsunionen ohne politische Integration. Die Lateinische und die Skandinavische Münzunion. In: Währungsunion und politische Integration. Historische Erfahrungen und europäische Perspektiven. 9. wissenschaftliches Kolloquium. Frankfurt am Main 1996, S. 19.

57 Vgl. Hirschburger / Zahorka, a.a.O., S. 13.

mittel in der gesamten Union waren.⁵⁸ Diese Union war insgesamt erfolgreicher, als die zuvor beschriebenen. Dies lag vor allem daran, daß eine annähernde wirtschaftliche Konvergenz und ähnliche Geldsysteme unter den Teilnehmerstaaten vorlagen. Am Ende scheiterte diese Währungsunion aber an den sich verändernden Währungsrelationen.

Letztendlich lassen sich diese historischen Währungsunionen aber nur schwerlich mit der innerhalb der EU festgeschriebenen WWU vergleichen. Sie scheiterten zunächst einmal häufig an internen Konstruktionsfehlern und weniger an der Tatsache, daß die Teilnehmerstaaten weitgehend souverän blieben.⁵⁹ Bei allen diesen erfolglosen Währungsunionen wurde beispielsweise keine echte Gemeinschaftswährung geschaffen, vielmehr bestanden diese aus einer Vielzahl von anerkannten Währungen, wobei der Schwerpunkt allerdings auf einer bestimmten Währung lag. Ferner wurden keine gemeinsamen Institutionen, die für die Notenemission und die Kontrolle der Geldmenge verantwortlich waren geschaffen. Dies verleitete einige Teilnehmer dieser Währungsunionen dazu, selbständig Papiergeld zu produzieren, um ihre nationalen Haushalte zu sanieren. Weiterhin wurde kein Wert auf ökonomische Konvergenz gelegt. Bei der Lateinischen Münzunion muß außerdem auf die Vormachtstellung Frankreichs hingewiesen werden. Aus französischer Sicht diente diese Währungsunion einzig und allein dem Ausbau der eigenen Hegemonialstellung und weniger dem Ziel, eine Politische Union zu generieren.⁶⁰ So können diese Währungsunionen insgesamt kaum als Beweismittel dienen. Dies ist schon deshalb kaum möglich, weil es sich bei den Beschlüssen von Maastricht um eine Wirtschafts- und Währungsunion handelt. Diese verfügt, im Gegensatz zu den historischen Währungsunionen, über folgende Eigenschaften:

- über eine einheitliche Währung, die in naher Zukunft in allen Mitgliedstaaten einzig und allein gelten wird
- über eine eigene Zentralbank, die alleine für die Geldpolitik verantwortlich ist und unabhängig von den Mitgliedstaaten agieren kann
- über Vorschriften für eine solide Haushaltspolitik, die z.B. einen Ausschluß der Haftung der Gemeinschaft oder einzelner Mitgliedstaaten für

58 Vgl. Hirschburger / Zahorka, a.a.O., S. 13.

59 Vgl. Borries, Reimer / Glomb, Wolfgang: Beck-Ratgeber. Euro-Währung-Fakten, Dokumente, Hintergründe. München 1997, S. 173.

60 Vgl. Kohler, Beate / Schlaeger, Gert: Wirtschafts- und Währungsunion für Europa. Bonn 1971, S. 112.

die Schulden anderer Mitgliedstaaten beinhalten (sog. „No-bailout-Klausel“)

- über einen Stabilitäts- und Wachstumspakt, indem sich die Teilnehmerstaaten zu dauerhaft geordneten Staatsfinanzen bekennen
- über einen gemeinsamen Binnenmarkt, indem freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr herrscht
- über Grundzüge der Wirtschaftspolitik, die von den Mitgliedern eingehalten werden müssen und im Rahmen einer „Multilateralen Überwachung“ jährlich überprüft werden
- über ein gemeinschaftlich geregeltes Wettbewerbsrecht, welches mit Hilfe einer Generaldirektion überwacht wird
- letztlich über eine Europäische Union, deren gemeinsame Institutionen und rechtlicher Rahmen insgesamt als Fundament der WWU dient

Aufgrund dieser Eigenschaften und Voraussetzungen läßt sich ein Vergleich mit historischen Währungsunionen fast nicht herstellen. Dies hat auch am Ende ihrer Legislaturperiode die letzte Bundesregierung erkannt. So stellte z.B. das Bundesministerium der Finanzen diesbezüglich fest: „Es zeigt sich zwar, daß die Politische Union bei stabilen Währungsunionen (z.B. Bundesstaat Schweiz, Italienisches Königreich) hilfreich war beim Aufbau einer funktionsfähigen und dauerhaften Währungsunion. Der Umkehrschluß, die anderen Währungsunionen seien gescheitert, weil auf eine Politische Union verzichtet wurde, ist jedoch nicht zwingend. Vielmehr sind sie an institutionellen, politischen und ökonomischen Problemen gescheitert, die in dieser Form auf die Europäische Union nicht übertragbar sind.“⁶¹ Zu dem machte die damalige Bundesregierung bezüglich der EU und WWU darauf aufmerksam, daß es sich hierbei schließlich und endlich um etwas gänzlich Neues handelt. So sagte beispielsweise der ehemalige Finanzminister Theo Waigel: „Eine faire und ausgewogene Beurteilung dieses Dauerstreitthemas um das Zusammenwirken von Währungsunion und Politischer Union ist wohl nur möglich, wenn man den Weg Europas als eigenständige Entwicklung ohne historisches Vorbild nimmt.“⁶² Ferner sagte er: „Ich bin zuversichtlich, daß wir bis zur dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, bei der Politischen Union und auch bei der Zusammenarbeit in der Finanz-

61 Bundesministerium der Finanzen: Argumentationskatalog. Der Euro stark wie die Mark. Bonn 1996, S. 63.

62 Waigel, Theo: Unsere Zukunft heißt Europa. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion. Düsseldorf 1996, S. 14.

und Haushaltspolitik ein gutes Stück vorangekommen sein werden. Aber die Schaffung des gemeinsamen Währungsraumes ist im Nutzen und im Erfolg nicht abhängig von bestimmten vorgegebenen Fortschritten bei der Politischen Union.“⁶³ Die veränderte Einstellung bei der Bundesregierung hängt sicherlich mit der erfolgreichen Verständigung auf einen Stabilitäts- und Wachstumspakt zusammen, der von der Bundesregierung und der Bundesbank immer gefordert wurde. Bei der Forderung nach der Ergänzung der WWU durch eine Politische Union muß außerdem auf mögliche Gefahren hingewiesen werden. Der Würzburger Universitätsprofessor Peter Bofinger weist hierbei auf drohende politische Pressionen gegenüber der EZB hin, zu denen es im Falle einer europäischen Bundesregierung unweigerlich kommen würde⁶⁴. In dieser Situation hätte es dann die EZB um ein vielfaches schwerer, sich gegenüber diesen Pressionen durchzusetzen, als in einer Union mit 15 autonomen Nationalstaaten. Ferner käme es hierbei, so Bofinger, zu einer Aufweichung der nationalen Verantwortlichkeiten in der Beschäftigungspolitik. Dies, verbunden mit der Tatsache, daß ein einheitliches Staatsgebilde stets die Gleichheit der Lebensverhältnisse anstrebt, könnte einen Automatismus begünstigen, der dann zu einem Finanztransfer in die ärmeren EU-Regionen führen würde.

Dennoch lassen sich, so meine ich, Lehren aus den historischen Währungsunionen für die künftige WWU ziehen. So zeigte sich unter anderem, daß diese um so stabiler waren, je mehr auf eine ökonomische Konvergenz geachtet wurde. In diesem Zusammenhang erscheint mir die Forderung der Deutschen Bundesbank nach einer dauerhaften stabilitätspolitischen Konvergenz besonders wichtig. Die Betonung liegt hier wohl eindeutig auf dem Wort „dauerhaft“. Ziel der Bundesbank ist es hierbei, die Haushalts- und Finanzlage der Mitgliedstaaten permanent überwachen zu lassen. Dies konnte durch die Konvergenzkriterien, die nur eine Aufnahmebedingung in die WWU darstellen, nicht erreicht werden. Einen richtigen Schritt in diese Richtung stellt der Stabilitäts- und Wachstumspakt dar. Hierbei müssen Staaten, deren öffentliches Haushaltsdefizit 3% übersteigt, innerhalb einer bestimmten Frist (außer in Zeiten starker Rezession oder bei außerordentlichen Ereignissen) Budgetkorrekturen vornehmen. Wenn dies nicht geschehen sollte, können entsprechende Sanktionen gegenüber diesem Land erlassen

63 Ebenda, S. 15.

64 Vgl. Bofinger, Peter: Der Euro vor der Einführung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. (1997) 47, S. 19.

werden. Zunächst geschieht dies in Form einer unverzinslichen Einlage. Nach zwei Jahren dann können die Sanktionen (mindestens 0,2% und maximal 0,5% des BIP) in eine Geldbuße umgewandelt werden, wenn das Haushaltsdefizit dieses Mitgliedes weiter überhöht bleibt. Doch auch dieser Stabilitäts- und Wachstumspakt bleibt nicht frei von Kritik. So ist für die Verhängung von Sanktionen ein umfangreiches Verfahren notwendig. Dieses biete, so der Autor Manfred J. M. Neumann, genügend Spielraum für Entschuldigungen, die das Land vor Konsequenzen bewahren können.⁶⁵ Eine automatische und konsequente Erlassung von Sanktionen gibt es damit nicht. An dieser Stelle wäre ein Ansatzpunkt zur Verbesserung. Ferner zeigte die Geschichte, daß Währungsunionen sehr schnell auseinanderbrechen können, wenn es zum Krieg unter den Mitgliedern kommt. Hier könnte z.B. eine gemeinschaftlich geregelte Außen- und Sicherheitspolitik (inklusive Verteidigungspolitik) Abhilfe schaffen. Wie wichtig eine solche für die gesamte EU ist, zeigten erneut die Vertreibungen und Verbrechen im Kosovo. Eine derartige gemeinsame Politik fordert auch der Verteidigungsminister Rudolf Scharping. Angesichts des Krieges in Jugoslawien und des Kosovo-Konflikts sagte er: „Wer bis dahin noch nicht davon überzeugt war, dem hat das Management dieser Krise deutlich gemacht, wie dringend die Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist einschließlich der gemeinsamen Verteidigungspolitik.“⁶⁶ Gleiches gilt sicherlich auch für den Umweltschutz. Hier benötigt die Union ebenfalls dringend gemeinsame Regelungen, die von allen Mitgliedstaaten eingehalten werden müssen.

Ob sich diese Forderungen und Ergänzungen einmal in die Realität umsetzen lassen hängt besonders von den Mitgliedstaaten dieser Union ab. Hierzu sagte das Bundesverfassungsgericht: „Hiermit wird indes keine verfassungsrechtliche, sondern eine politische Frage aufgeworfen. Die Währungsunion ohne eine gleichzeitige oder unmittelbare nachfolgende politische Union zu vereinbaren und ins Werk zu setzen, ist eine politische Entscheidung, die von den dazu berufenen Organen politisch zu verantworten ist.“⁶⁷

65 Vgl. Neumann, Manfred J. M.: Ist Europa schon reif für die Währungsunion? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. (1997) 47, S. 6.

66 Scharping, Rudolf: Europas Stimme in der Allianz. Die Zeit, (Hamburg) Nr. 8 vom 18. Februar 1999, S. 8.

67 12. Leitsätze zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts. In: Der Vertrag. Europäische Union Europäische Gemeinschaft. Die Vertragstexte von Maastricht mit den deutschen Begleitgesetzen. Von Thomas Läufer; Bonn 1997, S. 343.

2.3 Die WWU als Katalysator für die Politische Union?

Kann diese WWU die politische Integration innerhalb der EU beschleunigen? Dies ist eine entscheidende Frage, die sehr stark diskutiert wird, wenn es um das Verhältnis von WWU und Politischer Union geht. Im Mittelpunkt dieser Diskussionslandschaft steht hierbei die Währungsunion mit der dazugehörigen Gemeinschaftswährung. Viele erwarten und erhoffen sich von beiden eine Katalysatorfunktion in Richtung auf eine Politische Union. Dieser Glaube und diese Meinung sind ein wesentlicher Bestandteil der sogenannten „Grundsteintheorie“ (auch Lokomotiv- oder Automatiktheorie genannt). Diese Theorie spielt ebenfalls schon seit langer Zeit eine zentrale Rolle in der Debatte um die Verwirklichung einer WWU. Sie wurde schon von den „Monetaristen“ (Frankreich, Belgien) vertreten und steht der ökonomistischen Krönungstheorie diametral entgegen. Nach dieser Theorie leistet die Währungsunion mit der Einheitswährung zusammen Schrittmacherdienste für die europäische Einigung. Dies geschieht durch einen von der Währungsunion ausgehenden Anpassungsdruck auf die Mitgliedstaaten, der dann auch zu Integrationsfortschritten im politischen Bereich führt.⁶⁸

Historisch betrachtet gibt es hierfür jedoch keinen überzeugenden Beweis. Gerne wird hierbei auf die innerdeutsche Währungsunion von 1990 verwiesen. Doch diese war Teil einer Wiedervereinigung von zwei Staaten, die früher eine Einheit darstellten und aufgrund der Verbrechen des Nazi-Regimes lange Zeit getrennt waren. Im Zuge dieser Wiedervereinigung wurde außerdem das wirtschaftliche und politische System der ehemaligen DDR komplett gegen das von der BRD ausgetauscht. Derartige Prozesse sind innerhalb der Union kaum vorstellbar und widersprechen den Motiven, auf denen diese beruht. Ein eindeutiges Gegenbeispiel wären sicherlich die bereits erwähnten Währungsunionen des 19. bzw. 20. Jahrhunderts, die allesamt nicht zu einer Politischen Union führten. Auch die noch jüngere Währungsunion zwischen Belgien und Luxemburg führte letztlich nicht zu einem automatischen Prozeß, in dem beide Staaten sich veranlaßt sahen ihre Unabhängigkeit aufzugeben.

Dennoch stellt meiner Meinung nach diese WWU in Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozeß etwas Besonderes und irgendwie Außergewöhnliches dar, das schließlich und endlich in keine „historische

68 Vgl. Neumann, Wolfgang: Auf dem Weg zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Stuttgart 1991, S. 17.

Schublade“ hineinpaßt. Darauf hat auch Theo Waigel hingewiesen, als es um die Frage ging, ob diese WWU eine Politische Union benötigt. Häufig wird dabei die Union auch als ein System „sui-generis“ bezeichnet, welches losgelöst von jeglichen historischen Wurzeln voranschreitet und sich zu einem etwas gänzlich Neuartigem entwickelt. Demnach könnte die WWU doch eine Art Katalysator für die Politische Union sein. Dieser Verdacht erhärtet sich, wenn man noch einmal die Motive betrachtet auf denen diese WWU beruht. Sie waren vor allem politischer Natur. Stets ging es darum mit Hilfe der WWU den Frieden in Europa dauerhaft zu sichern und den gemeinsamen Integrationsprozeß voranzutreiben. In ganz ähnlicher Weise müssen auch die Ergebnisse von Maastricht und Amsterdam interpretiert werden. Die WWU bleibt innerhalb dieser Kernelement und Zugpferd.

Doch wieweit und auf welche Weise kann diese WWU die Politische Union vorantreiben? Was können wir speziell von der Währungsunion und vom Euro erwarten? Dies sind nicht unbedingt einfache Fragen, da man sie mit absoluter Sicherheit nicht beantworten kann. Schließlich hängt viel auch davon ab, welche Politische Union man „im Auge hat“. Eines dürfte an dieser Stelle schon klar sein. Wer sich vom Euro wertvolle Dienste in Richtung auf einen europäischen Zentralstaat erhofft, indem die Nationalstaaten zu bloßen Statisten degenerieren, wird wohl sehr enttäuscht werden. Dies geht schon aufgrund der kulturellen Vielfalt in der Gemeinschaft nicht. Ein solcher Einheitsstaat wird auch deshalb kaum entstehen, weil die Mitgliedsstaaten dieser Union einer solchen Entwicklung kritisch gegenüberstehen. So sagte beispielsweise Theo Waigel hierzu: „Wir erproben und schaffen Zusammenarbeit, wo immer es möglich ist. Aber am Ende soll kein gewaltiger zentralistischer Staat mit endgültig zugewiesenen Verantwortungen und Aufgaben bestehen.“⁶⁹ Auf britischer Seite ist man seit jeher überwiegend gegen einen solchen Staat. Erst kürzlich sagte diesbezüglich ein Mitglied des Oberhauses: „Ist die politische Integration Europas für Großbritannien möglich, und sollten wir Teil eines europäischen Einheitsstaates werden? Historisch, politisch und wirtschaftlich gesehen, lautet die Antwort: Nein. Ein solcher Schritt nähme uns sofort die Macht, unsere Zinsen und Steuern zu kontrollieren. Unsere Institutionen, unser Justizsystem und unser Verständnis von Freiheit stehen der europäischen zentralistischen Tradition seit Napoleon

69 Theo Waigel, a.a.O., S. 14.

fundamental entgegen.“⁷⁰ Vereinigte Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA werden deshalb vorerst nicht entstehen. Der Euro kann generell bzgl. des weiteren politischen Integrationsprozesses direkt nur wenig vollbringen, geht es dabei doch um wichtige politische Entscheidungen der Mitglieder. Die Einheitswährung kann dies aber indirekt tun. Allein das Streben, innerhalb der Gemeinschaft eine WWU inklusive einheitlicher Währung zu verwirklichen, hat viel zur Festigung des europäischen Integrationsprozesses beigetragen. Häufig liest man dabei auch von der identitätsstiftenden Wirkung, die vom Euro ausgehen wird. Der ehemalige Kommissionspräsident Jacques Santer sagte hierzu einmal: „Der Euro ist aber auch ein Katalysator für die europäische Identität. Länder, die eine gemeinsame Währung haben, sind bereit, ihr jeweiliges Schicksal mit einer Solidargemeinschaft zu verknüpfen.“⁷¹ In ähnlicher Weise äußerte sich auch Werner Weidenfeld, der folgendes sagte: „So wird der Euro zur Münze der Identität und läßt die Spirale der Integration weiterdrehen, in dem neuer politischer Handlungsspielraum ebenso wie Handlungsdruck entsteht.“⁷² Eine solche Identität, dies zeigten die Untersuchungen zu Beginn dieses Kapitels, gibt es bisher nur in „zarten“ Ansätzen. In den vergangenen Jahren hat sich das nicht geändert. Von daher ist anzunehmen, daß der Euro alleine auch nicht zu einer derartigen Identität führen kann. Dies kann er deshalb schon nicht bewirken, da er nur ein Element oder Merkmal einer kollektiven Identität repräsentiert. Es fehlt der Gemeinschaft im ganzen an weiteren Merkmalen. Der Autor Dietmar Scholz sagte dazu: „... aber es fehlt der EU an allen wesentlichen Merkmalen eines Staates: die EU ist keine Republik; sie leitet ihre Legitimität nicht aus dem Willen eines Staatsvolkes ab, auch wenn es Europawahlen gibt; ihre Legitimität entspringt aus dem Gemeinschaftswillen ihrer Mitgliedstaaten. Es gibt kein europäisches Volk, es gibt kein Staatsgebiet der EU, es gibt keine originäre Souveränität der EU; es gibt keine europapolitische allgemeine Öffentlichkeit, keine europäischen Parteien, die sich, statt an europapolitischen nationalen Interessen, direkt an europäischen Interessen orientieren.“⁷³ Der Autor hätte schließlich auch noch die gemeinsame Sprache nennen können, die ebenfalls ein wichtiges Merkmal für eine Identität

70 Hanson, James: Britannien braucht den Euro nicht. Die Zeit, (Hamburg) Nr. 5 vom 28. Januar 1999, S. 9.

71 Santer, Jacques: Der Euro als Katalysator für die europäische Identität. In: InfEuro. (1998) 8, S. 8.

72 Weidenfeld, a.a.O., S. 15.

73 Scholz, Dietmar: Europa. Vom Mythos zur Union. Gedanken über die europäische Identität und über die Aufgaben Europas nach Maastricht II. Berlin 1996, S. 65.

darstellt und in der Gemeinschaft nicht existiert. Der Euro wird daher zu keiner europäischen Identität führen, aber er kann zu einem europäischen Bewußtsein beitragen. Dies wird ihm aber nur gelingen, wenn er den Bürgern dieser Union auch einen direkten Nutzen bringt. Die Darstellung und Untersuchung der Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU zeigte dies auf eindrucksvolle Weise. Für die Gemeinschaftswährung wird es in dieser Hinsicht vor allem darauf ankommen, daß sie langfristig stabil bleibt. Nur dann wird der Euro den Unionsbürgern einen Nutzen bringen und sie so wirklich überzeugen. Auf diese Weise kann der Euro zu einem wichtigen Symbol dieser Gemeinschaft werden. Dann könnte sich so etwas wie ein europäisches Bewußtsein herausbilden. Dieses wird aber höchstwahrscheinlich nur neben bzw. hinter der eigenen nationalen Identität anzusiedeln sein. Wie sagte der Nobelpreisträger James Buchanan schon: „... aber sie werden kaum aufhören, sich als Briten, Franzosen, Deutsche oder Italiener zu sehen. Brüssel als die Hauptstadt Europas, wird wahrscheinlich eher Bern in der Schweizer Eidgenossenschaft gleichen als Paris im postnapoleonischen Frankreich.“⁷⁴ Nur, wenn der Euro einen Nutzen für alle Mitglieder der Gemeinschaft bringt, kann er, so wie Werner Weidenfeld sich dies auch wünscht, die Spirale der Integration weiterdrehen und indirekt auf andere Politikfelder einwirken. In diesem Fall könnte irgendwann innerhalb der Gemeinschaft auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheits-, Finanz- und Umweltpolitik Wirklichkeit werden. Hierzu ist letztlich aber eine politische Entscheidung der Mitgliedstaaten notwendig. Diese wird sicherlich um so leichter fallen, wenn das Umgehen derartiger Politiken unmöglich scheint bzw. ein direkter, für alle Beteiligten erfahrbarer Nutzen, damit verbunden ist.

Am Schluß dieses Kapitels sei noch darauf hingewiesen, daß häufig bei dieser Diskussion übersehen wird, daß die Politische Union schon in einigen Bereichen vollendet ist und damit teilweise schon existiert. Die WWU ist nämlich, mag man dieser noch so kritisch gegenüberstehen, ein Element dieser Politischen Union. Der belgische Ministerpräsident Leo Tindemanns vermied ganz bewußt die Erläuterung des Begriffs Politische Union. Statt dessen konzipierte er eine Europäische Union, die er wiederum als einen offen und flexibel zu gestaltenden Prozeß verstand. Diese Europäische Union sollte nach Leo Tindemanns aus verschiedenen Komponenten bestehen. Eine

74 Buchanan, James: Möglichkeiten für eine europäische Verfassung. Eine amerikanische Sicht. In: *Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Band 42 (1991), S. 135.

entscheidende Komponente war für ihn auch die WWU. Die nachfolgenden Verträge von Maastricht und Amsterdam behielten im Wesentlichen dieses Grundkonzept bei. Die Gemeinschaft entwickelte durch diese eine Europäische Union, die auf verschiedenen Säulen steht und diese zugleich wie ein Mantel umhüllt. Ein wichtiger Bestandteil dieser Säulenkonstruktion, wahrscheinlich im Moment der wichtigste, ist die WWU. Die WWU ist damit zugleich ein wichtiges Teilstück der Politischen Union. Für den Autor Werner Hoyer trifft dies insbesondere auf die Währungsunion zu. Bezogen auf diese sagte er: „Richtig ist deshalb vielmehr, die Währungsunion als Element der Politischen Union zu begreifen, das in seiner tatsächlichen, seiner integrationspolitischen, aber auch seiner psychologischen Bedeutung eine geradezu konstitutive Bedeutung für die europäische Zusammenarbeit erhalten kann.“⁷⁵ Daher läßt sich insgesamt sagen, daß die Politische Union in wichtigen Grundzügen schon existiert. Dies sieht auch Daniel Gros so, der statt Politischer Union von ordnungspolitischer Union spricht und hierüber sagt: „Deswegen würde ich sagen, das Maastricht-System, so wie es steht, und natürlich unter der Annahme, daß es hinterher wie vorgesehen implementiert wird, bedeutet, daß wir schon eine Art ordnungspolitische Union auf europäischer Ebene haben. Dies ist auch notwendig, insofern würde ich sagen: Ja – wir brauchen eine ordnungspolitische Union. Aber ich würde gleich dazu sagen, wir haben sie schon – in den großen Grundzügen zumindest. Es mag hier und da noch Teile geben, die fehlen, aber im Grunde genommen steht sie schon.“⁷⁶ Die Gemeinschaft hat nicht nur alleine mit der WWU ein entscheidendes Element dieser Politischen Union geschaffen. Auch die Fortschritte im Bereich der Innen- und Justizpolitik und die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlamentes müssen mitbetrachtet werden. Die gestiegene Macht des Parlamentes wurde erst kürzlich durch den Rücktritt der Europäischen Kommission und ihres Präsidenten deutlich. Die Gemeinschaft ist aber noch lange nicht am Ende angelangt. Weitere Fortschritte in anderen Bereichen sind nötig. Die WWU hat das Potential (speziell mit dem Euro), bei Erfüllung gewisser Bedingungen, einen Beitrag hierzu zu leisten.

75 Hoyer, Werner: Die Perspektiven Europas oder erzwingt der Euro die Politische Union. In: Der Kampf um den Euro. Wie riskant ist die Währungsunion. Hrsg. v. Hans-Ulrich Jörges; Hamburg 1998, S. 178.

76 Gros, Daniel: Podiumsdiskussion. Braucht die Europäische Währungsunion die politische Integration Europas? In: Währungsunion und politische Integration. Historische Erfahrungen und europäische Perspektiven. 9. wissenschaftliches Kolloquium. Frankfurt am Main 1996, S. 69.

VI. Die internationale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion

Betrachtet man noch einmal die bereits ausführlich dargestellten Gründe und Motive für die WWU, so fällt sehr schnell auf, daß mit diesem gewaltigen Projekt auch immer außereuropäische bzw. internationale Absichten verbunden wurden. Die WWU sollte hierbei nicht nur den eingeschlagenen Integrationsprozeß vorantreiben und aufkommende Stillstände überwinden, sondern auch Europas Rolle in der Welt stärken. Gerade Helmut Schmidt verfolgte mit der Gründung des EWS auch internationale Pläne. Er wollte mit dem ECU eine einheitliche europäische Währung schaffen, die der weltwirtschaftlichen Bedeutung des Dollars und des japanischen Yen gleichkommt. Für eine derartige Betrachtungsweise gab es aus Sicht der Gemeinschaft zusätzlich handfeste Beweggründe. Die aus dem Bretton-Woods-System resultierende währungspolitische Abhängigkeit vom Leitwährungsland USA war hierbei besonders entscheidend. Diese Abhängigkeit führte zunächst einmal zu immensen volkswirtschaftlichen Kosten, die im wesentlichen aus den ständigen Schwankungen des Dollars entstanden und von der Gemeinschaft getragen und ertragen werden mußten. Einige Mitgliedstaaten, wie z.B. die Bundesrepublik Deutschland, waren hiervon besonders betroffen. Ein weiterer Grund war und ist die Abhängigkeit von der amerikanischen Wirtschaftspolitik. Mit der zunehmenden Vernetzung der weltweiten Märkte und Wirtschaftsabläufe trat ein weiteres Motiv hinzu. Der Euro ist in dieser Hinsicht auch als Antwort auf die Globalisierung einzustufen. Doch nicht nur aufgrund dieser Motive ist es wichtig und interessant sich mit den internationalen Auswirkungen der WWU zu beschäftigen. Alleine die Tatsache, daß ein derartiges Ereignis nicht auf Europa beschränkt bleiben wird, spielt eine gewichtige Rolle.

Dies ist zugleich auch der Grund, weshalb immer mehr Länder auf dieser Welt sich mit der WWU beschäftigen. Speziell die direkt an die Union angrenzenden Staaten blicken gespannt auf dieses Ereignis. Aber auch die großen Wirtschaftsriesen USA und Japan setzen sich seit einiger Zeit intensiv mit der WWU auseinander. Sie alle interessiert, genauso wie die Gemeinschaft, die folgende Frage: Welche Auswirkungen wird die WWU auf die internationale Zusammenarbeit haben? Im kommenden Kapitel soll diese

Frage daher einen Schwerpunkt bilden. Darüber hinaus soll aber auch der Frage nachgegangen werden, ob diese WWU zu einem Modell für andere Länder und Gemeinschaften werden kann?

An dieser Stelle sei aber schon darauf hingewiesen, daß eine derartige Analyse oder Untersuchung sich zu diesem Zeitpunkt nur anhand von Thesen diskutieren läßt, da zur Zeit noch niemand die genauen Wirkungen der WWU kennt.

1 Die Auswirkungen der WWU auf die internationale Zusammenarbeit

Spätestens seit dem 1. Januar 1999 dürfte vielen Ländern auf dieser Welt klar geworden sein, daß die WWU in absehbarer Zeit Realität werden wird. Aufgrund dieser Tatsache wird die WWU in- und außerhalb der Union stark diskutiert. In diesem Abschnitt soll es um die Auswirkungen der WWU auf die internationalen Handels-, Finanz- und Währungsbeziehungen gehen. Wie wird sich die Zusammenarbeit in diesen Bereichen verändern? Gerade die 11 Teilnehmerstaaten erhoffen sich hier tiefgreifende Veränderungen. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht hierbei der Euro, mit dem große Erwartungen aber sicherlich auch Ängste verbunden werden. Sehr viel wird davon abhängen, welche Stellung der Euro gegenüber seinen beiden großen Konkurrenten (Dollar und Yen) einnehmen kann. Ein starker Euro dürfte sicherlich auch Auswirkungen auf die Kooperation in entscheidenden internationalen Organisationen haben, wie z.B. in der G-7. Die WWU wird aber wohl auch insgesamt Einfluß auf die internationale Währungsordnung nehmen. Dadurch könnten sich unter anderem die Währungsbeziehungen zwischen der EU und den USA, die in der Vergangenheit sehr einseitig zugunsten der Vereinigten Staaten verliefen, grundlegend verändern.

1.1 Der Euro in Konkurrenz zu Dollar und Yen

Wird der Euro eine starke Währung? Kann er mit dem Dollar und Yen langfristig konkurrieren? Wird er einmal den Dollar als Leitwährung ablösen? Dies sind Fragen, die sich die Menschen in der Gemeinschaft stellen werden, nicht zuletzt auch aufgrund der Schwankungen des Euro in den vergangenen Wochen. Während der Start der Gemeinschaftswährung noch überaus erfolgreich war, verlor diese dann in der Folgezeit an Wert gegenüber dem Dollar. Vor kurzem fiel der Euro sogar erstmals unter die Dollar-Parität. Die Kriti-

ker fühlen sich nun schon bestätigt und sprechen von einem schwachen und weichen Euro. Für eine solche Feststellung ist es meiner Meinung nach noch zu früh. Der momentane Kurs des Euro sagt in der noch jungen Währungsunion recht wenig aus. Wichtig erscheint mir, daß der Euro sich langfristig gegenüber dem Dollar und Yen behauptet. Eine derartige Beurteilung kann aber zur Zeit nur in Form von Thesen erfolgen.

Der Erfolg des Euro wird langfristig ohne Zweifel von seiner Stabilität abhängen und vor allem darauf beruhen, ob er ein allgemein akzeptiertes Zahlungs-, Rechen- und Wertspeicherungsmedium bei grenzüberschreitenden Geschäften werden kann. Nur dann kann der Euro zu einer internationalen starken Währung avancieren und Einfluß auf die vorhandenen Haushalt-, Finanz- und Währungsbeziehungen nehmen. Um dies zu erreichen, muß der Euro über folgende Eigenschaften verfügen:¹

- Er muß eine wichtige Rolle bei internationalen Transaktionen, wie dem Außen- und Devisenhandel, spielen.
- Er muß eine bedeutende Anlagewährung sein.
- Er muß zugleich für die Zentralbanken als Reservewährung attraktiv sein.
- Er muß in den bestehenden Wechselkurssystemen eine zentrale Aufgabe als monetärer Anker erfüllen.

Der Euro als Transaktionswährung

Wird der Euro sich zu einem internationalen Zahlungsmittel entwickeln, das im Außen- und Devisenhandel eine Rolle spielen kann? Der US-Dollar stellt, dies belegen die letzten Schätzungen im Jahr 1992, momentan noch die dominierende Währung im Welthandel dar. Fast die Hälfte der weltweit aggregierten Exporte werden in Dollar abgerechnet (vgl. Tabelle 2). Die D-Mark folgt als zweitwichtigste Währung mit einem Anteil von 15,5%. Der Yen spielt hier mit einem Anteil von 4,8% eine verhältnismäßig geringe Rolle. Die Vormachtstellung des Dollars beruht aber in hohem Maß auf seiner starken Verbreitung. Dadurch entstehen allgemein geringere Kosten bei seiner Nutzung. Dies hat auch dazu geführt, daß der Handel mit Rohstoffen fast ausschließlich in Dollar fakturiert wird. Der Anteil der auf Dollarbasis

1 Vgl. Dresdner Bank: Countdown zur Europäischen Währungsunion. Frankfurt am Main 1998, S. 87.

abgeschlossenen Außenhandelsgeschäfte übersteigt deshalb auch den Anteil der USA am Welthandel bei weitem.²

Tab. 2: Fakturierungsanteile im Welthandel

Fakturierungsanteile im Welthandel	1980	1992
US-Dollar	56,4%	47,6%
D-Mark	13,6%	15,5%
Yen	2,1%	4,8%

Quelle: Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands: *Auf dem Weg zur EWWU*. Bonn 1998, S. 66.

Durch die Währungsunion wird nun der bisherige Handel zwischen den Teilnehmerstaaten monetär zu einem reinen Binnenhandel. Dadurch wird, rein statistisch betrachtet, der Anteil des Euro an der Fakturierung des Welthandels unmittelbar niedriger ausfallen, als die Summe der Währungsanteile der Teilnehmerstaaten. Daher dürften auf Basis der heutigen Fakturierungsgewohnheiten etwa zwischen 20% und 25% des verbleibenden Handels unmittelbar nach Beginn der Währungsunion in Euro abgerechnet werden.³ Der Dollaranteil läge dadurch schätzungsweise bei knapp 60%. Hierbei muß jedoch betrachtet werden, daß durch den Euro ein Währungsgebiet entsteht, welches in der Welt die größte Wirtschaftskraft haben wird. Im intraeuropäischen Handel, dazu zählen neben den Teilnehmerstaaten auch die sogenannten „Pre-Ins“, wird höchstwahrscheinlich ein Großteil der heute noch recht bedeutenden Dollarfakturierungen durch den Euro substituiert. Dadurch würde Euro-Land für die anderen EU-Staaten der bei weitem wichtigste Handelspartner mit Anteilen von 35% bis über 40% sein. Aufgrund der wachsenden Handelsströme zwischen Osteuropa und der EU wird mittelfristig gesehen hier ebenfalls die Bedeutung des Euro zu Lasten des Dollar zunehmen. In den angrenzenden bzw. assoziierten Regionen wie (Nord-) Afrika und dem Nahen Osten, die einen großen Teil ihres Handels mit der EU abwickeln, spricht auch sehr viel für eine stärkere Nutzung des Euro. Um mit dem Dollar ernsthaft in Konkurrenz zu treten, muß der Euro aber auch

2 Vgl. Hoffmann, Ralf / Schröder, Ulrich: Der Euro. Eine Herausforderung für den Dollar? In: *EWU-Monitor*. (1997) 33, S. 3.

3 Vgl. ebenda.

im transatlantischen Handel und vor allem im Handel mit Asien stärker genutzt werden. Gerade in Asien gilt es aus Sicht der Gemeinschaft, die bestehenden Handelsbeziehungen zu verbessern und auszubauen.

Auf den weltweiten Devisenmärkten zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Verwendung des Dollar ist bislang vorherrschend. Ungefähr 84% der Transaktionen werden in Dollar abgewickelt.⁴ Die ehemaligen EWS-Währungen liegen zusammengefaßt bei 70%. Der Yen kommt auf einen Anteil von 24%. Hierbei muß darauf hingewiesen werden, daß die Summe aller addierten Anteile hier 200% ergibt, da beide Seiten des Devisenmarktgeschäftes (Kauf und Verkauf) berücksichtigt werden. Durch die Einführung des Euro kommt es hier ebenfalls zu einer Verringerung, da die Währungen der Teilnehmerstaaten verschwinden. Durch den großen Binnenmarkt und der schwachen Rolle des Yen dürfte der Euro aber mittelfristig auch hier zu einer der meistgehandelten Währungen aufsteigen.⁵

Der Euro als Anlagewährung

Auf den internationalen Anlagemärkten dominiert zur Zeit noch der US-Dollar. Fast 40% der internationalen Anleihen entfielen Ende 1995 auf den Dollar (vgl. Tabelle 3). Es folgen dicht dahinter schon die europäischen Währungen mit beinahe 37%. Der Anteil der D-Mark hierbei betrug fast 16%. Der Anteil des Yen betrug Ende 1995 11,5%.

Tab. 3: Anteile der Währungen bei internationalen Anleihen

Anteil der Währungen am internat. Anleihemarkt	Ende 1981	Ende 1992	Ende 1995
US-Dollar	67,3%	46%	39,8%
Europäische Währungen	13,2%	35,2%	36,9%
Davon D-Mark	-	14,7%	15,6%
Yen	2,2%	6,9%	11,5%

Quelle: Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands: *Auf dem Weg zur EWWU*. Bonn 1998, S. 66.

4 Vgl. Collignon, Stefan / Mundschenk, Susanne: Die internationale Bedeutung der Währungsunion. In: *Integration*. 21 (1998) 2, S. 80.

5 Vgl. ebenda.

Die Bedeutung des US-Dollar als internationale Anlagewährung hat aber in den vergangenen Jahren erheblich gegenüber den europäischen Währungen (vor allem der D-Mark) und dem Yen abgenommen. Hier zeichnet sich also bereits seit längerem eine Diversifizierung der Kapitalanlagen ab. Für die Attraktivität des Euro als internationale Anlagewährung wird die Stabilität der neuen Währung maßgeblich sein.⁶ Sehr viel wird in diesem Zusammenhang auch von der EZB und ihrer Geldpolitik abhängen. Wichtig wird hierbei sein, daß diese auch eine Kontinuität, Professionalität und Stabilität ausstrahlt.

Wenn dies langfristig gelingt, dann kann der Euro eine starke internationale Anlagewährung werden. Hierfür spricht auch die Tatsache, daß im Zuge der Währungsunion ein einheitlicher Euro-Finanzmarkt entstanden ist. Dieser ist nun der Größe nach hinter dem amerikanischen Markt der zweitgrößte der Welt. Der neue europäische Kapitalmarkt wird für private und institutionelle Anleger attraktiver sein, da z.B. das Wechselkursrisiko entfällt und so das Kreditrisiko einzelner Aktien besser bestimmt werden kann.⁷ Die Attraktivität des europäischen Kapitalmarktes wird sich aus Sicht der Anleger in Zukunft höchstwahrscheinlich noch weiter erhöhen, weil der durch Preis-Transparenz und das Zusammenwachsen der Märkte entstehende Wettbewerbsdruck auf die Finanzinstitute noch weiter zunehmen wird. Dies könnte zu weiteren Preis- und Zinssenkungen bei den Banken führen und letztlich auch zu vermehrten Anlagen in die Gemeinschaftswährung.

Der Euro als Reservewährung

Eine Währung erhält immer dann einen besonderen Status, wenn sie als Reservewährung von Notenbanken gehalten wird. Hierbei geht es also um die Funktion einer Währung als Wertaufbewahrungsmittel. Devisenreserven werden dabei allgemein von Notenbanken zur Abwicklung von Devisenmarktinterventionen gehalten. Im Bedarfsfall können die Zentralbanken so zur Stabilisierung ihrer Wechselkurse beitragen, indem sie aktiv mit den vorhandenen Devisenreserven am Markt intervenieren und sogenannte Stützungskäufe der eigenen Währung tätigen. Daher überrascht es auch nicht, daß der Dollar die am meisten verwendete internationale Reservewährung ist. Ende 1995 betrug sein Anteil über 60% (vgl. Tabelle 4). Er dominiert

6 Vgl. Hoffmann / Schröder, a.a.O., S. 5.

7 Vgl. Collignon / Mundschenk, a.a.O., S. 80.

damit noch deutlicher, als in den bisher untersuchten Funktionen. Die Eigenschaft des Dollar als Interventionswahrung ist zugleich eine Spielart seiner dominierenden Rolle als Transaktionswährung.⁸ Selbst die Zentralbanken im EWS furten einen Großteil ihrer bilateralen Stutzungsinterventionen über den Dollar als Vehikelwahrung durch. Mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems konnten jedoch auch andere Währungen an Bedeutung gewinnen. Allen voran die D-Mark, die ihren Anteil seitdem verdoppeln konnte. Ende 1995 betrug dieser 14,2% (vgl. Tabelle 4). Dadurch vergrößerte sich natürlich der Anteil der europäischen Währungen, die Ende 1995 insgesamt auf 20,1% kamen. Den größten Zuwachs im geschätzten Zeitraum konnte jedoch der Yen verbuchen. Zwar liegt dieser deutlich hinter Dollar und D-Mark, aber seit 1973 vergrößerte sich dessen Anteil um das 74-fache, so daß schätzungsweise 7,4% der weltweiten Devisenreserven in Yen gehalten werden.

Tab. 4: Die Verteilung der Weltdevisenreserven

Verteilung der Weltdevisenreserven	Ende 1973	Ende 1983	Ende 1995
US-Dollar	76,1%	71,1%	61,5%
Europäische Währungen	14,3%	15,8%	20,1%
davon D-Mark	7,1%	11,7%	14,2%
Yen	0,1%	4,9%	7,4%

Quelle: Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands: *Auf dem Weg zur EWWU*. Bonn 1998, S. 66.

Ein Großteil der Devisenreserven der EU-Notenbanken beruhte auf den gegenseitigen Interventionsverpflichtungen im EWS. Durch die vor kurzem gestartete Wahrungunion entfallen nun diese Pflichtinterventionen. Damit sinkt auch tendenziell der Bedarf an Reservewahrungen.⁹ Für den Reservebedarf ist auch das Importvolumen entscheidend. Gemessen an diesem Indikator wird der Reservebedarf in Euro-Land ebenfalls niedriger sein. Durch die WWU entsteht insgesamt ein Wirtschaftsraum, der deutlich weniger auenhandelsabhangig sein wird. Gleichzeitig ist hierbei anzunehmen, daß

8 Vgl. Dresdner Bank, a.a.O., S. 96.

9 Vgl. Hoffmann / Schröder, a.a.O., S. 7.

die Einfuhr aus Regionen mit fremder Währung zurückgehen wird. Dadurch können summa summarum die Dollar-Reserven des ESZB deutlich sinken. Die kürzlich gestartete Wahrungunion dürfte aber auch zu einer Verringerung des europäischen Anteils geführt haben, denn seit dem 1. Januar 1999 werden die gegenseitigen Guthaben der Notbanken in Euro konvertiert und sind damit keine Devisenreserven mehr. Dieser Effekt könnte den Euro-Anteil auf bis zu 15% sinken lassen.¹⁰ Angesichts der zuvor dargestellten Entwicklung ist aber tendenziell mit einer stärkeren Reservehaltung in Euro zu rechnen. Hierfür spricht auch die Tatsache, daß mit der WWU der weltweit größte Wirtschaftsraum entsteht. Ferner rechnen Experten damit, daß die osteuropäischen Beitrittskandidaten ihre Währungen vollständig oder zumindest stärker als bisher an den Euro binden werden. Für die Staaten in Asien oder Lateinamerika, die keinem offiziellen Festkurssystem angehören, bietet zudem ein starker und stabiler Euro eine echte Alternative. Alles in allem könnte der Euro auf diese Weise mittel- bis langfristig eine größere Rolle als internationale Reservewährung spielen als die in ihm aufgehenden nationalen Währungen.

Der Euro als Ankerwahrung

In der Bewertung des Euro als internationale Reservewährung wurde teilweise bereits seine zukünftige Rolle als Ankerwahrung angesprochen. So wird der Euro unmittelbar als monetärer Anker für die Staaten im neuen EWS II fungieren. Gleichzeitig könnte er als Wechselkursanker für die übriggebliebenen EFTA-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) interessant werden. Gleiches gilt für die osteuropäischen Staaten, die gespannt auf die WWU blicken. Hier existieren außerdem schon diverse Wechselkursarrangements. Außerhalb Europas wird damit gerechnet, daß der Euro zusätzlich für die Länder der Franc-Zone die Rolle des französischen Francs übernimmt. Auch die Währung der ehemaligen portugiesischen Kolonie Cabo Verde, einem Inselstaat vor der Küste Westafrikas, wird wohl über kurz oder lang an den Euro gebunden werden. Alle diese Staaten wollen durch die Ankopplung ihrer Währung Stabilität aus Euro-Land importieren und diese auf das eigene Wirtschaftssystem übertragen. Beispiele hierfür finden sich auch in der Geschichte der WWU. So wurde die D-Mark zum Anker im EWS. Die Stabilitätspolitik der Deutschen Bundesbank wurde zum

10 Vgl. Dresdner Bank, a.a.O., S. 96.

Maß aller Dinge. Damit war aber zugleich auch ein gewisser Zwang für die anderen Mitgliedstaaten verbunden, der indirekt auch zu einem Verlust der eigenen geldpolitischen Autonomie führte. Der Euro kann, ähnlich wie die D-Mark, zu einem Anker für eine Reihe von Währungen werden. Dies wird aber nicht zuletzt von seiner Stabilität abhängen. Hierfür ist die Geldpolitik der EZB mitverantwortlich, aber auch die Gemeinschaft selbst, die für eine dauerhafte Stabilität und Konvergenz sorgen muß.

Alles in allem wird der Euro daher die Vorherrschaft des Dollar vorerst nicht „brechen“. Er hat aber das Potential, unter Berücksichtigung der zuvor beschriebenen weiteren Anforderungen, in wichtigen Bereichen eine starke internationale Währung zu werden, und damit Einfluß auf die vorhandene Handels-, Finanz- und Währungslandschaft zu gewinnen. Dies wird ohne Frage auch die bisher praktizierte Kooperation in den internationalen Organisationen verändern.

1.2 Die WWU und die G-7 Kooperation

Ein entscheidendes Motiv zur Gründung dieser WWU war auch immer, die Rolle Europas in der Welt zu stärken. In diesem Zusammenhang wird des öfteren erwartet, daß sich die WWU positiv auf die Stellung und Verhandlungsmacht der Gemeinschaft in internationalen Organisationen auswirken wird. Häufig liest man diesbezüglich folgendes: „Die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion würde der Gemeinschaft in internationalen Verhandlungen eine stärkere Stellung verschaffen und ihre Möglichkeiten, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern zu beeinflussen, verbessern.“¹¹ In ähnlicher Weise äußern sich auch die beiden Autoren Ralf Hoffmann und Ulrich Schröder, wenn sie sagen: „Der Euro wird Europa in der internationalen Währungspolitik einen höheren Stellenwert verschaffen, wenn es künftig eine gemeinsame Währung einbringt.“¹² Die in diesen beiden Zitaten zum Ausdruck kommenden Erwartungen und Hoffnungen beziehen sich, dies zeigt auch die einschlägige Fachliteratur insgesamt, größtenteils auf die Zusammenarbeit im Rahmen der sieben führenden westlichen Industriestaaten, genannt G-7. So sagt beispielsweise Peter Bofinger: „Europas Mangel an politischem Einfluß zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der internationalen Wirtschafts- und

11 Ausschuß zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion, a.a.O., S. 132.

12 Hoffmann / Schröder, a.a.O., S.10.

Währungs koordinierung. Obwohl vier der sieben größten westlichen Industrienationen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sind, läßt deren politische Bedeutung zu wünschen übrig.“¹³

An den sogenannten G-7-Treffen, die übrigens seit 1975 jährlich stattfinden, nehmen die Staats- bzw. Regierungschefs der sieben führenden Industrieländer (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA) teil. Seit 1977 nimmt auch der Präsident der Europäischen Kommission an diesem Gipfeltreffen teil und seit 1993 als Gast auch der Präsident Rußlands. Auf der Tagesordnung stehen neben der Wechselkurs- und Interventionspolitik die Geld- bzw. Zinspolitik und die Finanzpolitik. Im Vordergrund steht hierbei die Lenkung der Kapitalströme in eine für das Wechselkurssystem stabilisierende Richtung, sowie die Kooperation bei krisenhaften Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten.¹⁴ Ferner werden Probleme innerhalb der Weltwirtschaft angesprochen. Seit einiger Zeit sind auch politische Themen Gegenstand der Beratungen.

Wie wird sich nun die WWU auf diese Zusammenarbeit auswirken? Kann sie unter anderem die Macht und die Stellung der Gemeinschaft in diesem Gremium erhöhen? Mit welchen Veränderungen, bezogen auf die hier praktizierte internationale Kooperation, ist zu rechnen? Zunächst einmal läßt sich feststellen, daß durch den Euro ein Währungsgebiet entsteht, welches in der Welt die größte Wirtschaftskraft haben wird. Im Zuge der stufenweisen Verwirklichung der WWU ist außerdem ein einheitlicher Euro-Finanzmarkt entstanden, der hinter dem amerikanischen Markt der zweitgrößte der Welt ist. Diese Entwicklungen werden ohne Frage auch Folgen für die jeweilige Art der Verhandlungen in der G-7 Gruppe haben. Durch die WWU könnte die Gemeinschaft damit ein größeres Gewicht bei Verhandlungen bekommen. Dies dürfte sicherlich auch auf die Zusammenarbeit im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbank zutreffen. Weiterhin wird davon ausgegangen, daß sich höchstwahrscheinlich durch die WWU die Zahl der an der Währungspolitik beteiligten Nationen von sieben auf vier verringern

13 Boyd, Chris: Der Einfluß der Wirtschafts- und Währungsunion auf die Weltwirtschaftslage. In: Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Analysen und Dokumente. Hrsg. v. Peter Bofinger; Wiesbaden 1990, S. 28.

14 Vgl. Thiel, Elke: Die EWWU in den internationalen Währungsbeziehungen. In: Maastricht: Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion? Hrsg. v. Rolf Caesar, Hans-Eckart Scharrer; Bonn 1994, S. 402.

wird.¹⁵ Aus der bisherigen G-7 Gruppe würde dann eine G-4 Gruppe. Die dort vertretenden Staaten wären dann vermutlich die USA, Japan, die EU und Kanada sein, wenn Großbritannien sich bereit erklären würde, mit den Vertretern der Kern-WWU zu kooperieren, bzw. wenn es an dieser sogar teilnehmen würde. Ansonsten hätte man hier mit einer sogenannten G-4 plus zu tun, die aus den USA, Japan, Kanada, Kern-WWU und Großbritannien bestehen würde. Es gibt aber auch die These, daß aus der einstigen G-7 Gruppe in naher Zukunft eine G-3 Gruppe, bestehend aus den USA, Japan und der EU, wird. Diese Meinung oder diese Vermutung ist aber schon recht weitgehend angelegt und impliziert weitere Schritte zwischen den USA und Kanada. Aufgrund der momentanen wirtschaftlichen Stärke Kanadas ist wohl eher mit einer G-4 Konstellation zu rechnen. Ein starker Euro könnte aber gewisse Zwänge hervorrufen, die Kanada wiederum dazu bewegen könnten, sich intensiver mit den USA abzustimmen, so daß die zentralen Kooperationsbeziehungen Formen einer G-3 annehmen könnten. In jedem Fall dürfte aber eine Reduzierung dieses Gremiums zu Vorteilen führen. Hierbei könnte nicht nur der Informationsaustausch erleichtert werden, sondern auch die dort geführten Verhandlungen über die Koordinierung der jeweiligen Politiken insgesamt vereinfacht werden. Aufgrund eines kleineren Teilnehmerkreises könnten notwendige Entscheidungen und Reformen schneller getroffen werden und damit Krisensituationen eher verhindert und ihnen vorgebeugt werden. Hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, daß zwar die an der WWU teilnehmenden Staaten in Fragen der Geldpolitik (diese wird durch den Präsidenten der EZB vertreten) mit einer Stimme sprechen, die Finanzpolitik aber weiterhin in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bleibt. Speziell die Koordinierung der Finanzpolitiken erwies sich in der Vergangenheit als äußerst schwierig. Allzu oft schon liefen in der G-7 die Vorstellungen über den „richtigen“ finanzpolitischen Kurs auseinander.¹⁶ Die Zuständigkeiten bleiben damit insgesamt auch in der WWU geteilt. Wenn man hierbei noch berücksichtigt, daß Großbritannien eventuell von seinem Recht, nicht an der WWU teilzunehmen, Gebrauch machen wird, wäre die Gemeinschaft in der G-7 durch den EZB-Präsidenten, den britischen Notenbankpräsidenten und den jeweiligen Finanzminister von Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien vertreten. Kritiker

15 Vgl. Jacquet, Pierre: Europäische Währungsunion und internationale Währungsbeziehungen. In: Europa auf dem Weg zur Währungsunion. Hrsg. v. Manfred Weber; Darmstadt 1991, S. 305.

16 Vgl. Thiel, a.a.O., S. 403.

behaupten, daß gerade eine solche Situation die Koordinierung hier schwieriger machen wird. Gleichzeitig könnte es zu Konflikten zwischen der EZB und den nationalen Finanzministern kommen, die ebenfalls die Zusammenarbeit in diesem Gremium belasten würden. Hierzu sei jedoch gesagt, daß eine derartige Aufteilung der Zuständigkeiten von jeher in Deutschland und in den Vereinigten Staaten praktiziert wird und seit vielen Jahren hervorragend funktioniert. Weiterhin muß darauf hingewiesen werden, daß zwar die Finanzpolitik in der WWU in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleibt, diese jedoch den im Vertrag über die Europäische Union festgelegten Regeln für die Sicherung der Haushaltsdisziplin unterliegt. Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung auf eine dauerhafte Haushaltsdisziplin gemacht. Von daher gibt es schon so etwas wie einen diesbezüglichen Konsens in der Gemeinschaft. Ferner ist anzunehmen, daß durch einen stabilen Euro und eine erfolgreiche EZB sich der Druck auf die Mitgliedstaaten in diesem Sinne weiter erhöht, nämlich noch intensiver an einer wirklich dauerhaften Konvergenz festzuhalten. Ein stabiler und erfolversprechender Euro könnte auch Großbritannien dazu ermutigen, an der WWU teilzunehmen. Dies zusammen würde wohl der Gemeinschaft die erhoffte Verhandlungsstärke in der G-7 und wahrscheinlich in weiteren internationalen Organisationen (IWF, Weltbank) bringen und letztlich auch zu einer Verringerung dieses Gremiums auf eine G-4 bzw. G-3 beitragen.¹⁷

1.3 Die internationale Währungsordnung im Umbruch

Aufgrund der zu erwartenden internationalen Bedeutung des Euro wäre ebenfalls der Weg zu einer mehrpolaren Währungswelt eingeschlagen. Damit käme es zu einer Neuordnung des internationalen Währungssystems und, wie bereits angedeutet, der bisherigen Währungsbeziehungen.

Viele erwarten in diesem neuen Währungsgefüge eine tripolare Konstellation, bestehend aus Dollar, Euro und Yen. Dieser Meinung ist beispielsweise auch Elke Thiel, wenn sie sagt: „Mit der WWU verstärkt sich die Entwicklung zu einer Tripolarität, in der die Akteure ähnlich große Handlungsspiel-

17 Die kürzliche Ernennung von Horst Köhler zum Chef des IWF ist Ausdruck einer sich abzeichnenden veränderten internationalen Zusammenarbeit und eines gestiegenen Selbstbewußtseins der Europäer, welches zweifelsohne durch die WWU „genährt“ wurde. Die Europäer ließen sich von den Drohungen und Sticheleien der Amerikaner nicht einschüchtern und setzten einen Kandidaten aus ihren Reihen auf den Chef-Posten des IWF.

räume haben.“¹⁸ Die Autoren Michael Emerson und Christopher Huhne teilen ebenfalls diese Einschätzung, wenn sie sagen: „Ein Ergebnis der WWU wird voraussichtlich die Entwicklung einer auf Europa, den Vereinigten Staaten und Japan basierenden echten tripolaren Weltwährungsordnung sein“¹⁹ In der Tat deutet vieles darauf hin. Die Ansicht, daß wir uns auf dem Weg zu einer multipolaren Währungswelt befinden, in der die Dominanz des Dollar nicht mehr ausschließlich gegeben sein wird, ist in der Wissenschaft weit verbreitet und schon seit längerem bekannt. Mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems wurde automatisch der Weg hin zu einer multipolaren Währungswelt eingeschlagen. Den entscheidenden Beitrag zum Niedergang dieses Systems leisteten die Vereinigten Staaten selbst. So betrieb die damalige Nixon-Administration eine Wirtschafts- und Währungspolitik des „benign neglect“, d.h. der wohlwollenden Vernachlässigung.²⁰ Die USA waren hierbei nicht bereit, ihre Zahlungsbilanzdefizite zu begrenzen und den Dollar-Kurs zu stärken. Dies führte unter anderem zu ständigen Wechselkurschwankungen des Dollars, die von den USA ganz bewußt in Kauf genommen wurden. In der Folgezeit wurde die D-Mark dann immer stärker aufgewertet und entwickelte sich zur zweit wichtigsten Reservewährung der Welt. Der rasante und enorme wirtschaftliche Aufstieg Japans brachte eine weitere starke Währung hervor. Diese ist zwar seit einigen Jahren, aufgrund der Asienkrise und fehlgeschlagener Spekulationen inländischer Banken, stärker unter Druck geraten, langfristig muß mit dieser aber wieder deutlicher gerechnet werden. Die nicht vor allzu langer Zeit gestartete Modernisierung des japanischen Bankensystems trägt erste „Früchte“ und spricht somit wieder in der Zukunft für ein Triumvirat. Der Dollar konnte aber allgemein seine Dominanz weitestgehend beibehalten, doch verlor er in den vergangenen Jahren schleichend in einzelnen Funktionsbereichen an Bedeutung. Mit der Einführung des Euro wird endgültig nun der Weg zu einem multipolaren Währungssystem eingeleitet und beschritten. Die Rückkehr zu einem System, in dem eine einzige Währungsmacht die Herrschaft übernimmt, scheint unmöglich.

18 Thiel, a.a.O., S. 412.

19 Emerson, Michael / Huhne, Christopher: Der ECU Report. Die einheitliche europäische Währung und was sie für uns bedeutet. Bonn 1991, S. 115.

20 Vgl. Henning, C. Randall: Europäische Währungsunion und die Vereinigten Staaten. In: Europa auf dem Weg zur Währungsunion. Hrsg. v. Manfred Weber; Darmstadt 1991, S. 321.

Welche Möglichkeiten und Chancen eröffnen sich in diesem neuen System für die EU? Wie schon Elke Thiel zurecht darauf hinwies, gewinnt die EU mit der WWU einen ähnlichen Handlungsspielraum wie die USA und Japan. Durch die WWU entsteht der weltweit größte Wirtschaftsraum und zugleich der zweitgrößte Finanzraum. Der Euro hat zudem, unter Berücksichtigung weiterer Voraussetzungen, das Potential, eine bedeutende internationale Währung zu werden, die vor allem dem Dollar in der Verwendung als Anlage- und Reservewährung Konkurrenz machen dürfte. Gleichzeitig könnte die Gemeinschaftswährung für die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten zu einem wichtigen „Anker“ werden. Doch auch für viele Länder in Asien und Lateinamerika könnte sie zu einer echten Alternative werden. Dadurch würde die EU insgesamt wirtschafts- und währungspolitisch unabhängiger werden, vor allem gegenüber den USA. Die Gemeinschaft würde unempfindlicher werden gegenüber Schocks, die aus Schwankungen des Dollar resultieren. Die dabei anfallenden Kosten würden auf die Gemeinschaft verteilt und gingen nicht mehr zu Lasten einiger weniger Staaten. Dies würde die EU auch dazu befähigen, stärker als bisher ihre eigenen Interessen und Prioritäten zu verfolgen, und zwar losgelöst von der amerikanischen Wirtschafts- und Handelspolitik. Die USA könnten dadurch weniger Druck auf die EU oder einzelne Länder der Gemeinschaft ausüben. In der Vergangenheit setzten die Vereinigten Staaten gerne schon einmal den Dollar als „Waffe“ ein. Hierzu schreibt C. Randall Henning: „In den Jahren 1977 und 1978 unterstützte die Carter-Administration die Abwertung des Dollars und wiegerte sich dann zunächst, die amerikanische Währung zu stützen, als sich ihr Fall beschleunigte. Statt dessen übten die Amerikaner auf Deutschland Druck aus, eine expansivere Finanzpolitik zu betreiben. In den Jahren 1986 und 1987 setzte die US-Administration erneut die >Dollar-Waffe< ein, um zu versuchen, die Überschußländer in Europa, in erster Linie wieder Deutschland, zu einer expansiveren Geld- und Finanzpolitik zu bewegen. Zu Beginn des Jahres 1987 drohte die rapide Dollar-Abwertung einen Keil zwischen die EWS-Währungen zu treiben.“²¹ Eine amerikanische Politik des „benign-neglect“, die den Kurs des Dollar im wesentlichen als ein die anderen Staaten berührendes Problem ansieht, wäre in Zukunft dann nicht mehr gegeben. Dies würde ohne Frage auch das Verhandlungsgewicht der Gemeinschaft in internationalen Organisationen, wie z.B. in der G-7, stärken. Die EU könnte stärker als bisher Einfluß auf die Bedingungen und Aus-

21 Henning, a.a.O., S. 322, 323.

gestaltung der Kooperation gewinnen, da sie Kooperation dann anbieten, aber auch verweigern kann.²² Sie könnte so ihr eigenes wirtschaftspolitisches Koordinierungskonzept gegenüber den USA und Japan entschiedener zur Geltung bringen. Vor allen Dingen die USA würden dadurch abhängiger von der internationalen Kooperation werden. Dies würde auch dazu beitragen, daß die Kräfteverteilung in den trilateralen Beziehungen insgesamt gleichgewichtiger werden.

Mit der neu hinzugewonnenen Unabhängigkeit und Verhandlungsmacht wächst aber auch die Verantwortung für die Gemeinschaft. Wie wird die EU mit dieser neuen Stellung umgehen? Es gibt nicht wenige die darin auch eine Gefahr sehen. So sagt beispielsweise Pierre Jacquet: „Als einheitlicher Währungsblock und damit auch mit dem >Privileg<, eine internationale Währung zu emittieren, könnte Europa versucht sein, eine Haltung des >benign neglect< im Hinblick auf den Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar und dem Yen einzunehmen – eine Haltung, die es sich dann leisten könnte. Warum sollte ein selbstbewußteres Europa in dieser Frage klüger als die Vereinigten Staaten sein.“²³ Die Folgen einer solchen Wirtschafts- und Währungspolitik durch die Gemeinschaft wären zunehmender Protektionismus, aufflackernde Handelskriege und eine weitere Abschottung der Wirtschaftsböcke.²⁴ Der jüngste „Bananenkrieg“ zwischen den USA und der EU spricht für diese Sichtweise. Langfristig ist anzunehmen, wird die Gemeinschaft so klug sein, daß sie nicht die gleichen Fehler begeht wie die USA. Hierfür spricht auch die Unabhängigkeit der EZB, die der Wechselkurs- und Preisniveaustabilität verpflichtet ist. Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde weiterhin der Überzeugung Nachdruck verliehen, daß nur eine dauerhaft gesicherte Stabilität für alle von Nutzen sein kann. Auch das vor kurzem ins Leben gerufene „Stabilitätsforum“, welches auf eine Idee von Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer zurückgeht, spricht hierfür.²⁵ Dennoch wird es in der Zukunft immer wieder zu Situationen kommen, in denen die Gemeinschaft geneigt sein könnte, in amerikanisches Denken zurückzufallen. Hierbei muß innerhalb der Union fallweise entschieden werden, ob

22 Vgl. Thiel, a.a.O., S. 413.

23 Jacquet, a.a.O., S. 309.

24 Vgl. Jochimsen, Reimut: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion im internationalen Kontext. In: Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Hrsg. v. Helga Grebing, Werner Wobbe; Köln 1994, S. 189.

25 Vgl. Herz, Wilfried: Trippelschritte. IWF-Frühlingstagung. Schönheitsreparaturen sollen das Weltfinanzsystem sichern. Die Zeit, (Hamburg) Nr. 18 vom 29. April 1999, S. 36.

man letztlich sich von den USA oder Japan alles gefallen lassen will, wenn dadurch der eigene Wohlstand in Gefahr gerät. Schließlich sind die beiden anderen Hauptakteure ebenso zu einer dauerhaften stabilen Weltwährungsordnung verpflichtet. Vielleicht erzwingt ja gerade der gelegentliche Druck, der in absehbarer Zeit von der Gemeinschaft ausgehen wird, die übrigen Partner ebenfalls zu einer derartigen Denkweise. Die globale Verantwortung darf und wird hoffentlich auch nicht innerhalb der Gemeinschaft darüber vergessen werden. Die notwendigen „Anlagen“ dazu sind in der Union schon vorhanden. Sie müssen in Zukunft nur noch besser und noch effizienter gegenseitig abgestimmt werden.

2 Die WWU als internationales Modell?

Am Schluß dieses Kapitels soll der Frage nachgegangen werden, ob die WWU zu einem international anerkannten Modell avancieren kann, welches zur Stabilität des Weltwährungssystems beiträgt und vielleicht sogar zur Nachahmung anregt?

Die Beantwortung dieser Frage ist teilweise schon vorher angeklungen. Sehr viel wird hierbei vom Euro abhängen, auf den die internationale Staatengemeinschaft gespannt schaut und dessen Stellung und Rolle entscheidend sein wird. Seit einiger Zeit aber schon ist die Gemeinschaftswährung Schwankungen ausgesetzt, die zu Werteinbußen gegenüber dem Dollar geführt haben. Dies läßt sich augenblicklich damit entschuldigen, daß es sich um eine noch junge Währung handelt, die ihren Kurs erst finden muß. Langfristig wird es für den Euro aber darauf ankommen, daß er international Vertrauen schafft. Dieses muß man sich verdienen. Ein wichtiger Schlüssel dazu ist Stabilität. Die notwendigen Anlagen sind größtenteils in der WWU schon vorhanden. So verfügt die Gemeinschaft über eine unabhängige Zentralbank, die sich der Stabilität verpflichtet hat. Mit der Verabschiedung verbindlicher Regeln zur Sicherung der Haushaltsdisziplin und der anschließenden Einführung eines Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurden weitere wichtige Schritte dahingehend gemacht. Doch der vor nicht allzu langer Zeit beschlossene gemeinsame Pakt ist, wie bereits an anderer Stelle angesprochen, nicht frei von Kritik. Daher gilt es weiterhin an einer dauerhaften Konvergenz zu arbeiten. Es muß an dieser Stelle aber auch gesagt werden, daß der Euro im Innenraum schon eine beachtliche Stabilität aufweist. Dies beweist die derzeit noch immer sehr niedrige Preissteigerungsrate. Dennoch gibt es hier, wie zuvor angesprochen, noch Verbesserungsmöglichkeiten. Zusätzlich wäre

es hilfreich, wenn die größte und stärkste Volkswirtschaft in der Gemeinschaft (Deutschland) die dringend notwendigen Reformen (Steuerreform, Rentenreform etc.) endlich auf den Weg bringen würde. Die ins Wanken geratene Gemeinschaftswährung ist nämlich auch das Produkt einer gewissen Schwerfälligkeit²⁶, mit der in Deutschland Reformen in Angriff genommen und umgesetzt werden. Diese schadet der Konjunktur in Euro-Land und vergrault Investoren und Devisenhändler²⁷. Wenn jedoch die zuvor beschriebenen Maßnahmen und Reformen weiter verfolgt bzw. umgesetzt werden, kann der Euro zu einer beachtlichen internationalen Währung werden, die als Zahlungsmittel, als Anlage- und Wertaufbewahrungsmittel und als „Anker“ genutzt werden wird. Damit wäre endgültig auch der Weg zu einer multipolaren Weltwährungsordnung eingeleitet.

In dieser könnte die Kooperation einfacher und unkomplizierter werden, da es unter anderem weniger Währungen gibt, letztlich aber auch gerechter und „symmetrischer“, weil es nicht mehr wie früher eine einzige Währungsmacht (die USA) geben wird, die ihre Wirtschafts- und Währungspolitik den anderen aufzwingen kann. Die WWU würde darüber hinaus auch zur Festigung und Stabilität dieses Systems beitragen. Durch die neu entstandene Konkurrenz könnten die Hauptakteure ihr außenwirtschaftliches Gleichgewicht nicht mehr vernachlässigen. Der Kapitalstrom aus dem Ausland, der in den 80er Jahren relativ reibungslos das amerikanische Defizit in der Leistungsbilanz und im Bundeshaushalt finanziert hat, könnte stockender werden, wenn auf dem einheitlichen europäischen Finanzmarkt ähnlich gute Anlagemöglichkeiten entstehen wie auf dem amerikanischen Markt.²⁸ Für die USA würde sich dadurch der Druck erhöhen, mit dem Abbau des Budgetdefizits voranzukommen und hierfür auch dauerhaft zu sorgen. Dies würde außerdem zu einer Stabilisierung des Dollarwechsellurses beitragen und damit zu weniger weltweiten volkswirtschaftlichen Kosten führen.

26 Man muß sich in diesem Zusammenhang nur die endlosen Diskussionen und Debatten im sogenannten „Bündnis für Arbeit“ vor Augen führen.

27 Der Devisenhandel hat mittlerweile Formen und Ausmaße angenommen, die zu Sorge Anlaß geben. Man erinnere sich hierbei nur an George Soros Angriff auf das englische Pfund und die Asienkrise. Aufgrund des mittlerweile starken spekulativen Charakters bei derartigen Geschäften ist es heutzutage immer schwieriger, eine stabile internationale Währung zu generieren. Deshalb besteht meiner Meinung nach ein dringender internationaler Handlungsbedarf auf diesem Gebiet. Dabei geht es darum, verbindliche Regeln zu schaffen. Bis dahin gilt es, die dortigen Gegeben- und Gepflogenheiten zu berücksichtigen.

28 Thiel, a.a.O., S. 413.

Derartige Entwicklungen könnten aber auch andere Staaten dazu veranlassen, ähnliche Vereinbarungen im Wirtschafts- und Währungsbereich einzugehen. Schon jetzt gibt es Anzeichen hierfür. Die 1992 unterzeichnete Vereinbarung zwischen den USA, Kanada und Mexiko über eine Freihandelszone in Nordamerika NAFTA (North American Free Trade Agreement) geht in diese Richtung. Mit der NAFTA, die am 01.01. 1994 in Kraft trat, sind die drei Staaten auf dem Wege zu einem beachtlichen Freihandelsraum.²⁹ Parallel hierzu schreiten auch weniger bekannte Zusammenschlüsse, wie der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt MCCA und der Gemeinsame Markt in Südamerika MERCOSUR, weiter voran. Auch im asiatisch-pazifischen Raum gibt es erste Kooperationen, wie z.B. die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftskooperation APEC und die Freihandelszone der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN (AFTA). Eine erfolgreiche WWU würde ohne Frage eine solche Entwicklung weiter fördern bzw. die bestehenden Kooperationen weiter voranschreiten lassen. Damit käme es zu einer noch intensiveren Blockbildung. Dies könnte der Weg zu einem für alle Beteiligten besseren globalen Management der Wirtschaftsabläufe sein und letztlich zu einer gemeinsamen Währung zwischen den verschiedenen Blöcken führen. Solche Erwartungen und Hoffnungen hat auch Pierre Jacquet, wenn er sagt: „In der Tat könnte man von der Europäischen Währungsunion erwarten, daß sie den bereits in Gang befindlichen Prozeß weg von der Hegemonie hin zu einem multipolaren Management der Weltwirtschaft beschleunigt und den Lernprozeß effektiver werden läßt, an dessen Ende das gemeinsame Management der wirtschaftlichen Verflechtungen steht. Im Laufe der Zeit würde dann der Prozeß der europäischen Integration vielleicht ein wichtiges Modell für die ökonomischen Beziehungen zwischen den großen Wirtschaftsregionen: Freizügigkeit im Handel, Anreize, mit der monetären Integration fortzufahren, Stabilisierung der Wechselkurse und schließlich eine gemeinsame Währung zwischen den drei Industrieblöcken.“³⁰ Dies könnte der Weg zu einer besseren und effektiveren internationalen Zusammenarbeit sein und vielleicht auch ein „Brückenschlag“ hin zu einer intensiveren und engeren politischen Kooperation. Auf dem Weg dorthin darf die Gemeinschaft aber nicht die gleichen Fehler begehen wie einst die USA. Eine amerikanische Politik des „benign neglect“ wäre für den zuvor skizzierten Prozeß kontraproduktiv. Dadurch käme es vermutlich zu einer aggressiven Blockbildung, die eine

29 Vgl. Jochimsen, a.a.O., S. 182.

30 Jacquet, a.a.O., S. 314.

immer weitere Abschottung der Blöcke bewirken würde. Ein gemeinsames Herangehen an internationale Probleme gäbe es dann nicht mehr. Die im Rahmen der WWU geschaffenen und initiierten Elemente und Regeln (EZB, Regeln zur Haushaltsdisziplin, Stabilität- und Wachstumspakt, Stabilitätsforum) sprechen aber nicht für eine derartige negative Entwicklung.

Eine erfolgreiche WWU wird voraussichtlich nach und nach weitere Staaten anziehen. Dies ist eine mögliche Entwicklung, über die die anderen beiden Blöcke, wenn sie denn entstehen, nachdenken müßten. Ein starker Euro könnte nicht nur zu einem wichtigen Anker für die Staaten im EWS II, sondern darüber hinaus für die übriggebliebenen EFTA-Staaten werden, weiterhin für einige osteuropäische Länder, die bereits heftig an die „Tür Europas klopfen“, und mit denen bereits diverse Wechselkursarrangements getroffen wurden. Gleiches wird bei den frankophonen Ländern in West- und Zentralafrika erwartet, dessen gemeinsame Währung (CFA-Franc) schon seit geraumer Zeit durch einen festen Wechselkurs an den französischen Franc gekoppelt ist. Auch die ehemalige portugiesische Kolonie Cabo Verde wird über kurz oder lang Portugal dazu bewegen, daß seine Währung an den Euro gebunden werden muß. Die Ankopplung der Währungen dieser Länder, vor allem der zuletzt genannten, schafft aber auch Probleme für die Union. Dadurch entsteht ein enormer Druck auf die EU und die EZB, der sogar von einigen Mitgliedstaaten (Frankreich, Portugal) womöglich forciert würde. Die Union darf diesem Druck nicht erliegen. Bei einer überaus erfolgreichen WWU ist davon auszugehen, daß mit der Zeit noch weitere Länder an den Euro gekoppelt bzw. in die Gemeinschaft integriert werden wollen. Die EU darf, meiner Meinung nach, sich von dieser Dynamik nicht kopflos mitreißen lassen. Sie muß allein verantwortlich, auf der Grundlage gemeinsam getroffener Vereinbarungen, über eine Ankopplung oder eine Aufnahme in die WWU entscheiden. Dabei sollte sie sich Zeit lassen und zunächst für einen stabilen und erfolgreichen Euro sorgen, gleichzeitig aber auch die notwendigen internen Reformen, die Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Staaten sind, vollenden. Erst danach sollte sie sachlich über diese anstehenden Fragen entscheiden und in Bezug auf die WWU die gleichen Konvergenzkriterien anwenden, die die jetzigen Mitgliedstaaten auch erfüllen mußten.

Für die Union gibt es damit noch einiges zu tun. Wenn die zuvor genannten Voraussetzungen und Bedingungen erfüllt werden, kann die WWU zu einem erfolgreichen internationalen Modell werden und auf diese Weise zu einer stabileren und gerechteren Weltwährungsordnung beitragen. Gleichzeitig

könnte die internationale Zusammenarbeit insgesamt effektiver und intensiver gestalten werden, und damit könnte ein größerer Wohlstand und mehr Frieden für viele Länder auf dieser Welt erreicht werden. Doch bis dahin wird noch eine ganze Zeit vergehen.

VII. Schlußbetrachtung

In dieser Arbeit ging es um die Bedeutung der WWU für die EU unter politischer und internationaler Berücksichtigung. In diesem Zusammenhang wurde, neben einer zunächst allgemein theoretischen und historischen Herleitung des Themas, schwerpunktmäßig versucht die Verbindungen und Wirkungen der WWU, bezogen auf den politischen Integrationsprozess der EU, darzustellen. In einem weiteren Schritt wurden dann die möglichen Auswirkungen der WWU außerhalb der EU gezeigt. Ziel dieser Arbeit war es, den „berühmten Blick über den Tellerrand“ hinaus zu schaffen und dadurch darauf aufmerksam zu machen, daß weitaus mehr hinter diesem gewaltigen europäischen Projekt steckt, als in den Medien häufig dargestellt wird.

Dies wurde auch schon im ersten Kapitel dieser Arbeit deutlich. Zunächst wurde hier erläutert, was sich hinter dem Begriff Wirtschafts- und Währungsunion verbirgt. Die WWU läßt sich hierbei ganz allgemein als ein Binnenmarkt mit freiem Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, unwiderruflich fixierten Wechselkursen und einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik begreifen. Speziell die zwischen den Teilnehmerstaaten herrschende gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik nahm im weiteren Verlauf eine besondere Stellung ein. Im Zuge der Errichtung und Gestaltung einer WWU muß eine Vielzahl von Fragen im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik geklärt werden. Dabei geht es um die Übertragung ureigener nationaler Hoheitsrechte auf die Gemeinschaftsebene. Die Entscheidung hierüber kann nicht mehr alleine auf der ökonomischen Ebene stattfinden, sondern bedarf elementarer politischer Grundsatzentscheidungen auf Seiten der Mitgliedstaaten. Die Politik nimmt dadurch insgesamt eine entscheidende und zugleich schicksalhafte Rolle im Gestaltungsprozeß ein. Sie bestimmt Ausmaß und Gestalt der WWU. Doch unabhängig von den politischen Entscheidungen führt die Errichtung einer WWU zu tiefgreifenden politischen Konsequenzen für die Nationalstaaten. Daher stellt eine WWU auch letztlich keinen ökonomischen, sondern einen politischen Akt dar.

Nicht nur in theoretischer Hinsicht, sondern auch aus historischer Sicht ist die WWU bedeutsam. Die WWU blickt hierbei auf eine langjährige Geschichte zurück. Die wichtigsten Stationen auf dem Weg zur WWU waren

der Werner-Plan, die Währungsschlange, das Europäische Währungssystem (EWS), der Delors-Bericht und der Vertrag von Maastricht, in dem die WWU fest verankert wurde und ein Kernelement darstellt. Bei der anschließenden Darstellung der im Vertrag von Maastricht festgelegten Stufen zur WWU sollte auf bereits Erreichtes zurückgeblickt und auf noch Bevorstehendes hingewiesen werden, um so einen Überblick zu gewährleisten. Dabei fand auch eine intensive Auseinandersetzung mit den für die WWU relevanten Artikeln statt. Es wurde hierbei deutlich, daß die Währungspolitik in den einzelnen Stufen allmählich vergemeinschaftet wurde, während die Wirtschaftspolitik weitestgehend in den Händen der Mitgliedstaaten blieb. Sie wird seitdem aber als „Angelegenheit von gemeinsamem Interesse“ betrachtet und mit Hilfe von verbindlichen Haushaltsvorschriften und weiteren „Instrumenten“ koordiniert. Diese Tatsache spielte später in dieser Arbeit noch eine wichtige Rolle.

Im vierten Kapitel dieser Arbeit ging es dann um die Gründe und Motive für die WWU. Dabei zeigte sich, daß diese sehr stark auf politischen Motiven basiert. Die Idee von der Schaffung einer WWU und die unternommenen Versuche zur Umsetzung dieser halfen häufig über Stillstände im europäischen Integrationsprozeß hinweg und trieben diesen auf wirtschaftlichem Gebiet weiter voran. Frankreich verfolgte dabei das Projekt WWU immer unter der Absicht, Deutschland in eine europäische Einheit einzubinden, um eine übermächtige Hegemonialstellung Deutschlands zu vermeiden, und so die Gefahr eines erneuten Krieges zu beseitigen. Deutschland wiederum sah in der WWU ebenfalls die Chance einer dauerhaft friedlichen Einbindung in die europäische Staatengemeinschaft, um so der Gefahr einer erneuten Isolation zu entgehen. Diese Motive waren auch für das schnelle Zustandekommen des Maastrichter Vertrages und der dortigen Verankerung der WWU verantwortlich. Hintergrund hierfür war die sich abzeichnende deutsche Wiedervereinigung. Sowohl Frankreich, als auch Deutschland lag daran ein wiedervereinigtes Deutschland möglichst schnell einzubinden. Es gab aber auch noch weitere politische Motive zur WWU. So wurde die WWU auch häufig in Verbindung zum politischen Integrationsprozeß gebracht. Dieses Motiv ist vor allem in jüngster Zeit wieder stärker in den Vordergrund getreten. Gleichzeitig spielte auch eine gewisse politische Abhängigkeit von den USA eine Rolle. Zudem verfolgte der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt die WWU unter dem Ziel, stärker auf der internationalen Bühne präsent zu sein. Natürlich sprachen auch ökonomische Gründe für die WWU. Deshalb wurden am Schluß dieses Kapitels noch einmal die wichtig-

sten ökonomischen Beweggründe genannt. So berücksichtigt die WWU die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung in- und außerhalb Europas, beseitigt das Wechselkursrisiko zwischen den Teilnehmerstaaten, vollendet den gemeinsamen Binnenmarkt und erhöht Europas Gewicht in der Weltwirtschaft.

Das fünfte Kapitel beschäftigte sich dann mit der politischen Dimension der WWU. Im Vordergrund stand hierbei das Verhältnis zwischen WWU und Politischer Union. Hierfür mußte zunächst aber die Einstellung der Bürger zur EU untersucht werden, da diese für die Zukunft Europas und den weiteren politischen Integrationsprozeß mitentscheidend ist. Bei der Analyse der entsprechenden Eurobarometer-Umfragen zeigte sich, daß diese im Frühjahr 1998 zwar mehrheitlich die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU und den Euro befürworten, dabei aber eher nutzenorientierten Motiven folgen und somit keiner wirklichen „inneren oder tiefen“ Überzeugung. Dies ist auch der Grund, weshalb sich ein europäisches Bewußtsein bisher nur in ganz „zarten“ Ansätzen herausbildete. Diese Ergebnisse waren prägnant für das Verhältnis zwischen WWU und Politischer Union und spiegelten dieses schon indirekt wieder. So gibt es bis heute auf Seiten der Gemeinschaft keine eindeutige und direkte Erklärung zu dem Begriff Politische Union. In den Verträgen von Maastricht und Amsterdam wird aber eine Europäische Union entworfen. Es bleibt jedoch hierbei offen, wie diese Union in ihrer politischen Vollendung aussehen soll. Während einzelne Politiken (z.B. die Währungspolitik) auf die Gemeinschaftsebene übertragen wurden, blieben andere (Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Außen- und Sicherheitspolitik) weitestgehend in den Händen der Mitgliedstaaten. Dadurch bleibt der Begriff Politische Union weiter offen und vieldeutig. Kritiker beider Verträge weisen in diesem Zusammenhang auf Gefahren für die künftige WWU hin. Durch die in Maastricht und Amsterdam nicht beseitigte Asymmetrie zwischen WWU und Politischer Union komme es unter anderem zu großen inneren Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten. Diese Denkweise ist indes nicht neu und war schon Bestandteil der sogenannten Krönungstheorie, die in den 70er Jahren von den Ökonomen vertreten wurde. Nach dieser Theorie benötigt eine Währungsunion ein ausreichendes politisches Fundament. Der Theorie zufolge sollte daher die Währungsunion erst am Ende des Integrationsprozesses (als Krönung) stehen. Eine ähnliche Sichtweise vertritt die Parallelitätstheorie, die eine direkte sachliche und zeitliche Parallelität zwischen beiden postuliert. Als Beweismittel der Theorien bzw. Untermauerung der Kritik werden in der Regel historische Erfahrungen angeführt, nach denen Wäh-

rungsunionen ohne Politische Union in der Vergangenheit nicht überlebt haben. Diese historischen Währungsunionen scheiterten aber häufig an internen Konstruktionsfehlern und weniger an der Tatsache, daß die dortigen Teilnehmerstaaten souverän blieben. Zudem handelt es sich bei den in Maastricht getroffenen Beschlüssen um eine Wirtschafts- und Währungsunion, die im Gegensatz zu ihren historischen Vorläufern viel umfangreicher und weitgehender angelegt ist. Dadurch bedingt ist ein Vergleich bzw. Verweis nur schwer möglich. Dennoch lassen sich meiner Meinung nach Lehren aus den historischen Währungsunionen für die künftige WWU ziehen. So waren die historischen Vorgänger um so stabiler, je mehr auf eine ökonomische Konvergenz geachtet wurde. Ferner zeigte die Geschichte, daß Währungsunionen sehr schnell auseinanderbrechen können, wenn es zum Krieg unter den Mitgliedern kommt. In dieser Hinsicht wäre es in Zukunft wichtig, noch stärker an einer dauerhaft stabilitätspolitischen Konvergenz und an einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik festzuhalten. Gleiches gilt, meiner Meinung nach, auch für den Umweltschutz. Innerhalb der Diskussion um das Verhältnis zwischen WWU und Politischer Union gibt eine zweite Denkschule, die sich speziell von der Währungsunion und der Gemeinschaftswährung eine Katalysatorfunktion in Richtung auf eine Politische Union erhofft. Gemäß der monetaristischen „Grundsteintheorie“ leistet nämlich die Währungsunion mit der Einheitswährung zusammen Schrittmacherdienste für die europäische Einigung, und zwar unter anderem durch einen von der Währungsunion ausgehenden Anpassungsdruck, der dann auch zu Integrationsfortschritten im politischen Bereich führt. Auch dies läßt sich anhand vergangener Währungsunionen nicht beweisen. Die Betrachtung der Motive für die WWU zeigte aber, daß sie vorwiegend politischen Zwecken dient. Die WWU könnte demnach durchaus indirekt den weiteren politischen Integrationsprozeß fördern. Viele erwarten hierbei eine identitätsstiftende Wirkung vom Euro. Der Euro repräsentiert aber nur ein Element einer kollektiven Identität. An weiteren Elementen (z.B. einheitliches Staatsgebiet, gemeinsame Sprache usw.) mangelt es der Union. Von daher kann man vom Euro auch nicht erwarten, daß er alleine schon zu einer europäischen Identität führt. Er kann aber dennoch zu einem europäischen Bewußtsein beitragen. Dies wird aber nur gelingen, wenn er zu einer langfristig stabilen Währung wird, die den Bürgern dieser Union einen direkt erfahrbaren Nutzen bringt. Dies könnte die Gemeinschaft auch indirekt dazu veranlassen, in anderen Politikfeldern intensiver zusammen zuarbeiten. Ein zentralistischer Einheitsstaat, in dem die Nationalstaaten zu bloßen Statisten degenerieren,

wird dabei aber am Ende nicht herauskommen. Vereinigte Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA werden in absehbarer Zeit somit nicht entstehen. Generell sollte aber bei dieser Diskussion nicht vergessen werden, daß die Politische Union in einigen Bereichen schon existiert. Die WWU ist nämlich eine wichtige Komponente der EU, und damit, ganz im Sinne der tindemannsschen Tradition, zugleich auch ein Element der Politischen Union.

Bei der abschließenden Betrachtung der internationalen Bedeutung der WWU wurde zunächst auf die Auswirkungen der WWU auf die internationale Zusammenarbeit eingegangen. Es zeigte sich hierbei, daß der Euro zu einer anerkannten und wichtigen internationalen Währung avancieren kann. Allerdings wird er den Dollar vorerst nicht aus seiner Spitzenposition verdrängen. Speziell als Anlagewährung könnte der Euro dem Dollar aber Konkurrenz machen. Ferner könnte der Euro über das EWS II hinaus zu einem wichtigen Anker für eine ganze Reihe von Ländern werden. Sehr viel wird hierbei von seiner Stabilität abhängen, denn nur eine stabile Währung schafft Vertrauen. Die EZB ist zusammen mit den Mitgliedstaaten aufgefordert, langfristig hierfür zu sorgen. Ein starker und erfolgreicher Euro brächte der Gemeinschaft zusätzliche Vorteile. Er könnte die bisher praktizierte Kooperation in der G-7 verändern. Mit einer bedeutenden europäischen Währung im Rücken könnte die Gemeinschaft mehr Verhandlungsmacht erhalten. Dies dürfte sicherlich auch im IWF und in der Weltbank so sein. Darüber hinaus könnte die bisherige G-7 zu einer G-4 (USA, Japan, die EU und Kanada) „zusammenschmelzen“. Für Kanada würde hierbei der Druck größer werden, sich intensiver mit den USA abzustimmen, so daß die zentralen Kooperationsbeziehungen sogar Formen einer G-3 annehmen könnten. Eine Reduzierung dieses Gremiums würde in jedem Fall den Informationsaustausch erleichtern und die Koordinierung der jeweiligen Politiken vereinfachen. Auf diese Weise könnten notwendige Entscheidungen und Reformen schneller getroffen werden, und damit könnte Krisensituationen frühzeitig begegnet werden. Alles in allem befände die internationale Währungsordnung sich damit endgültig auf dem Weg zu einem mehrpolaren System, in dem die Dominanz des Dollar nicht mehr ausschließlich gegeben sein würde und zugunsten von Euro und Yen geteilt werden müßte. In diesem neuen System würde die EU einen ähnlichen Handlungsspielraum gewinnen, wie die USA und Japan. Sie würde unabhängiger und unempfindlicher werden gegenüber den Politiken und Währungen der beiden anderen Hauptakteure. Speziell die Währungsbeziehungen zwischen den USA und der EU, die in

der Vergangenheit einseitig zugunsten der Vereinigten Staaten verliefen, könnten damit eine ganz neue Qualität bekommen. Mit der neu hinzugewonnenen Unabhängigkeit und Verhandlungsmacht wächst aber auch die Verantwortung für die Gemeinschaft. Eine auf europäischer Seite betriebene Politik des „benign neglect“, so wie sie von den USA in der Vergangenheit häufig eingesetzt wurde, könnte zu großen Schäden für das gesamte System und zu Lasten aller Beteiligten führen. Die im Rahmen der WWU getroffenen Regelungen und geschaffenen Institutionen basieren aber auf dem Grundgedanken der Stabilität und bieten damit wenig Spielraum für eine derartige aggressive Politik. In der Zukunft wird es aber wichtig sein, daß die Gemeinschaft weiterhin konsequent und dauerhaft an dieser Stabilität festhält. Die WWU könnte dann zu einem wichtigen internationalen Modell werden, welches zur Stabilisierung des Weltwährungssystems beiträgt und darüber hinaus Veranlassung und „Raum“ zur Nachahmung bietet. Eine erfolgreiche WWU wird nach und nach aber auch selber weitere Staaten anziehen. Die EU darf sich meiner Meinung nach von dieser Dynamik nicht kopflos mitreißen lassen. Sie muß stattdessen allein verantwortlich, auf der Grundlage gemeinsam getroffener Vereinbarungen, über eine Ankopplung oder eine Aufnahme in die WWU behutsam entscheiden. Nur so ist für alle Beteiligten ein Nutzen gegeben. Letztendlich könnte dieser Prozeß aber der Weg zu einer gemeinsamen Währung auf dieser Welt sein. Dies wäre zugleich ein wichtiger Schritt hin zu einem globalen Management der einzelnen Politiken, und damit zu mehr Wohlstand und Frieden für viele Länder auf dieser Welt. Doch bis dahin wird noch viel Zeit vergehen.

Literaturverzeichnis

- AKTIONSGEMEINSCHAFT EURO: Euro – Unser Geld fürs nächste Jahrhundert. 3. Auflage. Köln: Omnia Verlag GmbH 1998.
- AUSSCHUß ZUR PRÜFUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION: Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft. In: Bofinger, Peter (Hrsg.): Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Analysen und Dokumente. Wiesbaden: Gabler Verlag 1990, S. 121-127.
- BECKER, Werner / GADDUN, Eckard: Europäisches Währungssystem. In: Wiedenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z. 6. Aufl., Bonn: Europa Union Verlag 1997, S. 193-197.
- BELLERS, Jürgen: Integrationstheorien. In: Nohlen, Dieter / Wichard, Woyke (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik 3. Europäische Gemeinschaft. Problemfelder-Institutionen-Politik. München: Piper 1984, S. 354-362.
- BOFINGER, Peter: Der Euro vor der Einführung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, (1997) 47, S. 11-20.
- BORRIES, Reimer / GLOMB, Wolfgang: Beck-Ratgeber. Euro-Währung-Fakten, Dokumente, Hintergründe. München: C.H. Beck Verlag 1997.
- BOYD, Chris: Der Einfluß der Wirtschafts- und Währungsunion auf die Weltwirtschaftslage. In: Bofinger, Peter (Hrsg.): Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Analysen und Dokumente. Wiesbaden: Gabler Verlag 1990, S. 27-29.
- BUCHANAN, James: Möglichkeiten für eine europäische Verfassung. Eine amerikanische Sicht. In: Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 42 (1991), S. 127-137.
- BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.): Der Euro stark wie die Mark. Bonn 1997.
- BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.): Argumentationskatalog. Der Euro stark wie die Mark. Bonn 1997.

- BUNDESVERBAND ÖFFENTLICHER BANKEN DEUTSCHLANDS (Hrsg.): Auf dem Weg zur EWWU. 8. Aufl., Bonn 1998.
- COLLIGNON, Stefan / MUNDSCHEK, Susanne: Die internationale Bedeutung der Währungsunion. In: *Integration*, 21 (1998) 2, S. 77-85.
- CZADA, Peter / RENNER, Günter: Euro und Cent. Europäische Integration und Währungsunion. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1997.
- DEUTSCHE BUNDESBANK: Stellungnahme der Deutschen Bundesbank zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. In: *Informationsbrief zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion*, Nr. 11 (1998), S. 5-10.
- DEUTSCHE BANK RESEARCH (Hrsg.): Europas Geld für morgen. Frankfurt am Main 1998.
- DIE WOCHE: 75 Fragen zum Euro. Hamburg 1998.
- DRESDNER BANK (Hrsg.): Countdown zu Europäischen Währungsunion. Frankfurt am Main 1998.
- EMERSON, Michael / HUHNE, Christopher: Der ECU Report. Die einheitliche europäische Währung und was sie für uns bedeutet. Bonn: *Economia Verlag* 1991.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION: Wirtschafts- und Währungsunion. 1. Der Weg zur WWU. 2. Das Szenario für den Übergang zur einheitlichen Währung. Brüssel u.a.: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 1996.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION: Euro 1999. Bericht über den Konvergenzstand mit Empfehlung für den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 1998.
- FONTAINE, Pascal: Europa in 10 Lektionen. 3. Aufl., Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 1998.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG: Die EG-Währungsunion führt zur Zerreißprobe. Sechzig deutsche Ökonomen gegen die Maastricht-Beschlüsse. Frankfurt am Main am 11. Juni 1992.
- FRTZLER, Marc / UNSER, Günther: Die Europäische Union. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1998.

- GIERING, Claus: Vertrag von Amsterdam. In: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z. 6. Aufl., Bonn: Europa Union Verlag 1997, S. 326-333.
- GROS, Daniel: Podiumsdiskussion. Braucht die Europäische Währungsunion die politische Integration Europas? In: Währungsunion und politische Integration. Historische Erfahrungen und europäische Perspektiven. 9. Wissenschaftliches Kolloquium. Frankfurt am Main: Knapp Verlag 1996.
- GÜNTHER, Dirk: Die Beschlüsse von Maastricht zum Vertrag über die Europäische Union. In: Caesar, Rolf / Scharrer, Hans-Eckart (Hrsg.): Maastricht. Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion? Bonn: Europa Union Verlag 1994, S. 41-55.
- GUMPP, Georg / HÖCHSTÄDTER, Stefan / KOCH, Holger: Der Euro-Dollar. Was wird aus unserem Geld in Europa? Augsburg: Mette Verlag 1990.
- HANKE, Thomas / WALTER, Norbert: Der Euro. Kurs auf die Zukunft. Die Konsequenzen der Währungsunion für Unternehmen und Anleger. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1997.
- HANKEL, Wilhelm u.a.: Die Euro-Klage. Warum die Währungsunion scheitern muß. Reinbek: Rowohlt Verlag 1998.
- HANSON, James: Britannien braucht den Euro nicht. Die Zeit, (Hamburg) Nr. 5 vom 28. Januar 1999. S. 9.
- HARBRECHT, Wolfgang: Europa auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion. Theoretische und politische Probleme der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft. Bern u.a.: Paul Haupt Verlag 1981.
- HASSE, Rolf H. / HEPPELE, Bastian: Kosten und Nutzen einer Europäischen Währungsunion. In: Caesar, Rolf / Scharrer, Hans-Eckart (Hrsg.): Maastricht. Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion? Bonn: Europa Union Verlag 1994, S. 165-193.
- HENNES, Michael: Europas Zukunft. Währungsunion statt Politischer Union. In: Außenpolitik, 48. Jg. (1997) 1, S. 11-21.
- HENNING, C. Randall: Europäische Währungsunion und die Vereinigten Staaten. In: Weber, Manfred (Hrsg.): Europa auf dem Weg zur Währungsunion. Darmstadt: Wissentschaftl. Buchgesellschaft Darmstadt 1991, S. 317-339.

- HERZ, Wilfried: Trippelschritte. IWF-Frühlingstagung: Schönheitsreparaturen sollen das Weltfinanzsystem sichern. *Die Zeit*, (Hamburg) Nr. 18 vom 29. April 1999, S. 36.
- HICKEL, Rudolf: Standort-Wahn und Euro-Angst. Die 7 Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik. Reinbek: Rowohlt Verlag 1998.
- HIRSCHBURGER, Ute / ZAHORKA, Hans-Jürgen: Der Euro. So reagieren Unternehmen und Verbraucher auf die Europäische Währungsunion. Stuttgart: Deutscher Sparkassen Verlag 1996.
- HOFFMANN, Ralf / SCHRÖDER, Ulrich: Der Euro. Eine Herausforderung für den Dollar? In: *EWU-Monitor*, (1997) 33, S. 3-12.
- HOYER, Werner: Die Perspektiven Europas oder erzwingt der Euro die Politische Union. In: Jörges, Hans-Ulrich (Hrsg.): *Der Kampf um den Euro. Wie riskant ist die Währungsunion*. Hamburg: Hoffmann & Campe 1998, S. 173-181.
- HRBEK, Rudolf (Hrsg.): *Die Entwicklung der EG zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion unter der Sonde der Wissenschaft*. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1993.
- IMMERFALL, Stefan / SOBISCH, Andreas: Europäische Integration und europäische Identität. Die Europäische Union im Bewußtsein ihrer Bürger. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. (1997) 10, S. 25-37.
- ISSING, Otmar: Disziplinierung der Finanzpolitik in der Europäischen Währungsunion? In: Duwendag, Dieter / Siebke, Jürgen (Hrsg.): *Europa vor dem Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion*. Berlin: Duncker & Humblot 1993, S.181-193.
- ISSING, Otmar: *Von der D-Mark zum Euro*. Tübingen: Mohr Siebek 1998.
- JACQUET, Pierre: Europäische Währungsunion und internationale Währungsbeziehungen. In: Weber, Manfred (Hrsg.): *Europa auf dem Weg zur Währungsunion*. Darmstadt: Wissentschaftl. Buchgesellschaft Darmstadt 1991, S. 299-315.
- JOCHIMSEN, Reimut: Theoretische Aspekte einer Wirtschafts- und Währungsunion im Zuge der europäischen Integration. In: Grebing, Helga / Wobbe, Werner (Hrsg.): *Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion*. Köln: Bund Verlag 1994, S. 51-65.
- JOCHIMSEN, Reimut: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion im internationalen Kontext. In: Grebing, Helga / Wobbe, Werner (Hrsg.):

- Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Köln: Bund Verlag 1994, S. 174-191.
- JUNG, Christian: Vertrag von Maastricht. In Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z. 6. Aufl., Bonn: Europa Union Verlag 1997, S. 334-339.
- JUNGBLUT, Michael: Wenn der Euro rollt. Was bringt die Währungsunion für Arbeitnehmer, Sparer, Verbraucher und Unternehmer. Wien: C. Ueberreuter Verlag 1996.
- JURKA, Karl: Maastricht-Europa. Währungsunion, Wirtschaftsunion, Politische Union, Europäische Union. Seit 1. November 1993 ist der Vertrag von Maastricht in Kraft. Wien: hpt Verlagsgesellschaft 1993.
- KOHLER, Beate / SCHLAEGER, Gert: Wirtschafts- und Währungsunion für Europa. Bonn: Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung 1971.
- KOHLER, Beate: EG-Erweiterung. In: Nohlen, Dieter / Woyke, Wichard (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik 3. Europäische Gemeinschaft. Problemfelder-Institutionen-Politik. München: Piper 1984, S. 35-42.
- KRÄGENAU, Henry / WETTER, Wolfgang: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Vom Werner-Plan bis Maastricht. In: Caesar, Rolf / Scharrer, Hans-Eckart (Hrsg.): Maastricht. Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion? Bonn: Europa Union Verlag 1994, S. 58-77.
- KRÄTSCHEL, Hermann / RENNER, Günter: Politik und Wirtschaft. Der gemeinsame Markt. In: Informationen zur politischen Bildung, München (1995) 213, S. 26-44.
- LANDES, David: Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die Einen reich und die Anderen arm sind. Berlin: Siedler Verlag 1999.
- LÄUFER, Thomas: Der Vertrag. Europäische Union Europäische Gemeinschaft. Die Vertragstexte von Maastricht mit den deutschen Begleitgesetzen. 6. Aufl., Bonn: Europa Union Verlag 1997.
- LÄUFER, Thomas: Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages. Bonn: Europa Union Verlag 1998.
- LEPSZY, Norbert: Europapläne. In: Dieter Nohlen / Wichard, Woyke (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik 3. Europäische Gemeinschaft. Problemfelder-Institutionen-Politik. München: Piper Verlag 1984, S. 69-77.

- MEYENBERG, Rüdiger: Deutschland – Europa – Politische Bildung. Die Schwierigkeiten europäischer Integration. Oldenburg: Zentrum für pädagogische Berufspraxis 1993.
- MUNDELL, Robert A.: A Theory of Optimum Currency Areas. In: Economic Review, 51 (1961) 2, S. 657-665.
- MUNDELL, Robert A.: Geld- und Währungstheorie. München: Franz Vahlen Verlag 1976.
- NEUMANN, Manfred J. M.: Ist Europa schon reif für die Währungsunion? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, (1997) 47, S. 3-10.
- NEUMANN, Wolfgang: Auf dem Weg zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Stuttgart: Deutscher Sparkassenverlag 1991.
- PETERS, Hans-Rudolf: Wirtschaftssystemtheorie und Allgemeine Ordnungspolitik. 3., völlig überarb. und erweit. Aufl., München u.a.: R. Oldenbourg Verlag 1997.
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.): Europa 2000. Die Europäische Union. 7. veränderte Auflage., Bonn: Omnia Verlag GmbH 1998.
- REVELAS, Kyriakos: Optimale Währungsräume und Währungsunionen. Eine theoretische, empirische und wirtschaftspolitische Analyse. Berlin: Duncker & Humblot 1980.
- SANDTE, Holger: Der Vertrag von Maastricht und die Europäische Union. Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für polit. Bildung 1996.
- SANTER, Jacques: Der Euro als Katalysator für die europäische Identität. In: InfEuro, (1998) 8, S. 1 u. 8.
- SARRAZIN, Thilo: Der Euro. Chance oder Abenteuer? Neuausgabe 1998. Bonn: Dietz Verlag 1998.
- SCHARPING, Rudolf: Europas Stimme in der Allianz. Die Zeit, (Hamburg) Nr. 8 vom 18. Februar 1999, S. 8-9.
- SCHMIDT, Helmut: Der zweite Anlauf. Die letzte Chance. Die Zeit (Hamburg) vom 5. April 1996.
- SCHMIDT, Helmut: Warum Währungsunion? In: Christa Randzio-Plath (Hrsg.): Der Euro – mehr als ein Symbol. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1996.

- SCHMIDT, Helmut: Den Knüppel vergraben. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt über die Chancen der Währungsunion und Deutschlands Rolle in Europa. Der Spiegel, Nr. 1 (1996), S. 27-30.
- SCHMUCK, Otto / SCHRÖDER, Maximilian: Der Weg zur Europäischen Union. 3., überarbeitete und aktualisierte Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1995.
- SCHÖNFELDER, Wilhelm / SILBERBERG, Reinhard: Der Vertrag von Amsterdam. Entstehung und Bewertung. In: Integration, 20 (1997) 4, S. 203-210.
- SCHOLZ, Dietmar: Europa. Vom Mythos zur Union. Gedanken über die europäische Identität und über die Aufgaben Europas nach Maastricht II. Berlin: Frieling & Partner 1996.
- STADERMANN, Hans-Joachim: Wie der Euro kommt. Das Green Paper der Europäischen Kommission und die Folgen. Marburg: Metropolis Verlag 1996.
- STARBATTY, Joachim: Die politische Dimension des Euro. Zehn Thesen. Tübinger Diskussionsbeitrag Nr. 92 vom März 1997.
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG: Neue Währung für 290 Millionen Europäer. München, 53 Jg. (1999) Nr.1, S. 1.
- VANDERBRUGGEN, Peter: Die Euro-Lüge. Vom Unsinn der europäischen Währungsunion. Hamburg: Rotbuch Verlag 1997.
- WAIGEL, Theo: Unsere Zukunft heißt Europa. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion. 2. Aufl., Düsseldorf: Econ Verlag 1996.
- WALKENHORST, Heiko: Die Föderalisierung der Europäischen Union. Möglichkeiten und Grenzen im Spannungsfeld der drei politischen Gestaltungsebenen EG/EU, Nationalstaaten, Regionen. Oldenburg: BIS 1997.
- WATRIN, Christian: Politische Union durch Einheitswährung? In: Willeke, Franz-Ulrich (Hrsg.): Die Zukunft der D-Mark. Eine Streitschrift zur Europäischen Währungsunion. München, Landsberg am Lech: Olzog Verlag 1997, S. 173-190.
- WEIDENFELD, Werner: Die Bilanz der Europäischen Integration 1997/98. In: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/98. Bonn: Europa Union Verlag 1998, S. 13-23.
- WEIDENFELD, Werner / WESSELS, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z. 6., aktualisierte Aufl., Bonn: Europa Union Verlag 1997.

- WESSELS, Wolfgang: Die Wirtschafts- und Währungsunion. Krönung der Politischen Union?. In: Caesar, Rolf / Scharrer, Hans-Eckart (Hrsg.): Maastricht. Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion? Bonn: Europa Union Verlag 1994, S. 107-121.
- WOLL, Helmut: Kontroversen der Ordnungspolitik. München, Wien: R. Oldenbourg Verlag 1999.
- THEURL, Theresia: Währungsunionen ohne politische Integration. Die Lateinische und die Skandinavische Münzunion. In: Währungsunion und politische Integration. Historische Erfahrungen und europäische Perspektiven. 9. wissenschaftliches Kolloquium. Frankfurt am Main: Knapp Verlag 1996, S. 15-34.
- THIEL, Elke: Die EWWU in den internationalen Währungsbeziehungen. In: Caesar, Rolf / Scharrer, Hans-Eckart (Hrsg.): Maastricht: Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion? Bonn: Europa Union Verlag 1994, S. 396-417.
- TINDEMANN, Leo: Die Europäische Union. Brüssel: Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, für Aussenhandel und Entwicklungszusammenarbeit 1976.

Anhang

Die wichtigsten wirtschaftlichen Chancen und Risiken der WWU im Überblick

Chancen und Nutzen	Risiken und Kosten
<ul style="list-style-type: none"> • Die WWU berücksichtigt die weltweite wirtschaftliche Verflechtung und Globalisierung. • Die WWU beseitigt die innereuropäischen Wechselkursschwankungen und die damit verbundenen Kosten (Auf- und Abwertungen der Währungen, Transaktionskosten). Dies führt auch zu einem besseren Schutz vor Spekulationswellen. • Die WWU vollendet den Binnenmarkt, dies führt zu folgenden Effekten: <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der Markttransparenz (Preise können europaweit verglichen werden) - Erhöhung der Preisstabilität - Erhöhung des Wettbewerbs (Preise können sinken, europäische Unternehmen werden im Gegenzug auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger) - Entstehung eines einheitlichen europäischen Finanzmarktes, dadurch Reduzierung der Zinsbelastung und Kosten der Kreditaufnahme - Förderung von Wachstum und Beschäftigung • Die WWU erhöht Europas Gewicht in der Weltwirtschaft: <ul style="list-style-type: none"> - Entstehung des größten Wirtschaftsraumes der Welt - Entstehung des zweitgrößten Finanzmarktes, dadurch verbessern und vereinfachen sich auch die Anlagemöglichkeiten für ausländische Anleger - Der Euro hat unter Berücksichtigung bestimmter Bedingungen das Potential, eine starke internationale Währung zu werden, die dem Dollar in einigen Funktionen Konkurrenz machen dürfte. - Die Anfälligkeit gegenüber externen Wechselkursschwankungen bzw. Wirtschaftskrisen verringert sich in Euro-Land. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Konvergenzkriterien enthalten ein Gefahrenpotential:¹ <ul style="list-style-type: none"> - Die Konvergenzkriterien lassen sich wissenschaftlich nicht begründen. - Die Konvergenzkriterien sind nicht hart genug, sie sind kein Schutz vor einem Weg der WWU in eine Inflationgemeinschaft. - Die Konvergenzkriterien garantieren keine hinreichende Homogenität innerhalb der Gemeinschaft, deshalb gibt es nach wie vor Entwicklungsunterschiede (Löhne, Kaufkraft, Produktivität) bei den Teilnehmerstaaten. - Die Einhaltung der Konvergenzkriterien ist nicht auf Dauer angelegt. • Mit der WWU sind hohe Kosten verbunden: <ul style="list-style-type: none"> - Kosten des Inflationsabbaus - Kosten der finanzpolitischen Anpassung - Kosten durch diverse interne Umstellungen bei den Unternehmen, Banken und den Verwaltungen • Die WWU führt automatisch zum Verlust der nationalen geld- und wechselkurspolitischen Anpassungsinstrumente; Anpassung über reale Wechselkurse (Wettbewerbsfähigkeit, Reallohniveau, Beschäftigung)² • Europa ist wirtschaftlich noch nicht reif für eine WWU: <ul style="list-style-type: none"> - Die WWU kommt ökonomisch gesehen zu früh, da es immer noch große wirtschaftliche Unterschiede in der Gemeinschaft gibt. - Die WWU könnte die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Gemeinschaft weiter verschärfen. Daraus folgt eine Verstärkung von Transferzahlungen in die schwächeren Partnerländer.

1 Vgl. Jungblut, a.a.O., S. 99f.

2 Vgl. Hasse, Rolf H. / Hepperle, Bastian, a.a.O., S. 173.

Zeitplan der europäischen Integration

<i>September 1946</i>	In Hertenstein verabschieden föderalistische Gruppen das Hertensteiner Programm, das die Grundlagen einer föderativen Einigung Europas formuliert.
<i>April 1948</i>	17 westeuropäische Staaten schließen sich zur OEEC zusammen.
<i>Mai 1948</i>	Auf dem Europa-Kongreß in Den Haag wird eine umfassende politische Erklärung verabschiedet, in der ein wirtschaftlicher und politischer Zusammenschluß der europäischen Staaten gefordert wird. Unter den 750 Teilnehmern aus 16 Ländern ist auch eine große Delegation aus Deutschland vertreten.
<i>Mai 1949</i>	Zehn Staaten, darunter ist nicht Deutschland, gründen den Europarat.
<i>April 1951</i>	Die BRD, Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten unterzeichnen den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).
<i>März 1957</i>	Die sechs Staaten der EGKS unterzeichnen in Rom die Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Diese beiden Verträge werden seitdem auch als „Römische Verträge“ bezeichnet.
<i>Juli 1967</i>	Zusammenschluß der drei Organe EGKS, EWG; EURATOM. Man spricht allgemein von der Europäischen Gemeinschaft (EG).
<i>Juli 1968</i>	Verwirklichung der Zollunion. Zwischen den Mitgliedstaaten gibt es keine Zölle mehr. Bei Handel mit Drittstaaten gilt ein gemeinsamer Zolltarif.
<i>Januar 1973</i>	Dänemark, Großbritannien und Irland treten der EG bei.
<i>Juni 1979</i>	Die Bürger der Mitgliedstaaten wählen erstmals das Europäische Parlament direkt.
<i>Januar 1981</i>	Griechenland tritt der EG bei.
<i>Januar 1986</i>	Portugal und Spanien treten der EG bei (12 Mitglieder).
<i>Februar 1986</i>	Unterzeichnung der „Einheitlichen Europäische Akte“ in Den Haag und Luxemburg durch die 12 Mitgliedstaaten.
<i>Oktober 1990</i>	Beitritt der DDR zur BRD und Eingliederung in die EG. Beginn der ersten Stufe der WWU.
<i>Februar 1992</i>	Der „Vertrag über die Europäische Union“ (Maastrichter Vertrag) wird unterzeichnet.
<i>Januar 1993</i>	Verwirklichung des Binnenmarktes, alle innergemeinschaftlichen Grenzen fallen weg.
<i>November 1993</i>	Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft.
<i>Januar 1994</i>	Beginn der 2. Stufe der WWU
<i>Januar 1995</i>	Österreich, Schweden und Finnland treten der EU bei.
<i>Juli 1997</i>	Die Europäische Kommission veröffentlicht eine „Agenda 2000“ zur Erweiterung der EU.
<i>Oktober 1997</i>	Unterzeichnung des Vertrages von Amsterdam zur Reform der europäischen Verträge
<i>Dezember 1997</i>	Start des Erweiterungsprozesses der EU durch den Europäischen Rat in Luxemburg
<i>März 1998</i>	Beginn der Beitrittsverhandlungen mit zehn mittel- und osteuropäischen Staaten und Zypern
<i>Januar 1999</i>	Beginn der 3. Stufe der WWU
<i>Mai 1999</i>	Der Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft